

Die Entwicklung des Sportvereinswesens
seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland

- eine systemtheoretische Analyse.

Inauguraldissertation zur Erlangung
des akademischen Grades eines
Doktors der Sportwissenschaft
an der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt von
Hans-Ulrich Barth

aus
Stuttgart

Bochum 1988

3

Erstgutachter:
Zweitgutachter:

Professor Dr. D. Voigt
Professor Dr. W. Reulecke

Tag der mündl. Prüfung:

01. März 1989



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543113_0008

<u>Inhalts-Verzeichnis</u>	<u>Seite</u>
1. Ziel und Methode der Arbeit	1
1.1. Zur gesellschaftlichen Bedeutung des Sportvereinswesens	1
1.2. Begriffserläuterungen	8
1.3. Theoretische Vorentscheidungen	15
1.4. Aufbau der Untersuchung	23
2. Die historische Entwicklung	26
2.1. Von den Anfängen des organisierten Sports in Deutschland bis 1945	26
2.1.1. Friedrich Ludwig Jahn und die nationale Turnbewegung	26
2.1.2. Von 1860 bis 1914	29
2.1.3. Weimarer Republik und Drittes Reich	34
2.2. Der Aufbau des Sports nach 1945 und die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	39
2.2.1. Die ersten Nachkriegsjahre	39
2.2.2. Die Entwicklung des DSB und seiner Mitgliedsorganisationen	42
2.3. Die Thesen	50
3. Die Rechtsstruktur des Sportvereinswesens	55
3.1. Die Rechtsausstattung der Sportvereine und -verbände als Indikator ihrer Stellung in der Gesellschaft	55
3.2. Entwicklungen seit der Gründung des DSB	57
3.2.1. Die Vereinsautonomie	57
3.2.2. Das Prinzip der Subsidiarität	64
3.2.3. Der Gemeinnützigkeits-Status	68
3.2.4. Die Gesamtentwicklung	75
3.3. Konsequenzen des rechtlichen Status für das Sportvereinswesen	80
3.3.1 Auswirkungen auf das Bild vom Sport in der Öffentlichkeit	80
3.3.2. Auswirkungen auf die Beziehung zu den Mitgliedern	86
3.4. Thesendiskussion	89

	<u>Seite</u>
4. Der Wandel in der Wahrnehmung der Adaptionsfunktion durch Sportvereine und -verbände	95
4.1. Überblick über die Gesamtentwick- lung seit 1950	95
4.2. Die Entwicklung des System-Inputs seit 1950	102
4.2.1. Die herkömmlichen Eigenmittel	102
4.2.2. Die staatlichen Subventionen	110
4.2.3. Die neuen Eigenmittel	117
4.3. Die wachsenden Probleme bei der Wahrnehmung der Adaptionsfunktion	123
4.3.1. Ressourcen als materielles Substrat des System-Inputs	123
4.3.2. Die Mischfinanzierung als adaptives Grundproblem im Sportvereinswesen	126
4.3.2.1. Mitgliedsbeiträge	126
4.3.2.2. Ehrenamtliche Mitarbeit	131
4.3.2.3. Einnahmen aus dem Zweckbetrieb	136
4.3.3. Staatliche Subventionen als Quelle zusätzlicher Adaptionsprobleme	138
4.3.4. Kommerzialisierung im Sport als neue Herausforderung der adaptiven Kompetenz	143
4.4. Thesendiskussion	148
5. Die Wahrung der "Einheit im Sport" als Systemproblem	155
5.1. Die Komplizierung der Zielorien- tierungsproblematik	155
5.1.1. Die Beziehung zwischen den Systemfunktionen der Adaption und der Zielorientierung	155
5.1.2. Die allmähliche Steigerung der Komplexität im Ziel- setzungsbereich	157
5.1.3. Schwindender Wertkonsens als Folge widersprüchlicher Ziel- setzungen (Thesendiskussion)	163

	<u>Seite</u>
5.2. Aktuelle Integrationsprobleme	165
5.2.1. Das traditionelle einheitliche Wertkonzept im Sport als Fiktion?	165
5.2.2. Die Erosion der sportlichen Grundnorm "Fairness"	168
5.2.3. Der Primat von Ergebnis und Erfolg als konkurrierende Norm	171
5.2.4. Integration (Thesendiskussion)	177
6. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	186
 Tabellen-Verzeichnis	 197
Abbildungs-Verzeichnis	199
Literatur-Verzeichnis	200

Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands
BAL	Bundesausschuß für den Leistungssport
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMI	Bundesminister des Innern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFB	Deutscher Fußballbund
DLV	Deutscher Leichtathletikverband
DRA	Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen
DRV	Deutscher Ruderverband
DSB	Deutscher Sportbund
DSchwimmV	Deutscher Schwimmverband
DSV	Deutscher Skiverband
DTZ	Deutsche Turnzeitung
FISAS	Finanz- und Strukturanalyse der Sportvereine
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
IOC	Internationales Olympisches Komitee
LSB	Landessportbünde
N	Zahl der Untersuchungseinheiten
NOK	Nationales Olympisches Komitee
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege

1. Ziel und Methode der Arbeit

1.1. Zur gesellschaftlichen Bedeutung des Sportvereinswesens

Der organisierte Sport ist in der heutigen Bundesrepublik Deutschland ein Faktor von beträchtlichem gesellschaftlichem Gewicht. Aus der Fülle unterschiedlicher Ursachen, die das Sportvereinswesen bedeutsam für die Betrachtung der gesellschaftlichen Ordnung machen, sollen im folgenden vier herausgehoben werden.

Es handelt sich dabei erstens um die historische Tradition, die sich bis zu den Anfängen einer deutschen nationalen Massenbewegung in den Jahren 1810-1819 zurückverfolgen läßt (Düding 1980, S. 249; Krüger 1975, S. 15). Der zweite Grund ist statistischer Natur. Er bezieht sich auf den Sachverhalt, daß ein Drittel der Gesamtbevölkerung in Sportvereinen organisiert ist (Deutscher Bundestag 1982, S. 13; Deutscher Sportbund 1986, S. 55). Dieser hohe Prozentsatz ist bereits als statistisches Faktum von gesellschaftspolitischer Relevanz; inhaltlich erschließt sich seine Bedeutsamkeit jedoch erst, wenn nach den psychosozialen Wurzeln und den verbandspolitischen Folgen des Phänomens Sportvereinswesen gefragt wird. Drittens sind also einige Gründe darzustellen, auf denen die Attraktivität der Vereine für ihre Mitglieder beruht. Viertens ist zu erläutern, wie sich die im Deutschen Sportbund konzentrierte Vertretungsmacht des organisierten Sports gesellschaftlich auswirkt.

Im Überblick betrachtet, war der organisierte Sport in Deutschland zwischen 1811 und 1945 durch ausgeprägten Nationalismus und bereitwillige Unterordnung unter die politisch Mächtigen gekennzeichnet (Bernett 1971,



S. 19ff.; 1983, S.93ff.; John 1980, S.281; Neumann 1980, S.258). Es gab zwar auch Gegenströmungen, z.B. die Arbeitersport-Bewegung, die von Anfang an gegen staatliche Unterdrückung zu kämpfen hatte (Ueberhorst 1973, S.29ff.), und zur Zeit der Weimarer Republik sogar bereits Ansätze zu einer eigenständigen Sportpolitik (Diem 1965, S.80).

In seiner Mehrheit jedoch unterwarf sich das Sportvereinswesen den politischen Vorstellungen der Regierung und drängte sich im militärischen Bereich häufig in eine Vorreiterrolle, so während der Befreiungskriege gegen Napoleon, im Krieg gegen Frankreich 1870/71, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. Stets gehörten auch Sportfunktionäre zu den Befürworthern kriegesischer Auseinandersetzungen und unterstützten die Kriegsziele durch ideologische Beeinflussung und paramilitärische Ausbildung der Mitglieder (vgl. dazu ausführlich Abschnitt 2.1.). Die unkritische Gefolgstreue zu Zeiten des Kaiserreichs und insbesondere die herausragende Stellung des Sports im Nationalsozialismus, seine Instrumentalisierung als Propagandamittel für Krieg und Rassenhaß war eine schwere Hypothek für den Sport nach 1945. Die negativen Erfahrungen aus der Geschichte setzten wesentliche Rahmenbedingungen für den Aufbau des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland (Ueberhorst 1982, S.795).

Im internationalen Vergleich ragt die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Organisationsgrades ihrer Bevölkerung nicht besonders hervor. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Mitgliedschaft in wirtschaftlichen, weltanschaulichen, politischen und sonstigen Interessengruppen und belegt die herausragende Position des Sports. In der zitierten, für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Untersuchung der 16-65-jährigen

Bevölkerung erwies sich der Sportverein sowohl bei Männern als auch bei Frauen als die verbreitetste Interessenorganisation. Die Mitgliedszahlen des Deutschen Sportbundes (DSB), durch den der organisierte Sport in der Bundesrepublik Deutschland annähernd vollständig erfaßt wird (Deutscher Bundestag 1982, S.72), weisen seit seiner Gründung beständig steigende Tendenz auf: Im Jahre 1950 gehörten Vereine und Verbände mit insgesamt 3.204.005 Mitgliedern dieser Vereinigung an, was einem Anteil von 6,7 Prozent an der Bevölkerung entsprach. Bis zum Jahre 1986 erhöhte sich die Absolutzahl auf 19.588.607, der Prozentanteil entsprechend auf 32,0 Prozent (Deutscher Sportbund 1987, S.54f.; Winkler et al. 1985, S.238; s. Tabelle 2). Es stellt sich die Frage, aus welchen Gründen ein Drittel der Bevölkerung in Sportvereinen organisiert ist.

Was leisten Vereine für den sportinteressierten Bürger? Es liegt zunächst nahe, rein technisch-organisatorische Gründe für die Beliebtheit der Sportvereine zu unterstellen, weil Sporttreiben häufig an sachliche Voraussetzungen gebunden ist, die ein einzelner gar nicht oder nur in Ausnahmefällen erfüllen kann. Das trifft z.B. auf den gesamten Leistungs- und Mannschaftssport und auf alle Sportarten mit hohem Materialaufwand zu. Die Notwendigkeit eines organisatorischen Rahmens bedeutet jedoch keinen Sachzwang zum Verein. So wird der Sport in den angelsächsischen Ländern weitgehend durch Bildungsinstitutionen getragen (Lenk 1972, S.7; Winkler et al. 1985, S.12). Auch in der Bundesrepublik Deutschland organisieren Schulen und Universitäten, Kommunen und Dienstleistungsunternehmen sportliche Aktivitäten, aber sie erreichen bei weitem nicht die Beliebtheit der Sportvereine.

Tabelle 1

Mitgliedschaften der Bundesbürger in freiwilligen
Organisationen

(N=1959. Alter: 16-65 Jahre; Mehrfachnennungen)

Organisationsart	M (%)	W (%)	Gesamt (%)
Sportvereine	33	15	25
Quasisportvereine (Schützen-, Schach-, Kegel- vereine etc.)	5	1	3
Gesang-, Musikvereine	5	2	3
Hobbyvereine (incl. Tier- Garten-, Naturvereine)	8	4	6
Gesellige Vereine	3	2	3
Soziale u. caritative Ver- eine (incl. freiw. Feuerwehr)	9	5	7
Kulturelle Vereinigungen	2	2	2
Religiöse u. weltanschau- liche Vereinigungen	3	1	2
Politische Vereinigungen	6	2	4
Interessenverbände	10	4	7
Gewerkschaften	30	8	19
Berufsorganisationen	7	2	5
Sonstige Organisationen	3	1	2
Summe der Mitgliedschaften	124	49	88
keine Mitgliedschaft	27	63	44

Quelle: Schlagenhauf 1977, S.43

Tabelle 2

Entwicklung der Mitgliederzahlen der im Deutschen
Sportbund organisierten Vereine 1950 - 1986

	Mitgliederzahl	%der Bevölkerung
1950	3.204.005	6.7
1952	3.607.905	7.1
1954	3.739.838	7.2
1956	4.356.562	8.2
1958	4.836.878	8.9
1960	5.267.627	9.5
1962	5.693.368	10.1
1964	6.190.094	10.8
1966	7.698.812	13.1
1968	8.940.957	15.0
1970	10.121.546	16.7
1972	11.497.123	19.0
1974	12.836.302	20.8
1976	14.194.344	-
1978	15.780.582	25.7
1980	16.924.027	27.6
1982	17.980.292	29.2
1984	18.940.122	30.8
1986	19.588.607	32.0

Quellen: Deutscher Sportbund 1987, S.54f.;

Winkler et al. 1985, S.283.

Es müssen also über das eigentliche Sporttreiben hinausgehende Gründe sein, die dem einzelnen die Zugehörigkeit zum Verein so wichtig erscheinen lassen: Vereine befriedigen Bedürfnisse nach Gemeinschaft, Anerkennung und sozialer Geborgenheit. In einer Zeit, in der traditionell starke Bindungen - z.B. an die Kirche, die Großfamilie, die Nachbarschaft - für viele ihre sinnstiftende Funktion verloren haben, gewinnen andere Bindungen an Gewicht. Interessengruppen sind eine solche Form gesellschaftlicher Sinnsuche in modernen Gesellschaften (Lenk 1972, S.5; Raschke 1978, S.11, S.83; Schlagenhauf 1977, S.10; Scholz 1971, S.283ff.; Wössner 1961, S.99; Wurzbacher 1961, S.28 und passim.). Auch die hier interessierenden Sportvereine bieten ihren Mitgliedern auf der Basis persönlicher Interessen die identitätsbildende Zugehörigkeit zu Gruppen an. Die vom Verein propagierten kollektiven Wertmuster und Verhaltensnormen können von den Mitgliedern als Orientierungshilfe bei der persönlichen Sinnsuche genutzt werden.

Dieser sinnstiftenden und gesellschaftliche Zugehörigkeit vermittelnden Funktion der Vereine in sozialpsychologischer Sicht entspricht aus politisch-soziologischer Perspektive die integrative Funktion der Interessengruppen. In modernen Industriegesellschaften übernehmen Interessengruppen die Aufgabe, eine Ordnung zu etablieren und damit ein gewisses Maß an Berechenbarkeit. Nachdem sich frühere Ordnungsmuster wie Zünfte und Stände aufgelöst haben und auch die Aufgliederung der Gesellschaft in Schichten ihre prägende Kraft teilweise eingebüßt hat, stellen sich moderne westliche Industrienationen als strukturiertes Zusammenwirken unterschiedlich großer und mächtiger Interessengruppen dar (Beck et al. 1980, S.186; Bermann et al. 1969, S.83ff.; Dahrendorf 1966, S.101).

Die Macht und der politische Einfluß bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen - z.B. der Unternehmerverbände und Gewerkschaften - ist in der jüngsten Geschichte so stark angewachsen, daß die damit verbundenen Probleme ein breites wissenschaftliches Interesse gefunden haben und insbesondere unter dem Stichwort "Neokorporatismus" in die politisch-soziologische Diskussion Eingang gefunden haben (Alemann 1981; Alemann & Heinze 1979).

Es stellt sich nun die Frage, ob auch das Sportvereinswesen dem Trend folgt, gesellschaftliche Konflikte nach dem neokorporatistischen Modell auszuhandeln. Der als "Neokorporatismus" bezeichnete Regelungsmechanismus läßt sich im Kern so umschreiben: Der Staat überläßt bestimmte, gesellschaftlich wichtige Aufgaben - z.B. das Aushandeln von Löhnen und Gehältern - autonomen Interessenverbänden, denen ein entsprechendes Monopol zuerkannt wird. So verzichtet er auf direkte Machtausübung, kann aber dennoch auf indirektem Wege Einfluß gewinnen, z.B. indem er bestimmte Anliegen der Verbände im Gesetzgebungsprozeß fördert oder verhindert. Trotz formaler Autonomie besteht also ein Interesse der Verbände daran, sich staatliche Stellen gewogen zu halten, was häufig nur durch Einschränkung der vertretenen Gruppenegoismen auf das "politisch durchsetzbare" Maß möglich ist. So können Verbände zu Mittlern werden zwischen gesellschaftlichen Partikularinteressen der vertretenen Mitglieder und dem Gemeinwohl, repräsentiert durch die zuständigen staatlichen Instanzen.

Betrachtet man die geschichtliche Entwicklung, so scheint eine neokorporatistische Orientierung des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland zunächst unwahrscheinlich. Die historische Lehre, daß allzu willige Unterordnung des Sports unter politische Zielsetzungen

häufig zu seiner Instrumentalisierung für militärische Zwecke geführt hatte, wirkte sich bei der Neukonstituierung des Sportvereinswesens nach 1945 deutlich aus (Weißpfennig 1982, S.760ff.). Durch Verordnungen wollten die Alliierten dafür sorgen, daß die Indienstnahme des Sports durch die Politik künftig ausgeschlossen würde. Wir werden zu untersuchen haben, wie sich die Situation im Laufe der folgenden Jahrzehnte weiterentwickelte und ob dem Sportvereinswesen auch neue politische Verantwortung zuwuchs.

1.2. Begriffserläuterungen

Vorstehend wurden die Begriffe "Sportverein", "Sportverband" und "Sportvereinswesen" sowie sportbezogene "Aktivität", "Tätigkeit" und sportbezogenes "Verhalten" unkommentiert verwandt. Über die Klärung und Spezifizierung des mit diesen Begriffen Gemeinten soll die Themenstellung im folgenden genauer umrissen werden.

Im Alltagsverständnis der Begriffe "Verein" und "Verband" ist bereits enthalten, daß es sich dabei um Interessengruppen handelt, deren Mitglieder sich an gemeinsamen Zielvorstellungen orientieren. Im Gegensatz zum weiteren Begriff "Interessengruppe", der auch informelle und/oder kurzfristige Zusammenschlüsse umfaßt, implizieren die Termini "Verein" und "Verband" in stärkerem Maße die Elemente Organisation und Dauer (Hartmann 1985, S.20). Sportvereine und Sportverbände sind also Zusammenschlüsse, in denen auf Sport bezogene Interessen längerfristig organisiert sind. Der Verbandsbegriff zeichnet sich gegenüber dem Vereinsbegriff durch ein höheres Aggregationsniveau aus, sowohl bezüglich der Mitglieder als auch hinsichtlich der vertretenen Interessen. Die in Sportvereinen zusammengeschlossenen sozialen Entitäten

sind Individuen, deren sportbezogene und soziale Interessen vom Verein vertreten werden.

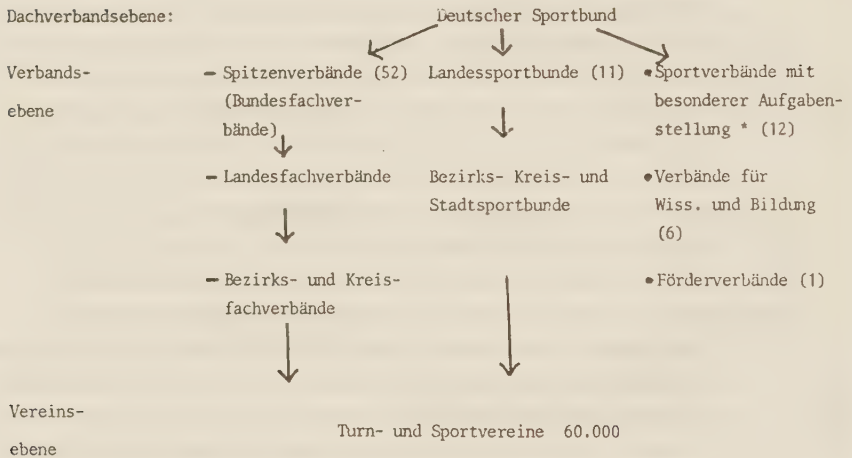
Auf der ersten Verbandsebene findet eine Selektion und Verallgemeinerung der Interessenvertretung statt. Als Zusammenschlüsse von Vereinen einer bestimmten Region oder einer bestimmten Sportart vertreten diese Verbände nicht sämtliche Interessen aller Mitgliedsvereine, sondern nur ein ausgewähltes Spektrum. Verbände sind also im Vergleich zu Vereinen erstens stärker spezialisiert; sie beschäftigen sich nur mit einem bestimmten Ausschnitt aller für die Mitgliedsvereine wichtigen Sachthemen. Zweitens findet in den Verbänden ein Prozeß der Verdichtung oder Verallgemeinerung im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessenlagen der Einzelmitglieder statt. Ein regionaler Verband muß z.B. bei seiner Zielformulierung Kompromisse zwischen den sportartbedingten Gegensätzen seiner Mitgliedervereine erarbeiten. Ein Spitzenverband dagegen hat u.a. zwischen regionalen Interessendivergenzen zu vermitteln. Der Prozeß der Selektion und Aggregation setzt sich auf den höheren Verbandsebenen fort. Wir wollen das am Beispiel der hierarchischen Gliederung des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland verdeutlichen (s.Abbildung 1).

In der Literatur wird der Begriff "Deutscher Sportbund" (DSB) in zweierlei Bedeutung verwendet: Zum einen bezeichnet er die Gesamtheit aller im DSB zusammengeschlossenen Verbände, Vereine und Vereinsmitglieder, zum anderen den Dachverband, also die höchste Hierarchieebene des Sportvereinswesens der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden im folgenden die engere Verwendung des Begriffs wählen - also nur den Dachverband als DSB bezeichnen - und von "Sportvereinswesen" sprechen, wenn sowohl individuelle Mitglieder als auch Vereine und Verbände gemeint

Abbildung 1

Hierarchieebenen des Sportvereinswesens in der
Bundesrepublik Deutschland (schematisch)

Dachverbandsebene:



* Es handelt sich dabei um die Spitzenverbände bestimmter Interessengruppen wie z.B. der Post, Bahn, Bundeswehr, Betriebssportvereine.

Quellen: Deutscher Bundestag 1982, S.72
Winkler et al. 1985. S.12.

sind. Zur weiteren Differenzierung dienen die in Abbildung 1 dargestellten Ebenen des organisierten Sports. Besonders hervorzuheben ist, daß Fachverbände sowohl auf Landesebene als auch - übergreifend - auf Bundesebene bestehen und daß im Zuge funktionaler Differenzierung zusätzlich zu den regionalen und sportartspezifischen Verbänden solche mit spezieller Aufgabenstellung gegründet wurden.

Über eine Diskussion des Handlungsbegriffs soll im folgenden herausgearbeitet werden, unter welchem speziellen Aspekt die Aktivitäten der Sportverbände, Sportvereine und ihrer Mitglieder interessieren. Verglichen mit den allgemeineren Termini Verhalten, Aktivität, Tätigkeit, zeichnet sich der Handlungsbegriff durch zwei Merkmale aus:

- 1) Handeln orientiert sich an Werten, an einem Sinnhorizont.
- 2) Handeln ist auf Ziele gerichtet.
(Jensen 1978, S.29ff.; Kaminski 1981, S.109;
Luhmann 1968, S.1; Nitsch 1982, S.27; Werbik 1978, S.11).

Um Einzelhandlungen sporttreibender Individuen zu analysieren, sind Prozeß- und Verlaufsmodelle fruchtbar, die das betrachtete Geschehen in Phasen aufteilen. So gliedert Nitsch eine Einzelhandlung in Antizipationsphase, Realisationsphase und Interpretationsphase (Nitsch 1982, S.36). Kaminski geht von einem zweiphasigen Modell aus, in dem Orientierungs- und Realisierungsphase unterschieden werden (Kaminski 1973, S.242). Beide Modelle sind innerhalb der Einzelphasen weiter untergliedert und postulieren Kontrollmechanismen in Form von Regelkreisen.

Diesen und ähnlichen Verlaufsmodellen - z.B. auch dem "Prozeßmodell der Motivation" von Heckhausen (1980) und dem TOTE-Modell von Miller, Galanter & Pribram

(1973) - ist das primäre Interesse an der Erforschung recht kleiner Verhaltensausschnitte gemeinsam. Diese Forschungen dienen dem Ziel, die kognitiven, emotionalen und motivationalen Determinanten einzelner Verhaltensaspekte zu konzeptualisieren. Sie finden als theoretischer Rahmen z.B. für die Optimierung von Bewegungsabläufen oder bestimmter Trainingsmethoden (z.B. mentales Training) im Sportbereich Anwendung. Unser Interesse zentriert sich nicht auf diese psychologischen Aspekte des Handelns, sondern auf dessen Systembezug.

Bereits die beiden oben aufgeführten Merkmale des Handelns - Wertorientierung und Zielbezug - machen deutlich, daß Handeln nicht als beliebiges Tun eines Aktors verstanden werden kann, sondern einen kommunikativen Bezug dieses Aktors zu seiner Außenwelt voraussetzt. Anders ausgedrückt: Handeln ohne Systembezug ist nicht möglich. Der Handlungsbegriff impliziert die Existenz eines Systems, aus dem der Handelnde seine Wert- und Normorientierung bezieht. Solche Systeme sind z.B. die Familie, der Betrieb, der Sportverein. Sie legen jeweils in bestimmten Variationsbreiten fest, welche Handlungen vom einzelnen erwartet werden. Ebenso wie der Handelnde auf das System verwiesen ist, das seine Handlungen regelt, ist das System auf die Handlungen seiner Mitglieder verwiesen, aus denen es sich konstituiert:

"Sozialsysteme sind Programme, die die Gemeinsamkeit des Handelns organisieren - etwa in familialen, ökonomischen, technologischen, politischen, kulturellen, religiösen, wissenschaftlichen Zusammenhängen."

(Jensen 1976, S.36).

Der Begriff "Sozialsystem" ist also eine analytische Kategorie. Er bezieht sich nicht auf Familien, Betriebe oder Sportvereine als empirisch gegebene Einheiten, sondern

nur auf diejenigen Strukturen und Prozesse, die für das Funktionieren dieser empirischen Einheiten von Bedeutung sind (Jensen 1976, S.26ff.; Parsons 1976, S.73). Mit diesen Strukturen und Prozessen werden wir uns im folgenden Abschnitt näher auseinandersetzen. An dieser Stelle soll das Verhältnis zwischen Handeln, Handelndem (Aktor) und Sozialsystem noch etwas genauer betrachtet werden.

Soziale Systeme geben Handlungsnormen vor und regeln dadurch nicht nur das Verhalten jeden Aktors im System, sondern auch die gegenseitigen Verhaltenserwartungen. Dadurch, daß die Interaktionspartner bestimmte Verhaltensweisen mit gegenseitiger Verbindlichkeit voneinander erwarten können, wird Verhaltenssicherheit erst möglich (Luhmann 1987, S.84). Sozialsysteme setzen an die Stelle beliebiger Wertorientierung eine feste Wertordnung und an die Stelle prinzipieller Offenheit des Verhaltens überschaubare Handlungsalternativen. Das Handeln im System entlastet den einzelnen vom Druck der stets auch denkbaren, vom System nicht vorgesehenen Möglichkeiten, beschränkt auf das im System Erlaubte und Erwünschte (Luhmann 1968, S.21ff); Jensen 1976, S.23ff.).

Es soll noch einmal betont werden, daß "Sozialsysteme" kein Synonym für real existierende soziale Entitäten wie Schulen oder Sportvereine ist, sondern ein analytischer Begriff zur Erfassung wesentlicher Strukturen und Prozesse in solchen empirisch vorfindlichen Einheiten. Entsprechendes gilt für die Akteure - die Mitglieder - von Sozialsystemen:

" 'Im' Sozialsystem sind nur Aspekte von Menschen und ihren Persönlichkeiten. Menschen sind nur in dem Maße und in der Weise 'im' Sozialsystem, wie Schauspieler 'in' einem Schauspiel sind - durch die Übernahme einer Rolle. In der Rolle schneiden

sich Sozialsystem und Persönlichkeit."

(Ackermann & Parsons 1976, S.80, Unterstreichung im Original kursiv.)

Analog zur Beziehung zwischen Persönlichkeit und Rolle ist auch die Beziehung zwischen Verhalten und Handlung zu verstehen. Als "Handeln" werden nur diejenigen Verhaltensteile bezeichnet, die durch die Rahmenvorgaben des betrachteten Sozialsystems gesteuert werden. Unter dem Handeln eines Individuums im Rahmen des Sozialsystems Sportverein sind also nur die Verhaltensweisen zu verstehen, die durch die Statuten und Programme, durch die Normen und Werte und die entsprechenden Verhaltens-erwartungen bestimmter Bandbreiten festgelegt werden.

Der einzelne - als Akteur im Sozialsystem Sportverein betrachtet - bezieht also die Norm- und Wertorientierung seines Handelns aus diesem System. Woher aber beziehen soziale Entitäten, die auf einer höheren Aggregations-ebene angesiedelt sind als das Individuum - in unserem Fall also Sportverein und Sportverbände - die Orientierungsgrößen für ihr Handeln?

Wenn wir vom "Handeln" eines Systems sprechen, so ist das die Kurzfassung eines Sachverhalts, der sich eigentlich komplizierter folgendermaßen darstellt: Es

"heißt nicht, daß das System handelt, sondern daß Rollenträger in bestimmten Positionen aufgrund bestimmter Bedingungen für das System handeln können und daß ihre Handlungen nicht den Rollenträgern, sondern dem System zugerechnet werden."
(Willke 1978, S.229).

Es stellt sich die Frage nach der "Systemrationalität", d.h. nach den Strukturen und Prozessen, die das Überleben eines Systems innerhalb sich wandelnder Umwelten betreffen

(Luhmann 1968, S.5f.). Die zentrale Problemstellung, die in dieser Arbeit untersucht werden soll, lautet also: Auf welche Weise, in welche Richtung hat sich die Rationalität des Handelns von Sportvereinen und Sportverbänden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verändert?

1.3. Theoretische Vorentscheidungen

Als Ergebnis der bisherigen Überlegungen läßt sich festhalten, daß für eine Analyse der allgemeinen Entwicklungstrends im Sportvereinswesen der Bundesrepublik Deutschland die Systemtheorie einen prinzipiell geeigneten methodischen Zugang darstellt. Die Wahl dieser theoretischen Perspektive bedeutet, daß Sportvereine und Sportverbände als Systeme betrachtet werden. Als solche haben sie zwei allgemeine Probleme zu lösen, nämlich

- die Aufrechterhaltung einer gegen die Umwelt abgegrenzten Struktur und
- das Erreichen der Systemziele unter veränderlichen Außenweltbedingungen.

(Luhmann 1964, S.29; Mayntz 1963, S.36ff.; Mayntz & Ziegler 1977, S.34; Parsons 1976, S.167ff.).

Im Rahmen seiner Theorie sozialer Systeme entwickelt Parsons vier zentrale Typen funktionaler Gebote:

- Systemerhaltung und -reorganisation,
- Adaption,
- Zielorientierung,
- Integration

(Parsons 1976, S.176).

Wir werden diese vier Erfordernisse von Sozialsystemen

im folgenden näher erläutern, wobei wir entsprechende Überlegungen Luhmanns einbeziehen.

Für die Analyse der "Systemerhaltung und -reorganisation" - als Struktur und als Prozeß verstanden - sind Werte von entscheidender Bedeutung (Luhmann 1979, S.12; Parsons 1976, S.173, S.213). Eine bestimmte Gesellschaft unterscheidet sich von anderen durch spezifische Wahl von Grundwerten. "Pluralismus" ist z.B. eine Wertorientierung der Bundesrepublik Deutschland, mit der sie sich von religiös oder politisch motivierten orthodoxen Systemen unterscheidet. Im sportlichen Bereich sind "Gesundheit" und "Kameradschaft" Beispiele für mögliche Wertorientierungen des Handelns.

Die Institutionalisierung von Werten ist ein zentrales Anliegen jeder menschlichen Gesellschaft. Dem dienen unterschiedliche Institutionen wie Schule, Kirche, Elternhaus, die die tragenden Werte der Gesellschaft im Zuge des Sozialisationsprozesses vermitteln. Subsysteme wie das Sportvereinswesen fügen sich in das Wertsystem der Gesellschaft ein, indem sie bestimmte Werte und Normen stützen und fördern und durch Handlungsprogramme konkretisieren. Mit absteigender Hierarchieebene des Systems "Sportvereinswesen" (s. Abbildung 1) werden die Werte und Normen sportlichen Handelns immer feiner ausdifferenziert und spezielleren Bedürfnislagen angepaßt.

Die teilweise gegenläufigen Erfordernisse der Systemerhaltung und der Anpassung an sozialen Wandel müssen gleichzeitig gelöst werden, wenn das System dauerhaft überlebensfähig bleiben soll. Ein Mechanismus, mittels dessen die Wertordnung des Systems bei den Mitgliedern verankert wird, ist die Institutionalisierung von Ritualen und Symbolen (Durkheim 1960, S.427ff.). Sie findet sich im kirchlichen Bereich in besonders ausgeprägter Form,

ist jedoch auch bei vielen Interessengruppen anzutreffen. Im Sportverein symbolisieren z.B. Fahnen und Embleme, traditionelle Gepflogenheiten bei Festen und Versammlungen die gemeinsamen Überzeugungen der Mitglieder und fördern so die Bindung an die Wertordnung des Vereins.

Wertwandel in relevanten Systemen kann entsprechende Veränderungen im Wert- und Normgefüge betroffener Sozialsysteme nötig machen. Allgemeine Tendenzen zur Professionalisierung und Kommerzialisierung im Freizeitbereich (Coakley 1984, S. 17ff.; Krüger 1987, S.217) haben z.B. die Allgemeingültigkeit des Amateurstatus für die Aktiven und der Ehrenamtlichkeit der Trainer und Funktionäre für das Sportvereinswesen zum Problem werden lassen. In diesem Zusammenhang ist zu untersuchen, auf welche Weise Vereine und Verbände die Funktion der Systemerhaltung erfüllt, zugleich aber notwendig gewordenen Wandel der Strukturen ermöglicht haben.

Während Parsons die Existenz von Wertordnungen für ganze Gesellschaften und für einzelne Sozialsysteme nicht problematisiert, wendet Luhmann die funktionale Betrachtungsweise auch auf diesen Sachverhalt an. Er fragt nach der Leistung fest institutionalisierter Wertmuster für soziale Systeme. Durch die Selektion ganz bestimmter Werte "aus einem Universum anderer Möglichkeiten" (Luhmann 1979, S.13) wird der erste Schritt zur Reduktion unabsehbarer Handlungsmöglichkeiten auf ein dem Menschen mögliches Maß vollzogen. Werte sind "...Erwartungen, die aber in bestimmter Weise interpretiert, generalisiert und abstrahiert werden und dadurch in der Lage sind, den Handlungshorizont für rationale Problemlösungen zu strukturieren" (Luhmann 1968, S.21).

Werte dienen also als Orientierungsrahmen für das Handeln durch Selektion einiger weniger und Ausschluß aller

anderen denkbaren Alternativen. In einem zweiten Schritt wird die Selektions- und Ordnungsleistung des Systems fortgeführt, indem die nach der Wertwahl immer noch verbleibenden weiten Handlungsspielräume durch Festlegen bestimmter Variabilitätsgrenzen weiter eingeschränkt werden. Die damit zusammenhängende Problematik wird unter dem Stichwort "Zielorientierung" diskutiert.

Mit dem Terminus Adaption bezeichnet Parsons die Versorgung eines Systems mit den für die Zielerreichung nötigen Mitteln, also die Beschaffung von Ressourcen der verschiedensten Art (Parsons 1976, S.175f.). Die beiden wichtigsten Klassen derartiger Ressourcen sind für Sportvereine und Sportverbände die Bereitschaft der Mitglieder zum Engagement für die Ziele des Vereins oder Verbands auf der immateriellen Seite und Geld auf der materiellen Seite. Optimal ist die Adaptionsfunktion erfüllt, wenn die zur Zielerreichung benötigten Mittel jeweils dann, wenn sie gebraucht werden, in der richtigen Menge bereitstehen. Ein Sportverein, der zwar über hochmotivierte Mitglieder verfügt, dem es aber nicht gelingt, die für den Vereinsbetrieb nötigen finanziellen Mittel zu beschaffen, wird seine Ziele auf Dauer nicht oder nur unvollkommen erreichen können. Bereits dieses einfache Beispiel macht die enge Beziehung zwischen Adaption und Zielorientierung deutlich, wobei der Zielorientierung die führende, der Adaption die dienende Rolle zukommt.

"Zielorientierung" ist als Systemfunktion im Gegensatz zur "Systemerhaltung und -reorganisation" kurzfristiger und stärker situationsbezogen (Parsons 1976, S.174). Es geht dabei nicht um allgemeine Wertorientierungen, sondern um die Festlegung ganz bestimmter Handlungsziele. Erfolgreiche Zielorientierung zeichnet sich dadurch aus, daß sie zwischen unterschiedlichen Anforderungen an das System vermittelt.

Eine potentiell konflikthaltige Vermittlungsaufgabe besteht z.B. darin, sowohl die Bedürfnisse des eigenen Systems als auch Anforderungen der Außenwelt bei der Zielformulierung zu berücksichtigen. Wieso ist diese doppelte Rücksichtnahme notwendig? Wäre es nicht sinnvoll und hinreichend, wenn das System seine Ziele so gestaltete, daß sie den eigenen Bedürfnissen optimal entsprechen - was ja auch bereits komplizierte Abstimmungsvorgänge innerhalb des Systems nötig macht? Daß sich das System durch eine Vernachlässigung von Außenweltanforderungen selbst schaden würde, wird durch die folgende Überlegung klar: Indem sich ein System Ziele setzt, bestimmt es, welche "Produkte" (materieller und immaterieller Art) es produziert. Ein Spitzensportverband z.B. kann es sich zur Aufgabe machen, ganz bestimmte Einstellungen in bezug auf die von ihm vertretene Sportart in der Bevölkerung zu fördern. An diesem Beispiel zeigt sich, daß ein Sozialsystem sich mit dem aufgrund der Zielvorgabe produzierten Output an seine Umwelt wendet. Es macht Angebote, die nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie akzeptiert werden. Ein Sozialsystem kann aber mit der Akzeptanz seines Outputs nur rechnen, wenn es bereits durch geeignete Zielsetzung die Interessen der abnehmenden Systeme berücksichtigt hat. Ein einzelner Sportverein wird seine Ziele z.B. an regionalen, sportart-spezifischen Besonderheiten ausrichten, während der DSB als Dachverband ganz andersartige, viel allgemeinere Vermittlungsleistungen zwischen den Anforderungen staatlicher Instanzen an das Sportvereinswesen und den Interessen der Mitgliedsverbände zu erbringen hat.

Trotz der Notwendigkeit, die Interessen der Abnehmersysteme bei der Zielorientierung zu berücksichtigen, ist die Ausrichtung der Ziele an systeminternen Erfordernissen vorrangig:

"Der Fokus der Zielorientierung liegt für das Sozialsystem in seiner Beziehung als System zu den Persönlichkeiten der beteiligten Individuen. Er betrifft ... die Motivation, notwendige Beiträge zum Funktionieren des Systems zu liefern; diese 'Beiträge' variieren entsprechend den jeweiligen Erfordernissen."
(Parsons 1976, S.175)

Für die Aufbauphase des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege war es z.B. angesichts des Geld- und Materialmangels von ausschlaggebender Bedeutung, die Mitglieder zu ehrenamtlicher Übernahme aller wesentlichen Aufgaben und zur Improvisation in allen defizitären Bereichen zu motivieren (Weißpfennig 1982, S.759).

Das Vermittlungsproblem zwischen System- und Umweltbedürfnissen im Prozeß der Zielformulierung ist nur der Spezialfall eines umfassenderen Problems: Komplexe Sozialsysteme streben eine Vielzahl von Zielen an. Die schematisch vereinfachenden Ausführungen zu Beginn dieses Abschnitts mögen den Eindruck erweckt haben, die Wert- und Zielorientierungen sozialer Systeme ließen sich in hierarchischen Modellen angemessen darstellen. Reale Systeme sind in aller Regel nicht so harmonisch, sondern weisen Gegensätze und Widersprüche auf. Weder lassen sich aus einem obersten Wert oder Leitwert die übrigen Werte eines Systems stimmig ableiten, noch ist ein entsprechendes Verfahren auf Ziele und Mittel anwendbar.

Auch zwischen diesen drei Ebenen gibt es keine zwingenden Beziehungen. Wert A kann nicht nur durch die Ziele A_1 , A_2 , A_3 angestrebt werden, sondern - je nach Situation und Zeitumständen - auch oder nur durch die Ziele B, C und D. Ziel A_1 wiederum ist zu seiner Realisierung nicht notwendig auf die Mittel a_1 , a_2 , a_3 verwiesen; es gibt immer Alternativen (Luhmann 1968, S.56, S.91, S.110ff.). Das soll an einem Beispiel kurz erläutert werden.

Der organisierte Sport hat sich dem Gemeinwesen stets verpflichtet gefühlt.

Aber diese Verpflichtung auf das Gemeinwohl führte zur Propagierung nicht nur ganz unterschiedlicher, sondern sogar gegensätzlicher Ziele. Friedrich Ludwig Jahn glaubte aus seiner historischen Situation heraus, dem öffentlichen Wohl dadurch am besten zu dienen, daß er seine Turner einer paramilitärischen Ausbildung unterwarf und mit dem Ziel der Befreiung von der napoleonischen Herrschaft einen aggressiv gegen Frankreich gerichteten Nationalstolz schürte. Die Verfolgung solcher Ziele würde heute fraglos als gemeinwohlschädigend eingestuft. Der aktuellen politischen Situation entsprechend, entwickelt der DSB heute entgegengesetzte Zielvorstellungen: Gesellschaftliche und soziale Integration über nationale und weltanschauliche Grenzen hinweg (Münch 1987, S.41).

Werte bedeuten für Ziele nur Groborientierungen, die zusätzliche Einflußgrößen zu berücksichtigen haben. Entsprechendes gilt für Ziele und Mittel. Dennoch erfüllen sie eine Selektionsfunktion: Sie schließen eine Vielzahl von Möglichkeiten definitiv aus und legen eine begrenzte Auswahl von Alternativen nahe. Der Versuch, das Rationalitätsprinzip in Form einfacher, linearer Kausalgesetze auf Sozialsysteme anzuwenden, hat sich deshalb als irreführend erwiesen:

"Die das traditionelle Kausaldenken beherrschende Suche nach Kausalgesetzen im Sinne von invarianten Korrelationen zwischen je einer Ursache und je einer Wirkung übernimmt die Abstraktion, die als Isolierung eines Einzelfaktors sinnvoll ist, auf die Kausalbeziehung und verfehlt damit ihren eigentümlichen heuristischen Sinn, ihre Eignung als Schema der Entdeckung von Alternativen Glücklicherweise gibt es in der Wirklichkeit solche Kausalgesetze nicht, bei denen weder Ursachen noch Wirkungen disponibel sind."

Das Kausalschema erweist seine Nützlichkeit für das Lösen von Systemproblemen nur, wenn es als variables Schema gehandhabt wird, wenn also z.B. entweder ein bestimmtes Ziel als Konstante gesetzt und mögliche Mittel zu seiner Verwirklichung durchgespielt werden, oder ein gegebenes Mittel daraufhin untersucht wird, für welche Ziele es eingesetzt werden könnte. Die Auflösung komplexer Zusammenhänge in lineare Einzelbeziehungen entspricht menschlichen Denkgewohnheiten und ist schon aus diesem Grunde eine methodische Notwendigkeit für die Analyse von Sozialsystemen. Eine Vorstellung vom Funktionieren des Gesamtsystems ist jedoch nur zu gewinnen, wenn das Zusammenwirken der Einzelfunktionen betrachtet wird. In der Systemtheorie Parsons' geschieht das mittels der Analysekategorie "Integration".

Als Systemfunktion bezeichnet Integration die Vermittlungsleistungen, die zwischen den drei oben dargestellten Systemfunktionen - Systemerhaltung und -reorganisation, Adaption und Zielorientierung - erbracht werden müssen. Die integrativen Mechanismen eines Sozialsystems erfüllen also eine Funktion zweiter Ordnung. Sie geben Aufschluß darüber, wie die zugehörigen Subsysteme das Funktionieren des Gesamtsystems fördern oder behindern. Die interne Aufgabenteilung und der Modus des Zusammenwirkens der Subsysteme eines Sozialsystems einerseits und die Regelung der Austauschprozesse mit der Außenwelt andererseits machen in systemtheoretischer Sicht die Spezifik eines Sozialsystems aus (Parsons 1976, S.176).

Aus dieser doppelten Abhängigkeit ergibt sich, "...daß Systemintegration nun weder einseitig in der Abstimmung zwischen System und Außenwelt, noch einseitig in der Abstimmung zwischen dem System und seinen Mitgliedern gesehen werden kann, sondern genau in der Abstimmung zweier Abstimmungsprozesse" (Willke 1978, S.235; Unterstreichung im Original kursiv).

Die Tendenz westlicher Industrienationen, Sozial- und Arbeitsbeziehungen in wachsendem Maße funktional zu gestalten (Beck et al. 1980, S.62ff.; Parsons 1973, S.167), ist unter dem Integrationsaspekt von besonderem Interesse. Die immer weiter getriebene Differenzierung und Komplizierung erfordert als systemstabilisierende Gegenmaßnahme den verstärkten Einsatz integrativer Mechanismen (Luhmann 1985, S.79f.; Willke 1978, S.245). Um dysfunktionales Auseinanderdriften autonomer Subsysteme zu verhindern, müssen im System Prozesse der Einbindung vorgesehen sein. Die Entwicklung des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland ist also unter integrativer Fragestellung z.B. daraufhin zu untersuchen, ob und gegebenenfalls auf welche Weise zunehmender funktionaler Differenzierung durch integrative Mechanismen gegengesteuert wurde.

1.4. Aufbau der Untersuchung

Die generelle Zielsetzung dieser Arbeit, Wandlungen im Sportvereinswesen der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen, wurde im vorangehenden Abschnitt präzisiert: Es soll ein über Einzelaspekte hinausgehendes Gesamtverständnis der veränderten Rationalität sportverbandlichen Handelns erarbeitet werden. Aus diesem Grunde haben wir uns für den systemtheoretischen Ansatz entschieden. Damit sind Zielsetzung und Methode der vorliegenden Untersuchung umrissen. Im folgenden soll der Aufbau der Arbeit skizziert werden.

Insgesamt stellt sich das Thema als in zweierlei Hinsicht sehr umfassend dar:

- Der Gegenstand der Untersuchung, die Sportvereine und -verbände der Bundesrepublik Deutschland, ist rein quantitativ besonders umfangreich.

- Es soll ein etwaiger Wandel dargestellt werden, was die Berücksichtigung eines Zeitraums von ca. vierzig Jahren zweckmäßig erscheinen läßt.

Die übergroße Fülle empirischen und theoretischen Materials die damit prinzipiell Gegenstand der Untersuchung ist, wird jedoch begrenzt durch die Wahl der theoretischen Perspektiven: Es interessieren im Rahmen unserer Fragestellung nur solche Forschungsarbeiten, die Erkenntnisse über das Sportvereinswesen als System vermitteln.

Für die ersten zwei Drittel des gewählten Untersuchungszeitraums existieren u.W. Untersuchungen der hier interessierenden theoretischen Ausrichtung nicht, wohl aber eine Fülle von Arbeiten, die Einzelaspekte des Systemzusammenhangs erhellen. So liegen Untersuchungen zur Geschichte der Sportvereine und -verbände, zum Sportrecht und zu vereinsbezogenen wirtschaftlichen Fragestellungen vor. Wir werden versuchen, aus diesen Einzelfakten einige wesentliche Systemzusammenhänge zu rekonstruieren. Für die Zeit ab Mitte der siebziger Jahre existieren neben empirischen und theoretischen Arbeiten zu Einzelaspekten auch bereits einige Untersuchungen, die das Sportvereinswesen aus organisationssoziologischer Sicht unter systemtheoretischen Aspekten analysieren (vgl. Mücke 1986).

Bei der Analyse von Entwicklungstrends seit den fünfziger Jahren konzentrieren wir uns auf die Betrachtung der in Abschnitt 1.2. entwickelten Fragestellungen, nämlich:

- Wie löst das System seine Wertproblematik?
- Wie rekrutiert das System die für sein Funktionieren notwendigen Mittel und welche Ziele werden angestrebt?
- Auf welche Weise verändern sich die integrativen Mechanismen?

Die damit angeschnittenen Fragen sind immer noch so komplex, daß Schwerpunktbildungen unabdingbar sind. Diese Schwerpunktbildung folgt den untersuchungsleitenden Thesen, die im zweiten Kapitel entwickelt werden sollen. Wir gehen dabei von einem Gesamtüberblick über die Geschichte des Sportvereinswesens in Deutschland aus, beginnend mit der Turnbewegung Friedrich Ludwig Jahns. Auf diese Weise wird die Zeitperspektive erweitert, was uns für die Thesenableitung nützlich erscheint: Sportvereine haben in Deutschland eine lange Tradition, die das heutige Selbstverständnis der Vereine und Verbände mitgestaltet, sei es in kritischer Abgrenzung gegen die Vergangenheit oder in bewußter Fortführung als wertvoll erachteter Traditionen. Die Umgestaltung des Sportvereinswesens im Nationalsozialismus zu einer paramilitärischen Organisation hat sich zudem ganz direkt - durch spezifische Vorbehalte und Verbote der Besatzungsmächte (Weißpfennig 1982, S.760f). - auf die Neukonstituierung des Sportvereinswesens nach 1945 ausgewirkt.

Die Erweiterung der Zeitperspektive über den eigentlichen Betrachtungszeitraum hinaus vergrößert zudem die Chance, Entwicklungen in den Blick zu bekommen, die bei einer ausschließlichen Berücksichtigung der letzten 40 Jahre verborgen bleiben müßten.

Den Mittelpunkt des zweiten Kapitels bildet die Betrachtung der Sportvereine und Sportverbände im Zeitraum zwischen 1945 und 1985. Am Ende des geschichtlichen Überblicks steht die Formulierung von Thesen zu Entwicklungstrends des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland.

In den folgenden Kapiteln werden dann Probleme der Systemerhaltung und -reorganisation, der Adaption, Zielsetzung und Integration in der durch die Thesen vorgegebenen Schwerpunktbildung untersucht.

2. Die historische Entwicklung

2.1 Von den Anfängen des organisierten Sports in Deutschland bis 1945

2.1.1. Friedrich Ludwig Jahn und die nationale Turnbewegung

Im deutschen Sprachraum ist die Geschichte des organisierten Sports von Beginn an bis 1945 stark mit dem Nationalgedanken verbunden. Schon GutsMuths, der mit seinem 1793 erschienenen Werk "Gymnastik für die Jugend" in turnerischer und übungstechnischer Hinsicht die Grundlagen des organisierten Sports in Deutschland legte, nannte neben Gesundheitsförderung und moralisch-geistiger Erziehung die Verbreitung einer patriotischen Gesinnung als Ziel der Leibesübungen. Besonders betont wurde die Nationalidee in seinem etwas später erschienenen "Turnbuch für die Söhne des Vaterlands", woraus hier nur ein Zitat angeführt werden soll: "Die Turnübungen, aus dem vaterländischen Gesichtspunkte der allgemeinen Wehrschaft betrachtet, sind eine notwendige Vorschule des werdenden Vaterlandsverteidigers." (GutsMuths 1817, S. XIV).

Friedrich Ludwig Jahn griff sowohl die praktischen Übungen als auch die Wertsetzungen GutsMuths auf und schuf in Form der "Turngesellschaft" im Jahre 1811 eine Organisationsform, in der das Sporttreiben ganz in den Dienst patriotischer Gesinnung gestellt wurde (Jahn 1810, S.307; Jahn & Eiselen 1816, S.V.; Ueberhorst 1969, S. 35ff.). Eine paramilitärische Ausbildung, deren Ziel der Volkskrieg gegen Frankreich war, gehörte zum Übungsprogramm der Jahnschen Turngesellschaften, die nicht auf ihren ursprünglichen Gründungsort Berlin beschränkt blieben, sondern sich rasch ausbreiteten.

Der politische Charakter der Jahn'schen Aktivitäten offenbart sich im wesentlichen durch die folgenden drei Elemente:

- Agitation (z.B. in Reden, Denkschriften, Programmen)
- Etablierung von Ritualen (Turn- und Volksfeste) und
- Öffentlichkeit (im Gegensatz etwa zu den preußischen Nationalgesellschaften, die einen gegen die Napoleonische Besatzung gerichteten militanten Patriotismus nur im geheimen pflegten).

Mit seinem "vaterländischen Turnen" schaffte Jahn der Nationalidee eine breite Öffentlichkeit und weit über die Kreise der Turner hinausgehende Aufmerksamkeit und Publizität. Es läßt sich deshalb behaupten, "...daß die Entstehung der Turnbewegung die Geburtsstunde der deutschen Nationalbewegung darstellt." (Düding 1980, S.249).

Konsequenterweise beteiligten sich Jahn und seine Turner als Freiwillige an der Erhebung gegen Napoleon im Frühjahr 1813, nachdem dessen Niederlage im Rußlandfeldzug ein solches Vorhaben durchführbar erscheinen ließ. Auf die nationale Begeisterung, die in den Freiheitskriegen gegen Napoleon ihren Höhepunkt fand, folgte die Restauration. Die Wiederherstellung der alten feudalen Machtverhältnisse, wenn auch in anderen territorialen Grenzen als vor dem Wiener Kongreß, enttäuschte die Nationalbegeisterten. Von ihren politischen Zielen war nur eines erreicht, die Befreiung von französischer Herrschaft; der Wunsch nach Bildung eines Nationalstaates, nach Erlangung bürgerlicher Freiheiten und nach Etablierung demokratischer Verfassungen blieb unerfüllt.

Die staatliche Unterdrückung nationaler und liberaler Bestrebungen, die durch die "Karlsbader Beschlüsse" und die anschließende "Demagogenverfolgung" rechtlich fundiert und durchgeführt wurde, traf auch die Turner. Jahn wurde zu Festungshaft verurteilt, aus der er erst im Jahre 1825 freikam. Politisch engagierte Turner waren Repressalien ausgesetzt; schließlich wurde eine "Turnsperre" verhängt. Viele Turner entzogen sich dem Verbot, indem sie unter anderem Namen ihren Übungsbetrieb fortsetzten und ihre nationalen und demokratischen Überzeugungen weiter pflegten. Besonders in Süddeutschland waren die Turnvereine und Turnfeste weiterhin Orte der Pflege nationalen Denkens und eines im Vergleich zu Jahn radikalen Demokratentums (Neumann 1980, S.263ff.).

Die Aufhebung der Turnsperre 1842 schaffte die formalen und die 1848er-Revolution die politischen Voraussetzungen für ein Wiedererstarken des organisierten Sports. Auf dem Turntag in Hanau im April 1848 wurde der "Deutsche Turnerbund" gegründet, ein Zusammenschluß von 42 Turngemeinden. Trotz der Einigung auf gemeinsame, sehr allgemein gehaltene Zielvorstellungen ließen sich die politischen Divergenzen nicht lange unterdrücken. Schon auf dem 2. Turntag im Juli 1848 trennten sich die Turner in zwei Gruppen: Die "Politischen" forderten die Republik und kämpferischen Einsatz zu ihrer Verwirklichung; die "Unpolitischen" befürworteten eine konstitutionelle Monarchie. Der knappen Mehrheit von 91 "unpolitischen" Vereinen standen 81 "politische" gegenüber (Eichel 1973, S.168).

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts läßt sich eine Entwicklung von den Turngesellschaften Jahn'scher Prägung, denen gewisse Parallelen zu Dienstleistungsbetrieben eigen waren, hin zu demokratisch verfaßten Turnvereinen konstatieren. Zugleich gewannen am englischen Vorbild orientierte Sportvereine an Bedeutung, deren Zielorientierung anders als bei den von nationalem Gedankengut geprägten Turnvereinen eher kosmopolitisch. leistungs-

Die völlige Niederschlagung der 1848er-Aufstände durch preußisches Militär, die Auswanderung vieler engagierter Demokraten nach Amerika und der nachwirkende Zeitgeist des Biedermeier führten bei den Turnvereinen zu einer zunehmenden Entpolitisierung. Die 1856 gegründete "Deutsche Turnzeitung" drückte diesen unpolitischen Geist aus. Der politische Elan wurde ersetzt durch Engagement im gesellschaftlich-sozialen Bereich, in Turner-Rettungsdiensten, Turner-Feuerwehren und einem ausgeprägten Vereinsleben: "Für die Kleinbürger stellten die Turnvereine häufig den gesellschaftlichen Mittelpunkt ihrer Lebenssphäre dar." (Krüger 1975, S.20).

Zusammenfassend für den bisher betrachteten Zeitabschnitt läßt sich festhalten, daß das Sportvereinswesen die Zwänge und die Intoleranz des staatlichen Bereichs reproduzierte und keinen Weg zu einer eigenständigen, sportbezogenen Politik fand.

2.1.2. Von 1860 bis 1914

Mit dem Jahr 1860 setzte eine ungemein starke Wiederbelebung des Sportvereinswesens ein. Im Vergleich zu anderen Interessengruppen wie Gesangs-, Schützen- und Arbeitervereinen nahmen die Turnvereine bereits damals eine herausragende Stellung ein. Allein zwischen 1860 und 1862 wurden über 1000 neue Turnvereine gegründet (Krüger 1975, S.21). Es zeigte sich hier wieder "... jene Wertschätzung der körperlichen Ertüchtigung in außenpolitischen Krisenzeiten, die auch das Jahnsche Turnen beflügelt hatte." (Neumann 1980, S.273). Im Kampf gegen die napoleonische Besetzung hatten sich Turner als begeisterte Kämpfer erwiesen, auch im Vorfeld der Deutschen Reichsgründung und vor dem Ersten Weltkrieg erwiesen sie sich als willfähiges Instrument der Politik.

Die "Deutsche Turnerschaft" als Zusammenschluß der deutschen Turn- und Sportvereine hing zwar eigentlich der großdeutschen Lösung an, was sich z.B. in der Mitgliedschaft österreichischer Vereine auch formal dokumentierte, akzeptierte jedoch realistischere Weise die von Bismarck betriebene "kleine Lösung". Immerhin entsprach das ihrem seit Jahren verfolgte Ziel eines deutschen Nationalstaates (John 1980, S.282). Die enge Verbindung von Patriotismus und Militarismus bei der "Deutschen Turnerschaft" äußerte sich z.B. durch aktive Förderung der Kriegsbegeisterung im Vorfeld des Frankreichfeldzuges 1870/71 und des Ersten Weltkriegs. Zudem wurde die von der "Deutschen Turnerschaft" stets betonte paramilitärische Qualität der Leibesübungen zum Anlaß genommen, offizielle Ausbildungsfunktionen in der Armee anzustreben und Turnen und Militär auch organisatorisch-institutionell zu verknüpfen (DTZ 1886, S.768; DTZ 1918, S.380; DTZ 1914, S.623, S.667; Rehlinger 1911, S.730).

Die enge Anlehnung des Sportvereinswesens an die Politik des Kaiserreichs und das damit verbundene starre Wertdenken führten - unter verbandspolitischem Aspekt gesehen - zur Spaltung der Turnerschaft. Unter Jahn war es noch gelungen, die Turner auf gemeinsame Werte zu verpflichten und ein Schicht- und Klassengrenzen überwindendes Vereinsleben zu gestalten; in der Vorphase, während der 48er-Aufstände und in ihrer Folge war die Integrationskraft bereits wesentlich schwächer, wurde noch einmal durch das von den Turnern lange angestrebte Ziel der Gründung eines Nationalstaates zusammengehalten, zerbrach aber nach der Reichsgründung ganz.

Die seit 1861 in Gründungsvorbereitungen befindliche und 1868 formal gegründete "Deutsche Turnerschaft" war hinsichtlich ihrer Normorientierung so eng auf die bürgerlich-obrigkeitliche Ideologie und die Bismarcksche Politik festgelegt, daß sie abweichenden Vorstellungen keinen Platz mehr bot (John 1980, S.283; Teichler 1980, S.449). Weder gelang es ihr durch Betonung sporttypischer Wertsetzungen wie Kameradschaft, den aufkommenden Rassismus zu entschärfen, noch konnte sie die klassenbewußte Industriearbeiterschaft an sich binden. Dabei folgte deren Trennung von den etablierten Turnvereinen keineswegs als geplanter Schritt eines politischen Programms, sondern als Reaktion auf die ideologische Haltung der "bürgerlichen" Vereine, in denen die Arbeiter ihre Interessen zunehmend weniger repräsentiert sahen (Neuendorff o.J., Bd.4, S.192).

Tabelle 3 gibt einen Überblick darüber, wie sich die wachsende Uneinheitlichkeit der Turn- und Sportbewegung in der Gründung ideologisch gespaltenen Verbände niederschlug. Mit der "Deutschen Turnerschaft" konkurrierten zwei weitere Verbände, der "Deutsche Turnerbund" und der "Arbeiter-Turnerbund". Durch die Gründung des "Deutschen Turnerbundes" 1889 wurde Rassismus auf Verbandsebene im Sportvereinswesen verankert, nachdem solche Bestrebungen zuvor auf einzelne Regionen beschränkt geblieben waren (DTZ 1887, S.523). 1893 wurde der Arbeiter-Turnerbund gegründet. Die Arbeitersportler waren von Beginn an Diffamierungen und staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt. Die "Deutsche Turnerschaft" behandelte den "Arbeiter-Turnerbund" als Konkurrenten und politischen Feind und arbeitete mit der Staatsmacht bei dessen Bspitzelung und Unterdrückung zusammen (John 1980, S. 283; Teichler 1980, S.449).

Betrachtet man die Entwicklung des Sportvereinswesens von den Zeiten Jahns bis zum Jahre 1914 unter der Fragestellung, wie das Systemproblem der Integration gelöst wurde, so ist festzustellen, daß Mechanismen zur Integration des wachsenden Mitgliederaufkommens und der politisch-ideologischen Gegensätze nicht in ausreichendem Maße entwickelt wurden. Zentrale integrative Mechanismen sozialer Systeme

- Festlegung der "regulativen Normen auf hinreichend hoher Allgemeinheitsebene"
- "Änderung des Inhalts der normativen Muster" (Parsons 1976, S.217).

wurden von den Verbänden nicht eingesetzt. Weder gelang es - wie zum letzten Mal im Jahre 1848 anlässlich des ersten Hanauer Turntages - die Wertstruktur so festzulegen, daß sich die von den Mitgliedern vertretenen politisch-gesellschaftlichen Strömungen repräsentiert fühlten, noch wurden soziale Wandlungsprozesse angemessen berücksichtigt. Starres Festhalten an den autoritär-feudalistischen Strukturen trug der gewandelten politisch-sozialen Situation nicht Rechnung, weil es die Bedürfnisse des im Zuge der Industrialisierung gewachsenen Industrieproletariats ausklammerte.

Die Berufung auf eine romantisch verklärte Nationalideologie, die zu Zeiten Jahns noch integrative Kraft besaß, verlor in ihrer zur Großmacht- und Allmachtideologie gesteigerten Form während des Kaiserreichs an gesellschaftlicher Bindungsfähigkeit. Weite Teile der Arbeiterschaft, der Intellektuellen und in der Sozialdemokratie organisierter Bevölkerungskreise sahen sich im Wilhelminischen Staat nicht repräsentiert. Indem die Sportverbände auf die Formulierung einer eigenen, sportbezogenen

Tabelle 3

Überblick über die Entwicklung des Turn-
vereinswesens in Deutschland im Zeitraum von
1860 - 1914

<u>Deutsche Turnerschaft *</u>	Jahr	Turnvereine	Mitglieder
	1862	1.279	134.507
	1914	11.491	1 413.558

Quellen: DTZ 1914, S.565-568; John 1980, S.324.

* (De jure erst 1868 gegründet; konstituierende
Arbeiten aber bereits ab 28.12.1861; siehe dazu
John 1980, S.281)

<u>Deutscher Turnerbund</u>			
	1896	50	o.A.
	1914	226	17.493

Quellen: Deutsche Turn-Zeitung 1896, S.438;
John 1980, S.316

<u>Arbeiter-Turnerbund</u>			
	1896	150	9.015
	1914	2.411	186.958

Quelle: Teichler 1980, S.453, S.484.

Verbandspolitik verzichteten, sich entweder dem Staat blind andienten oder in heftige Gegnerschaft zu ihm gerieten, verpaßten sie die Chance, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu gewinnen. Damit blieben gesellschaftspolitische Handlungsspielräume ungenutzt, die dem Sportvereinswesen aufgrund seiner Vertretungsmacht - der Zahl seiner Mitglieder und dem prägenden Einfluß auf sie - zugewachsen waren.

2.1.3. Weimarer Republik und Drittes Reich

Der organisierte Sport in der Weimarer Republik wurde durch zwei große Dachverbände geprägt, den "Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen" (DRA), einen Zusammenschluß der bürgerlichen Vereine und Verbände, und durch die "Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege" (ZK), das Spitzengremium des Arbeitersports. Obwohl also die Trennung in zwei politisch gegensätzliche Gruppierungen erhalten blieb, änderte sich der Umgang der Spitzenverbände miteinander im Sinne einer zumindest partiellen Kooperation in sportpolitischen Angelegenheiten und eines Verzichts auf gegenseitige Diffamierung. Das soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Im Jahre 1919 wandten sich der DRA und die ZK in Denkschriften an die Nationalversammlung. Bei unterschiedlicher Akzentuierung wurden gemeinsame Forderungen für den Sport und das Sportvereinswesen aufgestellt. Der DRA vertrat im einzelnen folgendes:

- Kommunale Behörden gesetzlich zur Bereitstellung von Turn-, Sport- und Spielplätzen zu verpflichten,

- eine sportliche Ausbildungspflicht für Jugendliche zwischen Schulentlassung und Volljährigkeit einzuführen,
 - das Turnen an fortbildenden Schulen zum Pflichtfach zu machen,
 - eine tägliche Turnstunde an Volksschulen und höheren Schulen einzuführen,
 - Sommerzeit beizubehalten,
 - das Sportvereinswesen durch staatliche Vergünstigungen zu fördern,
 - die Leibeserziehung bei den unterschiedlichen Behörden auf kommunaler und Reichsebene durch Errichtung von Ämtern zu institutionalisieren.
- (Dien 1960, S.989).

Die ZK betonte aufgrund ihrer Erfahrungen im Kaiserreich insbesondere die Notwendigkeit, alle gesetzlichen Zugangsbeschränkungen zu ihren Vereinen zurückzunehmen. Im Bereich der Vereinsförderung wurden folgende Maßnahmen gefordert:

- Fahrpreismäßigungen für Vereinsmitglieder bei Fahrten zu Sportveranstaltungen und bei Wanderungen
 - Staatliche Zuwendungen für die Vereine aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit (Förderung der Volksgesundheit)
 - Befreiung von der Einkommensteuer.
- (ATZ 1919, S.33).

Das koordinierte Vorgehen der Spitzenverbände erwies sich als erfolgreich: Viele Forderungen wurden erfüllt, wobei es - wiederum im Gegensatz zur Kaiserzeit - gelang, auch in sensiblen Bereichen das Konkurrenzverhalten zugunsten verbandspolitisch sinnvoller Gemeinsamkeit zurückzudrängen. Es kann sicher als verbandspolitischer Erfolg gelten, daß trotz der

äußerst schwierigen Finanzsituation ab 1930 jährlich ca. 15 Millionen Mark für die Förderung des Sportes zur Verfügung gestellt wurden, und als Hinweis auf ein vergleichsweise partnerschaftliches Verhalten der Verbände, daß die Zuwendungen einigermaßen ausgewogen auf DRA und ZK verteilt wurden (75.000 M.versus 50.000 M.; vgl. dazu Krüger 1975, S.46). Zu Kaiserzeiten waren die Arbeitersportvereine von finanziellen Zuwendungen stets ausgenommen worden.

Obwohl also der organisierte Sport auch in der Weimarer Republik in weltanschaulich-politische Lager gespalten war (Scherer 1975, S.3; Ueberhorst 1982, S.795), gab es doch Ansätze zur Interessenskoordination. Das dokumentierte sich z.B. im oben geschilderten abgestimmten Vorgehen gegenüber Staatsorganen und auch in achtungsvollerem Umgang der Sportfunktionäre miteinander. Als ein Beleg dafür kann z.B. das ausdrückliche Bemühen Diems gelten, seinen Kollegen Wildung von der ZK in wichtige Spitzengespräche mit Politikern einzubeziehen (Simon et al. 1969, S.36).

Die gemeinsam vertretene Sache höher zu stellen als Gruppenegoismen wird in der neuesten verbandstheoretischen Diskussion keineswegs als Selbstverständlichkeit angesehen (Traxler 1986, S.7). Entsprechendes Verhalten der Verbandsfunktionäre setzt ein weiterentwickeltes, systemorientiertes Handlungsverständnis voraus. Auf Dachverbandsebene zeigten sich also bereits zu Zeiten der Weimarer Republik Ansätze zu einer Partikularegoismen übergreifenden Rationalität sportverbandlichen Handelns.

Nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch im Innern lassen sich Bemühungen erkennen, die unter systemtheoretischer Perspektive als Beitrag zur Integration des Sportvereins- und Sportverbandswesens beschreibbar sind. Im Norm- und Wertbereich vertrat der DRA z.B. eine Politik, die politische Konfrontationen möglichst gering halten, Diffamierungen vermeiden und über eine Betonung der gemeinsamen Zielsetzungen im Sportbereich auch abgestimmtes Handeln ermöglichen sollte.

Mit wachsender Größe und sportartlicher Differenzierung des Sportvereinswesens wuchsen auch die Probleme zwischen Dachverband und Einzelverbänden. Beispielhaft dafür steht die Kontroverse zwischen dem DRA und der "Deutschen Turnerschaft". Wie bereits im vorigen Abschnitt dargestellt, sahen sich die Turner in der direkten Nachfolge Friedrich Ludwig Jahns, waren völkisch, rassebewußt und wehrhaft eingestellt (Neuendorff 1922, 1926, S.38ff.) und sahen in den Sportverbänden individualistische, internationalistische und leistungsorientierte Tendenzen, die sie ablehnten. Ihr ganzheitliches Verständnis des Turnens als umfassende Leibesübung stand im Gegensatz zur fachspezifischen Sichtweise des DRA, der die Deutsche Turnerschaft als Fachverband für Geräteturnen und Turnspiele einstufte und die damit den zeitweiligen Austritt der Deutschen Turnerschaft aus dem DRA bewirkte (DTZ vom 23.12.1920, S.461; DTZ vom 14.12.1922, S.499). Ohne auf die weitere Entwicklung und schließliche Beilegung des Konflikts näher einzugehen, soll an ihm doch exemplarisch eine neue Klasse innerverbandlicher "Kosten" eines differenzierten, funktional gegliederten Sportvereinswesens belegt werden. Probleme der geeigneten Aufteilung von Kompetenzen und der Schneidung von Aufgaben mit den

zugehörigen Macht-, Prestige- und Organisationsproblemen sind nur dann sinnvolle Kosten für das Gesamtsystem, wenn sie ihm Vorteile bringen, die ohne eine solche Untergliederung nicht erreichbar wären (Willke 1978, S.246).

Im Konflikt zwischen dem DRA und der Deutschen Turnerschaft vertrat der DRA den Standpunkt, zunehmende funktionale Differenzierung sei im Sinne angemessener Entwicklungsmöglichkeiten für den Sport unerlässlich. Die Deutsche Turnerschaft hingegen wollte sich mit der durch Subsystembildung bedingten wachsenden Abhängigkeit vom Dachverband nicht abfinden und den Verlust einiger Entscheidungsspielräume nicht hinnehmen.

Im Überblick betrachtet, zeigen sich in den Jahren der Weimarer Republik im Sport bereits zwei zentrale Problembereiche, die das Verbandswesen moderner Industrienationen ganz allgemein prägen:

- die Notwendigkeit, die funktionale Differenzierung des Gesamtsystems voranzutreiben
- auf den einzelnen Ebenen des Systems integrative Mechanismen zu entwickeln.

Auf die nationalsozialistische Herrschaft an dieser Stelle ausführlich einzugehen, erübrigt sich u.E. deshalb, weil nichts für das Sportvereinswesen spezifisches zu berichten wäre. Auch im Sportvereinswesen fand eine Entwicklung statt, die alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Institutionen erfaßt: Die Gleichschaltung durch die politischen Machthaber, die Unterordnung unter die nationalsozialistische Ideologie und die Instrumentalisierung bestehender Institutionen für die innen- und außenpolitischen Ziele Hitlers (vgl. dazu z.B. Bernett 1971, S.25ff.; 1983, S.17ff.).

Bemerkenswert in unserem Zusammenhang ist, daß der organisierte Sport mit Ausnahme der Arbeiter-Sportbewegung (Ueberhorst 1973, S.261ff.) den nationalsozialistischen Übergriffen kaum Widerstand entgegensetzte. Im Nationalsozialismus wurde der Sport wegen seiner Eignung sowohl zu Propagandazwecken als auch wegen seiner besonderen paramilitärischen Qualitäten in besonders starkem Maße ideologisiert (Joch 1982, S.712). Diese Etikettierung des Sports haftete ihm auch nach 1945 an und nährte bei den Besatzungsmächten und bei Teilen der Bevölkerung Ressentiments gegen den mißbrauchten Sport (Scherer 1975, S.3).

2.2. Der Aufbau des Sports nach 1945 und die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

2.2.1. Die ersten Nachkriegsjahre

Trotz schwierigster äußerer Bedingungen bestand kurz nach Kriegsende wieder ein breites Interesse an sportlichen Aktivitäten auf Vereinsbasis. Die Fußballvereine, die gegenüber den anderen Sportarten in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle übernahmen, begannen mit dem Übungs- und Wettkampfbetrieb schon in den ersten Wochen nach der Kapitulation (Hamburger SV 1962, S.31; Koch 1973, S.96f.; Schoppe 1974, S.90). Andere Sportarten folgten; noch im Jahre der Kapitulation fanden Wettkämpfe zwischen einzelnen Clubs und Vereinen statt. Die Dynamik dieser Entwicklung überwand schon bald die Vereins- und Kreisgrenzen und führte zur Bildung verbandsähnlicher Zusammenschlüsse.

Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die Haltung der Besatzungsmächte, die den organisierten Sport zwar einerseits kontrollierten, um die Wiederholung nationalsozialistischer Praktiken zu verhindern, ihm andererseits jedoch Spielraum zur Entfaltung gaben.

Grundlegendes für die Regelung des Sportwesens durch die Besatzungsmächte enthält die Verfügung Nr. 23 vom 17.12.1945 (Weißpfennig 1982, S.761). Von den Prinzipien der Entmilitarisierung des Sports und der konsequenten Demokratisierung des Vereinswesens als Zielvorstellung ausgehend, enthält diese Verfügung konkrete Einzelanweisungen, von denen einige in gekürzter Form wiedergegeben werden sollen:

- das strikte Verbot sportlicher Betätigung im paramilitärischen oder militärischen Bereich (z.B. Segelflug, Schießen mit Feuerwaffen);
- die Auflösung aller Sportorganisationen, die vor der Kapitulation bestanden hatten;
- die Erlaubnis zur Gründung von Sportorganisationen, sofern sie Kreisgrenzen nicht überschritten;
- die Genehmigungspflicht aller Neugründungen durch alliierte Behörden.

Das Verbot kreisübergreifender Sportinitiativen wurde nicht strikt gehandhabt. Veranstaltungen genehmigter Sportvereine und über Kreisgröße hinausgehende sportbezogene Organisationen wurden in Einzelfällen erlaubt, aber von der Erfüllung festgelegter Auflagen abhängig gemacht. Konnte die zu gründende Organisation nachweisen, daß sie von der Vereinsbasis her demokratisch legitimiert war und die in Aussicht genommenen Funktionsträger unverdächtig im Sinne des Entnazifizierungsprogramms

waren, so war die Gründung grundsätzlich möglich. Die Durchführungspraxis wurde allerdings in den Besatzungszonen unterschiedlich und nicht immer großzügig gehandhabt (Nitsch 1976, S.179; Sorg 1955, S.83; Strych 1975).

In unserem Zusammenhang interessiert nun, in welcher Richtung die Weichenstellungen für das Sportverbandswesen erfolgte. Wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik standen sich bei der Verbandsbildung auf höherer Ebene zwei konkurrierende Prinzipien gegenüber: Das Fachverbandsprinzip und das sportartenübergreifende regionale Gliederungsprinzip.

Nachdem Bemühungen um eine einheitliche Regelung des Sportverbandswesens in den drei Westzonen gescheitert waren, verlagerte sich der Schwerpunkt der Entwicklung auf die Länder. In den sich konstituierenden Landessportbünden war die Mitgliedschaft unterschiedlich geregelt. Es lassen sich vier Modelle unterscheiden:

- 1) Vereine,
- 2) Vereine und Kreisverbände,
- 3) Vereine und Fachverbände,
- 4) Fachverbände.

Ordnet man die zwischen dem 17.7.1945 und dem 1.12.1949 gegründeten 15 Landessportbünde hinsichtlich der obigen Modelle, so ist Modell 1 das absolut häufigste (jeweils 4 Landessportbünde). Für das Modell 2 entschied sich nur ein Landessportbund (Weißpfennig 1982, S.769f.). Es konnte sich also keines der beiden Grundprinzipien (Fach- bzw. Gesamtverband) klar durchsetzen.

Bei den Vorbereitungen zum Zusammenschluß der Sportorganisationen auf der nächsthöheren Ebene zum Dachverband wiederholten sich die Schwierigkeiten, die

bereits die Konstituierung der Landessportbünde belastet hatten. Auf einer Sportkonferenz im November 1946 fand ein erster Gedankenaustausch über Aufgaben-
gebiet und Zielsetzungen des organisierten Sports
in den Westzonen statt (Diem 1960, S.1022; Strych
1975, S.84f), dem in den folgenden Jahren Konferenzen
und die Arbeit in vorbereitenden Gremien folgten.
Das Ergebnis der zahlreichen Kontroversen zwischen
den Landesportbünden und Fachverbänden sowie den
kontrollierenden Institutionen der Alliierten läßt
sich im wesentlichen in zwei Punkten zusammenfassen:
Von Seiten der Alliierten wurde den Vertretern
des organisierten Sports zugesichert, daß sie die
bestehenden Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften
nach der Gründung eines Staates auf westdeutschem
Territorium auch formal in die gewünschten Verbände
umwandeln könnten und daß auch die offizielle Gründung
eines Dachverbands dann möglich sein werde. Seitens
der Sportfunktionäre wurde eine Einigung darüber
erzielt, daß Fachverbände und Landessportbünde
in dem geplanten Dachverband gleichberechtigt vertreten
sein sollten (Drees o.J., S.10ff.).

2.2.2. Die Entwicklung des DSB und seiner Mitglieds- organisationen

Nach dem Entstehen der Bundesrepublik Deutschland
wurde mit der Gründung des Deutschen Sportbundes
am 10.12.1950 etwas für die deutsche Turn-und
Sportbewegung Neues erreicht: Der freiwillige Zusammen-
schluß aller maßgeblichen Kräfte in einem Verband.
Die historische Erfahrung mit einem übermächtigen
Staat ließ die Gründungsmitglieder besonderen Wert
auf politische und ideologische Unabhängigkeit
des Sports legen (Drees o.J., S.9ff.). Diese Eigenstän-
digkeit ist für das Sportvereins- und Sportverbands-

wesen der Bundesrepublik Deutschland gesichert durch das Rechtsinstitut des Vereins. Die verfassungsmäßig verankerte Vereinigungsfreiheit schließt eine weitgehende Autonomie ein: Sowohl bei der Gestaltung seiner inneren Ordnung als auch bei der Regelung seiner Außenbeziehungen ist der Verein prinzipiell frei, wenn man von den allen Grundrechten immanenten Schranken absieht.

Die im Vereinsrecht gewährte Autonomie betrifft sowohl Zusammenschlüsse von Einzelpersonen als auch von juristischen Personen, deckt also den gesamten Bereich der Sportorganisation ab, vom Individuum über den einzelnen Sportverein, die Fach- und Regionalverbände bis hin zum DSB (Kauffmann 1981, S.9ff.). Die rechtliche Basis des organisierten Sports in der Bundesrepublik Deutschland war über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg weitgehend konstant und stellt somit einen wichtigen Stabilitätsfaktor des gesamten Systems dar. Auf einige in unserem Zusammenhang interessante Einzelentwicklungen werden wir in Kapitel 3 näher eingehen.

Von Bedeutung für die Beziehung zwischen Staat und organisiertem Sport ist in formaler Hinsicht weiterhin, daß Sportvereine und -verbände nicht nur Autonomie im Sinne eines Schutzrechts vor Übergriffen des Staates genießen, sondern darüber hinaus aufgrund des Subsidiaritätsprinzips auch zur Wahrnehmung öffentlich wichtiger Belange autorisiert sind. "Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip soll der Staat den gesellschaftlichen Kräften größtmögliche Entfaltungsfreiheit gewähren und nur dann eingreifen, wenn die private Initiative die Forderungen des

Gemeinwohls nicht erfüllt." (Leßmann 1976, S.198). Damit gesteht der Staat gesellschaftlichen Gruppen zu, daß sie legitimerweise Anliegen von öffentlichem Interesse verfolgen dürfen.

Die Position des organisierten Sports ist im Vergleich zu anderen wichtigen gesellschaftlichen Interessengruppen (z.B. den Wirtschaftsverbänden) besonders günstig, da den Sportvereinen und -verbänden der Gemeinnützigkeitsstatus zuerkannt wurde. Gemeinnützigkeit impliziert eine ganze Reihe direkter und indirekter Vergünstigungen, die jedoch andererseits die Gefahr staatlicher Einflußnahme mit sich bringen. Die vom Recht vorgegebene Zielsetzung des Staates: Förderung bei Wahrung des Autonomieprinzips muß in ihrem Vollzug auf Schwierigkeiten und innere Widersprüche stoßen. Einerseits soll die fördernde öffentliche Hand die Vergabe von Geldern rechtfertigen, wozu sich sinnvollerweise die Entwicklung von Förderungspolitiken eignet, die aus den entsprechenden Teilbereichspolitiken ableitbar sein sollten: Also Sportförderungspolitik aufgrund einer gesellschaftspolitisch begründeten Sportpolitik (vgl. dazu 4. Sportbericht der Bundesregierung, S.7). Andererseits soll die Förderung rein subsidiär sein, also dem Prinzip der "Hilfe zur Selbsthilfe" entsprechen (4. Sportbericht der Bundesregierung, S.8). Die Bundesregierung bekennt sich also in dem selben Dokument zu zwei Formen von Sportförderung, die eigentlich unvereinbar sind: Eigenverantwortliche Mittelvergabe durch den Staat i.S. seiner eigenen Ziele und andererseits Unterstützung einer als förderungswürdig angesehenen Organisation ohne Auflagen zur Mittelverwendung, also im Sinne der Ziele der geförderten Organisation. Dieses Dilemma ist widerspruchsfrei nur dann lösbar, wenn die Sportpolitik

des DSB und die der fördernden öffentlichen Hand identisch sind.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Interesse, ob sich auch im Sportverbandswesen eine neokorporatistische Entwicklung abzeichnet. Forschungen zum Neokorporatismus-Paradigma setzen sich mit dem generell in modernen Industriegesellschaften gegebenen Phänomen des wachsenden politischen Gewichts organisierter gesellschaftlicher Gruppen auseinander und untersuchen Veränderungen in den Beziehungen zwischen diesen Gruppen und dem Staat (vgl. dazu Jessop 1979; Süllow 1982, S.69ff.). Im Bereich der Wirtschaft sind Macht und Einfluß z.B. von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften unbestritten. Diskutiert wird über folgende Fragen:

- Geht es den Verbänden nur um die maximale Durchsetzung der von ihnen vertretenen Partikularinteressen?
- Läßt sich eine Entwicklung in Richtung auf mehr Verantwortung für das Funktionieren der gesamten Gesellschaft feststellen?
- Werden die Verbände immer stärker zu Mittlern zwischen dem tendenziell am Gemeinwohl interessierten Staat und den Sonderinteressen ihrer eigenen Mitglieder?

Wir halten diese Fragen für geeignet, mögliche Veränderungen in der Funktion der Sportverbände zu untersuchen. Ganz besonders interessiert dabei, auf welche Weise die Ziele einer "gemeinwohlorientierten" Sportpolitik festgelegt werden, und welche unterschiedlichen Rollen staatliche Instanzen und Sportverbände dabei spielen. Zwei Trends lassen sich bereits an dieser Stelle skizzieren:

- 1) Die politische Abstinenz der Gründerjahre ist einem wachsenden Bewußtsein für die politische Dimension des organisierten Sports gewichen. Der DSB stellt sich zunehmend seiner politischen Verantwortung (Daume 1973, S.39). So war die Beziehung zwischen Sport und Politik Schwerpunkt zweier Bundestage des DSB; am 24./25.6.1974 wurde in Essen die politische Rolle des Sports in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland behandelt, am 27./28.6.1980 in Bremen die "politische Mitverantwortung des Sports" expressis verbis zum Leitthema gemacht (DSB 1986, S.11).
- 2) Mit Beginn der siebziger Jahre engagiert sich der Staat zunehmend im sportlichen Bereich. Das schlägt sich z.B. in der regelmäßigen Herausgabe von "Sportberichten" der Bundesregierung ab 1970 nieder, in denen die Fördermaßnahmen des Bundes zusammenfassend dargestellt werden. Ebenfalls ab 1970 entstehen auch auf Landesebene zahlreiche Initiativen zur planvollen Entwicklung und Förderung des Sports (Eulering 1982, S.874f.). Die Kooperation zwischen Politik und Sport wird durch Gründung der "Deutschen Sportkonferenz" am 22.10.1970 institutionell verankert (Gieseler 1972b, S.225).

Sowohl das gewachsene Interesse der Politik am Sport als auch der zunehmende Druck auf den DSB, politische Verantwortung wahrzunehmen, lassen sich auf einen zunächst rein quantitativen Faktor zurückführen: Die Mitgliedszahlen des DSB (siehe Tabelle 2). Das insgesamt beständige, teilweise sprunghafte Ansteigen der Wachstumskurve ist als starker Außenindikator für den Erfolg der Organisation zu werten. Erfolg schlägt ab einer gewissen Größenordnung automatisch von einer quantitativen in eine quali-

tative Dimension um: Eine Organisation, die die Rahmenbedingungen für das Sportengagement von inzwischen mehr als 20 Millionen Bürgern setzt (DSB 1987b, S.23), ist von politischer Bedeutung und muß mit dem Interesse der Politiker an ihrer Arbeit rechnen. Dieser Erfolg war jedoch nur um den Preis zunehmender funktionaler Differenzierung möglich. Das bedeutet: Unter dem Dach des DSB sind nicht nur immer mehr, sondern auch immer unterschiedlichere Gruppierungen und Aufgabenstellungen zusammengefaßt. Daraus erwuchsen dem Gesamtsystem des organisierten Sports innere Spannungen, die es zunehmend problematischer machen, die 1950 geschaffene "Einheit des Sports" zu bewahren. Solche einheitbedrohenden Tendenzen sind:

- 1) Der Aufbau einer zweiten Linie der Vereinsarbeit im Bereich Breiten- und Freizeitsport;
- 2) Die wachsende Abhängigkeit des Leistungssports von Voraussetzungen medizinischer, technischer und finanzieller Art;
- 3) Das Eindringen ökonomischen Denkens in Teilbereiche des organisierten Sports

(Gieseler 1987, S.5ff.; Grupe 1987, S.5ff.; Heinemann 1987, S.8ff.).

Die Aufspaltung des einheitlichen Vereinsangebots in eine Spitzen- und eine Breitensportrichtung setzte bereits ein Jahrzehnt nach der Gründung ein. Ursprünglich ging der DSB von einem insgesamt leistungsorientierten Konzept der Sportvereinsarbeit aus, die dem Ziel dienen sollte, "...die Spitzenleistungen aus einer umfassenden Breiten- und Tiefenarbeit wachsen zu lassen." (Hünecke o.J., S.42). Dieses integrative Modell war aber schon bald mit den realen Bedürfnissen vieler Sportinteressierter nicht mehr zu vereinbaren.

Die Ausrichtung der Sportaktivität an einem Leistungsmaßstab im Sinne sportlichen Wettkampfs wurde zu einer Minderheitsposition (Timm 1979, S.91). Die meisten Mitglieder suchen im Verein eher Fitness, Körpererfahrung, Geselligkeit. Um diesem wachsenden Bedürfnis nach reinem Freizeitsport nachzukommen, wurden neue Akzente gesetzt. Der Bundestag des DSB 1959 in Duisburg proklamierte den "Zweiten Weg" als Alternative zum wettkampf- und leistungsorientierten Sport. Diese Linie stand auch auf den Bundestagen 1964 ("Olympia für jedermann") und 1972 in Berlin ("Sport für alle") im Vordergrund und wurde zusätzlich durch besondere Maßnahmen wie die Aktion "Trimm dich durch Sport" unterstützt (Gieseler 1972a, S.42f.).

Die Öffnung des Sportvereinswesens für neue Trends - z.B. eher Spaß als Anstrengung zu suchen, eher individuelle Bedürfnisbefriedigung als Zuwendung zur Gemeinschaft - brachte neben neuen Mitgliedern auch die Gefahr eines allmählichen Substanzverlustes mit sich. Wenn sich Sportvereine nicht mehr durch eine spezifische eigene Struktur von anderen Freizeitangeboten unterscheiden, z.B. von den Dienstleistungen kommerziell betriebener Fitness-Studios, steht mittelfristig auch die Gemeinnützigkeit zur Disposition. Es stellt sich also die Frage, ob oder wie es dem Sportvereinswesen gelungen ist, neue Trends aufzunehmen, ohne die eigene Struktur zu zerstören.

Der zweite Punkt, von dem mittel- und langfristig Probleme für ein einheitliches Sportverständnis ausgehen, sind Veränderungen im Bereich des Hochleistungssports. Im Sportkonzept der Gründungsväter noch als Spitze einer Pyramide gedacht, sind die Besten zu Spezialisten geworden, die ihre Leistung in der Regel nur noch mit Hilfe professioneller Trainer und

Berater und beträchtlichem finanziellen Aufwand erbringen können. Das hebt sie weit ab von der Masse der Sporttreibenden. Nach sozialpsychologischen Erkenntnissen (vgl. dazu Hofstätter 1963, S.356ff.) kann aber Leitbild nur sein, wer nicht nur als besonders gut, sondern auch als dem Betrachter ähnlich perzipiert wird. Der "primus inter pares" ist die Idealfigur. Wenn also die Distanz zwischen Vereinsmitgliedern und Spitzensportlern zu groß wird, und das ist im modernen Spitzensport notwendigerweise der Fall, verringert sich der Anreiz zur Identifikation. Spitzensportler, die wie Showgrößen präsentiert werden, können Begeisterung und Verehrung wecken, aber ihre motivierende Kraft für sportliche Anstrengungen büßen sie tendenziell ein. Das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Ähnlichkeit und Verbundenheit läßt sich nur dann noch herstellen, wenn nicht der Starkult überwiegt, sondern wenn Spitzensportler gemeinsame Werte glaubwürdig vertreten: Fairness, Kameradschaftsgeist, Spaß trotz aller Anstrengung. Allgemeiner formuliert führt das zu der Frage, inwiefern es noch möglich ist, für Spitzen- und Breitensport eine gemeinsame Wertbasis zu erhalten bzw. neu zu schaffen.

Besonders gravierend sind die Widersprüche zwischen sportlichem Ethos und ökonomischem Denken. Der organisierte Sport sieht sich dem Einfluß dieser andersartigen Rationalität in zunehmendem Maße ausgesetzt. Privatwirtschaftlich organisierte Konkurrenz zum traditionellen Verein in Form von Fitness-Studios oder anderen Freizeitangeboten und die von wirtschaftlichen Interessen diktierten Anforderungen an publikumswirksame Sportarten sind hierfür nur zwei Beispiele. Die Forderung, zu integrieren, ohne die eigene Substanz zu verlieren, ist gerade in diesem Bereich besonders schwer einzulösen: Ökonomisches Denken hat primär mit dem rentablen Einsatz von Kapital

zu tun und Vereinsarbeit primär mit Werten, die am Gemeinwohl orientiert sind. Beides zu integrieren, stellt Vereine und Verbände vor besonders schwierige Probleme, wie z.B. die beständigen Auseinandersetzungen um das erlaubte Ausmaß unternehmerischen Engagements von Sportvereinen verdeutlichen (z.B. die Kontroversen um die "Werbung am Mann").

Aus dem abrißartigen Überblick über einige Haupttendenzen, die das Sportvereinswesen in der Bundesrepublik Deutschland seit Gründung des DSB im Jahre 1950 veränderten, läßt sich das folgende Fazit ziehen: Das traditionsreiche Sportvereinswesen sieht sich in zunehmendem Maße mit Entwicklungstrends konfrontiert, die es aufnehmen muß, um sich in einer veränderten Umwelt zu behaupten, die aber zugleich auch Gefahren mit sich bringen. Von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Anpassungsbemühungen ist es, eine spezifisch eigene Struktur aufrechtzuerhalten. Kern dieser "Systemidentität" ist nach Parsons (1976, S.167f., S.172f.) das systemeigene Wert- und Normgefüge, und gerade in diesem Bereich scheinen aufgrund der skizzierten Entwicklungstrends besondere Herausforderungen und Probleme für das Sportvereinswesen zu liegen.

2.3. Die Thesen

Die Beschreibung von Entwicklungstendenzen ist nur soweit theoriefrei möglich, als es sich um reine Faktendarstellung handelt, also im wesentlichen um die Aufarbeitung statistischen Materials. Will man darüberhinaus zu einer Interpretation der beschriebenen Fakten kommen, so müssen Bewertungsmaßstäbe herangezogen werden. Das sind häufig ganz bestimmte Werte wie z.B. "Fortschrittlichkeit", wenn es darum geht, die Ehrenamtlichkeit als Führungsprinzip in Frage zu stellen und statt dessen ein gewisses Führerprinzip

orientierte Führungsstruktur zu propagieren. Solchen, von ganz bestimmten Werturteilen getragenen Auseinandersetzungen mit Entwicklungen im Sportvereinswesen setzen wir die funktionale Betrachtungsweise entgegen. Aus dieser Perspektive werden Entwicklungen hinsichtlich ihres Beitrags zum Funktionieren des Gesamtsystems "Sportvereinswesen" untersucht. Auch Werte sind in diesem Zusammenhang nicht letzte Referenzpunkte, sondern selbst Elemente des Systemzusammenhangs. Mit der Parsonsschen Systemtheorie steht uns ein Analyseinstrumentarium zur Verfügung, das eine funktionale Betrachtungsweise ermöglicht. Zentrale Kategorien sind dabei die Systemfunktionen der Adaption und der Zielorientierung, der Systemerhaltung und der Integration. Wir haben diese Analysekatgeorien in Kapitel 1 erläutert und in den Zusammenhang ergänzender systemtheoretischer Überlegungen anderer Autoren gestellt. Nachdem in Kapitel 2 auch die historischen Voraussetzungen des bundesdeutschen Sportvereinswesens zumindest abrißartig dargestellt wurden, können nun die Thesen formuliert werden:

Haupt-These 1

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Sportvereinswesens als System ist die Stabilität seiner rechtlichen und organisatorischen Struktur.

Spezifizierte Thesen

These 1a

Die Rechtsstruktur der Sportvereine und Sportverbände und die sich aus dieser Struktur ergebenden Konsequenzen erfüllen in systemtheoretischer Sicht eine integrative Funktion für das Gesamtsystem des organisierten Sports in der Bundesrepublik Deutschland.

These 1b

Die integrative Gesamtwirkung beruht auf einer Reihe einzeln darstellbarer Faktoren, z.B. der Bindung aller Vereine und Verbände an das Prinzip der Gemeinnützigkeit.

Kommentar:

Eine Besonderheit der bundesdeutschen Sportbewegung ist die enge, historisch gewachsene Verbindung zwischen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach sportlicher Betätigung und der Organisation dieses Bedürfnisses in der Rechtsform des Vereins (vgl. dazu ausführlich v.Krockow 1974, S.36ff.). Es soll anhand der obigen These untersucht werden, ob bzw. in welcher Art und Weise diese spezifische Rechtsform im Laufe des Betrachtungszeitraums eine stabilisierende und integrative Wirkung auf den organisierten Sport ausübte. Da die im engeren Sinne organisatorischen Bedingungen des Sportvereins- und Sportverbandshandelns bereits Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen waren, (z.B. Timm 1979; Winkler et al. 1985) konzentrieren wir uns bei der Untersuchung auf den rechtlichen Aspekt.

Hauptthese 2

Der integrativen, systemstabilisierenden Wirkung des rechtlich-organisatorischen Rahmens stehen Tendenzen entgegen, die den Wertkonsens innerhalb des Systems zunehmend schwieriger gestalten. Diese Spannungen und Konflikte innerhalb des Gesamtsystems "Sportvereinswesen" entwickelten sich aus der Notwendigkeit, auf veränderte Außenbedingungen zu reagieren.

Spezifizierte Thesen

These 2a

Die Inputs in das System haben sich seit Bestehen des DSB erheblich gewandelt. Dieser Wandel wirkt sich bei Vereinen und Verbänden im Sinne einer Differenzierung der Wertstrukturen und der daraus folgenden Komplizierung gemeinsamer Wertorientierung aus.

These 2b

Seit Bestehen des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Outputs des Systems verändert. Das hatte Auswirkungen auf das System im Sinne einer Differenzierung der Wertstrukturen und eines daraus folgenden erhöhten Integrationsbedarfs.

Kommentar:

Der Kontakt eines Systems mit seinen Umwelten findet über die beiden dynamischen Systemfunktionen Adaption und Zielorientierung statt, die den Input in das System und den Output an die aufnehmenden Systeme regulieren. Indem das System die für sein Funktionieren notwendigen Ressourcen oder Inputs aufnimmt - gesteuert durch die Systemfunktionen "Adaption" - und sich mit den im System produzierten Leistungen oder Outputs an die Außenwelt wendet - gesteuert durch die Systemfunktion "Zielorientierung" -, stellt es Außenkontakte her und wird so unvermeidlicherweise mit Veränderungen konfrontiert.

Wenn das Sportvereinswesen als System sich Ziele setzte und entsprechende Outputs produzierte (z.B. nur Hochleistungssport), die von den potentiellen Abnehmern so nicht gewünscht werden, müßte es Mitglieder-

einbußen hinnehmen. Das Angebot hat sich also an Außenanforderungen zu orientieren. Dabei darf es jedoch die eigenen Möglichkeiten nicht überfordern, weil es sonst an inneren Widerständen scheitert. Der Begriff der Zielorientierung impliziert also einen doppelten Abstimmungsprozeß nach innen und nach außen. Entsprechendes gilt für den Input. Das System muß bemüht sein, reichlich Mittel beschaffen, um seine Ziele erreichen zu können (also möglichst viele Mitgliedsbeiträge, ehrenamtliche Mitarbeit, Werbegelder usw.). Es darf jedoch in diesem Bemühen wiederum die innere Grenze nicht verletzen. Manche Arten von Werbeeinnahmen können, obwohl sie die gewünschte Ressource "Geld" bringen, aus Gründen der inneren Systemgrenze dysfunktionale Folgen für das Gesamtsystem haben, etwa in dem sie die Akzeptanz des Sports in der Gesamtbevölkerung schwächen oder die Bereitschaft der Mitglieder sinken lassen, ehrenamtlich tätig zu werden.

Haupt-These 3

Die wachsenden Diskrepanzen und Widersprüche im Zielsetzungs- und Wertbereich des Sportvereinswesens wurden beantwortet durch eine allmähliche Steigerung der Integrationskompetenz und durch die Entwicklung neuer Integrationsmechanismen.

Kommentar:

Nach der hier zugrundegelegten Parsonsen Systemtheorie ist die Wertstruktur konstitutiv für den Bestand eines Systems. Mit wachsender funktionaler Differenzierung wird jedoch die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Wertstruktur für alle Subsysteme immer schwieriger. Kommerzialisierung und Professionalisierung mit ihren vom klassischen Wertkodex des Sports stark abweichenden Wertsetzungen stellen eine besondere

Herausforderung dar. Es wird zu untersuchen sein, ob sich Lösungsmöglichkeiten für dieses neue Integrationsproblem aufzeigen lassen.

3. Die Rechtsstruktur des Sportvereinswesens

3.1 Die Rechtsausstattung der Sportvereine und -verbände als Indikator ihrer Stellung in der Gesellschaft

In modernen, hochdifferenzierten Industriegesellschaften kommt dem Recht die Aufgabe zu, ein für alle Teilbereiche verbindliches Normensystem zu schaffen. Diese Verbindlichkeit wird erreicht, indem allen Mitgliedern der Gesellschaft Grundrechte zugesichert und Pflichten auferlegt werden, deren Respektierung vom Staat kontrolliert und notfalls erzwungen wird. In diesem Sinne hat das Recht eine integrative Funktion (Parsons 1976, S.185).

Zugleich muß das Rechtssystem jedoch auch Raum bieten für die angemessene Behandlung der Spezifika gesellschaftlicher Teilbereiche (z.B. der Universitäten, des Handwerks, des Vereinswesens). Deshalb existieren neben den alle Bürger gleichermaßen bindenden Gesetzen auch solche, die nur beschränkte Gültigkeit haben. Diese bereichsspezifischen Regelungen spiegeln die zunehmende funktionale Differenzierung von Gesellschaften wieder und haben steigende Tendenz. Die einzelnen Teilbereiche des Rechts (etwa das Handelsrecht oder das Vereinsrecht) haben verschiedene Schwerpunkte und bringen für die an den jeweiligen Kodex gebundenen Personen und Institutionen ganz unterschiedliche Pflichten und Zwänge bzw. Privilegien mit sich. Da Gesellschaften im allgemeinen dazu neigen, diejenigen Rollen und Institutionen besonders zu privilegieren, die ihre zentralen Werte repräsentieren, deuten rechtlich verankerte Privilegien auf eine bevorzugte Stellung des entsprechenden gesellschaftlichen Teilbereichs in der Gesamtgesellschaft hin.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist das Sportvereinswesen unter juristischem Aspekt betrachtet durch das Rechtsinstitut des Idealvereins geprägt. Wir haben also zu untersuchen, welche besonderen Rechte und Pflichten durch das Vereinsrecht gesetzt werden. Es stellt sich die Frage, inwiefern die Aktivitäten der Sportvereine und Sportverbände durch den rechtlichen Rahmen gefördert und erleichtert bzw. behindert und erschwert werden. Zusätzlich ist zu prüfen, ob die allgemein nachweisbare Entwicklung zu wachsender funktionaler Differenzierung (Parsons 1973, S.167; Willke 1978, S.240ff.) sich auch im Vereinsrecht wiederfindet. Eine solche Entwicklung ließe sich z.B. daran belegen, daß innerhalb des Gesamtsystems "organisierter Sport" eine wachsende Tendenz zu rechtlicher Sonderbehandlung bestimmter Teilbereiche nachweisbar wäre.

Wir werden uns in den folgenden Abschnitten auf eine entsprechende Erörterung dreier Prinzipien konzentrieren, die für die Rechtsstellung der Sportvereine und -verbände von zentraler Bedeutung sind, nämlich

- Autonomie,
- Subsidiarität gegenüber dem Staat und
- Gemeinnützigkeit.

Das Autonomieprinzip, das wir bereits in Abschnitt 2.2.2. als konstitutives Merkmal der Vereine und Verbände charakterisiert haben, interessiert hier besonders in seinen Auswirkungen auf die Gestaltung der inneren Vereinsangelegenheiten. Die Vereine geben sich mit ihren Satzungen eigenes Recht und wachen zum Teil mit einer eigenen Gerichtsbarkeit über die Einhaltung der aufgestellten Normen. Diese weitgehende Freiheit zur Gestaltung der inneren Angelegenheiten ist von erheblicher praktischer Bedeutung, z.B. bei der Konzeption eines

interventionsfreien Wettkampfsystems (Schaible 1987, S.5). Autonomie ist auch Grundlage der Vereinsgerichtsbarkeit (Habscheid 1972, S.159), wobei als Spezifikum des Sports auffällt, daß diese Privatgerichtsbarkeit im Vergleich zu anderen sich selbst verwaltenden Einheiten der Gesellschaft (z.B. Universitäten) besonderes Gewicht hat. Das wirft die Frage nach den historischen Wurzeln dieser Sonderentwicklung auf.

Während Autonomie- und Subsidiaritätsprinzip für viele mit den Sportvereinen und -verbänden vergleichbare Institutionen (z.B. Berufs- und Wirtschaftsverbände) gelten, hebt der Gemeinnützigkeitsstatus das Sportvereinswesen in ganz besonderer Weise hervor. Es stellt die formale Anerkennung der Gesellschaft für das Erbringen nützlicher Leistungen dar: Als Gegenleistung für die Übernahme von Aufgaben, die der Allgemeinheit zugute kommen, werden dem organisierten Sport besondere Privilegien eingeräumt. Dies sind im wesentlichen direkte Subventionen in Form von Steuervorteilen.

3.2 Entwicklungen seit der Gründung des DSB

3.2.1. Die Vereinsautonomie

Das Recht der Bundesbürger, sich in Vereinen zusammenzuschließen, ist verfassungsrechtlich in Art. 9., Abs. 1 GG verankert. Dieses Recht bezieht sich sowohl auf natürliche als auch auf juristische Personen. Es hat also Gültigkeit für den Gesamtbereich des organisierten Sports vom einzelnen Sportverein, dessen Mitglieder natürliche Personen sind, über die verschiedenen Stufen der Verbandshierarchie bis hin zum DSB, wobei die Mitglieder juristische Personen sind, nämlich Sport-

vereine und/oder Sportverbände.

Während die rechtliche Basis der Vereinigungsfreiheit klar und unumstritten ist, werden Rechtsgrundlage und Charakter der Vereinsautonomie kontrovers diskutiert. Wir werden darauf weiter unten näher eingehen. Zunächst ist jedoch festzuhalten, daß weder die Faktizität dieser Autonomie als geltendes Recht (Baecker 1985, S.25; Habscheid 1972, S. 159) noch ihr Geltungsbereich in Frage gestellt werden. Inhalt der Vereinsautonomie ist demnach:

- 1) das Recht, Normen zur Regelung der inneren Angelegenheiten des Vereins zu setzen, die in der Satzung und anderen Dokumenten festgelegt sind;
- 2) das Recht, die gesetzten Normen durch Verwaltungsakte zu konkretisieren und auf die Einzelfälle der Praxis anzuwenden;
- 3) das Recht, die interne Ordnung auch in Streitfällen durch eine eigene "Rechtsprechung" zu schützen, wobei "Vereinsstrafen" verhängt werden können. (Kauffmann 1981, S.199).

Zusammenfassend sind die drei obigen Punkte als Recht zur "Selbstverwaltung" und "Selbstgesetzgebung" zu interpretieren (Baecker 1985, S.26).

An welche Bedingungen die Befugnis der Vereine zur umfassenden Regelung ihres internen Bereichs geknüpft ist, wird durch die §§21ff. BGB konkretisiert. Die Eintragung ins Vereinsregister ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- Vorlage einer Satzung (§§25, 57, 58 BGB);

- Bestellung des Vorstandes, der den Verein als gesetzlicher Vertreter vertritt (§26 BGB).

Über die Vereinssatzung sollen fundamentale demokratische Prinzipien verwirklicht werden (z.B. das Letztentscheidungsrecht der Mitgliederversammlung, Minderheitenschutz und grundsätzliche Gleichbehandlung aller Mitglieder). Das Prinzip der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft ist durch die zwingende Regelung des § 39 BGB gesichert. Danach kann jedes Mitglied aus dem Verein austreten.

Durch die gesetzlichen Vorgaben werden Sportvereine also bei weitestgehender Freiheit in der Regelung ihrer internen Verhältnisse auf demokratische Grundprinzipien verpflichtet.

Die Mitglieder sind in Vereinsangelegenheiten nur an die Satzung und sonstige Ordnungen ihres eigenen Vereins gebunden. Für die Verbände stellt sich also die Frage, mittels welcher Rechtskonstruktionen sie ihren Ordnungs- und Regelungsanspruch praktisch durchsetzen können, da umfassende, für alle verbindliche Normsetzung (z.B. bei den Wettkämpfen in einer bestimmten Sportart) eine ganz wesentliche Funktion der Verbände ist. Obwohl man davon ausgehen kann, daß die meisten Vereinsmitglieder die Ordnungs- und Regelungskompetenz der Verbände akzeptieren, besteht die rechtliche Schwierigkeit darin, daß nur die juristische Person "Sportverein" die Mitgliedschaft in einem Fach- oder Regionalverband erwirbt, nicht jedoch die einzelnen Vereinsmitglieder. Zur Lösung dieses Problems wurden unterschiedliche Wege beschritten.

So kann ein Verein Teile seiner Vereinsgewalt auf einen Dritten übertragen, z.B. die Strafgewalt. Ein Dachverband übernimmt dann die Aufgabe, stellvertretend für

vereinseigene Organe Rechtsverstöße zu ahnden. Eine solche Delegation von Aufgaben ist statthaft, solange es sich um Teilbereiche handelt und die Eigenständigkeit des delegierenden Vereins oder Verbands erhalten bleibt (Habscheid 1972, S.164).

Ein zweiter Weg besteht darin, daß der übergeordnete Verband seine Mitglieder verpflichtet, die eigenen Ordnungen und Statuten in ihre Satzungen zu übernehmen. Ein Bundesfachverband wirkt also in diesem Sinne auf die Landesverbände ein. Die Landesverbände wiederum wenden das Prinzip auf ihre Mitglieder an, so daß die entsprechenden Regelungen des Spitzenverbands auf allen Ebenen der Hierarchie bis zu den einzelnen Vereinsmitgliedern Gültigkeit erlangen. Der Deutsche Fußballbund hat dieses Modell zur Durchsetzung seiner Normsetzungsmacht gewählt. Konsequenterweise durchgeführt wurde es anlässlich der Satzungsneufassung im Jahre 1967 (Rückert 1972, S.180). Als Ergebnis der entsprechenden Entwicklung im Fußballsport läßt sich festhalten,

"...daß durch ein umfassendes System von körperschaftlichen Satzungen, Benutzungsvorschriften für Vereinseinrichtungen sowie Individualverträgen das 'Sportrecht' des Dachverbandes die Rechtsbeziehungen auch zu den Bundesligavereinen und Lizenzspielern bestimmt, die als Nichtmitglieder sonst nicht ohne weiteres der Vereinsgewalt des DFB unterlägen" (Westermann 1972, S.28).

Da einige Ereignisse und Entwicklungen im Fußballsport wegen ihrer hohen Publizität das Bild vom Sport in der Öffentlichkeit beeinflusst (Rauball 1972, S.4) und eine Diskussion über Verbandsmacht im Sport ausgelöst haben, soll darauf im folgenden näher eingegangen werden.

Wir verzichten dabei auf eine Darstellung der unterschiedlichen Rechtsverhältnisse zwischen den verschiedenen Spielergruppen, ihren Vereinen und Verbänden (siehe dazu ausführlich Baecker 1985, S.107ff.) zugunsten wesentlicher Ergebnisse der durch den Bundesligaskandal ausgelösten Kontroversen. Gegen die Vereinsstrafgewalt des DFB als größtem und mitgliederstärkstem Mitglied des DSB wurden folgende Einwendungen erhoben:

- 1) Der Charakter insbesondere der Fußballvereine der ersten und zweiten Bundesliga als "Idealverein" wird angezweifelt; diese Vereine seien eher als Unternehmen einzustufen, die sich am "Spielermarkt" bedienen, um per sportlichem Erfolg wirtschaftliche Vorteile zu erzielen (Heckelmann 1979, S.2), Westermann 1972, S.20).
- 2) Im Zuge der Ausweitung der Verbandsmacht hat sich die Privatgerichtsbarkeit der Verbände über den vom Gesetzgeber ursprünglich intendierten Rahmen hinausentwickelt (DSB 1979, S.37); Nicklisch 1979, S.11f.; Westermann 1972, S.23).
- 3) Wesentliche Grundlagen, auf denen die Vereinsgerichtsbarkeit ursprünglich beruhte, sind nicht mehr gegeben, z.B.
 - die Möglichkeit, als Mitglied auf die Normgestaltung Einfluß zu nehmen (Lizenzspieler sind nicht Vereinsmitglieder);
 - die Möglichkeit, den Verein zu wechseln, falls man mit den Ordnungen nicht zufrieden ist (der DFB hat ein Monopol, wer am Wettkampfgeschehen teilnehmen will - gleichgültig ob als Amateur oder als Berufssportler -, hat keine Alternative);
 - die Tatsache, daß es sich beim Sport nur um ein Freizeitvergnügen handelt. Für viele Leistungs-

sportler und insbesondere die Berufssportler ist die sportliche Tätigkeit Existenzgrundlage. Das private Sportrecht kollidiert deshalb mit dem grundsätzlich zugesicherten Recht auf freie Berufsausübung (Burmeister 1979, S.31; Westermann 1972, S.17).

Oben wurde dargelegt, auf welche Bereiche sich die Autonomie der Sportvereine und Sportverbände erstreckt, wie die Probleme der internen Vereinheitlichung und Durchsetzung sportspezifischer Rechtsnormen gelöst wurden und welche rechtlichen Bedenken sich aufgrund wachsender Verbandsmacht im Sport - insbesondere beim DFB - ergeben. Abschließend soll der rechtliche Status der Vereinsautonomie näher erläutert werden.

Sowohl die Rechtsgrundlage als auch der Charakter dieser Autonomie werden unterschiedlich interpretiert, wenngleich sie als Ausfluß der allgemeinen Vertragsfreiheit gilt und als Teil der Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) verfassungsrechtlichen Schutz genießt.

Für die Vertreter der Vertragstheorie stellt sich die Vereinsgründung als Rechtsgeschäft zwischen den Gründern dar, die Vereinsautonomie entsprechend als Ausgestaltung der zum Zwecke dieses Rechtsgeschäfts gegründeten Körperschaft (vgl. dazu Bötticher 1970, S.3; Sauter & Schweyer 1977, S.15). Nach der Normentheorie ist die Vereinsgründung ein originärer Schöpfungsakt, durch den eigenes Recht gesetzt wird. Die daraus resultierende Vereinsautonomie ist deshalb ebenfalls originär, also nicht vom Staat bezogen (vgl. dazu z.B. Lehmann & Dietz 1970, §4II). Die modifizierte Normentheorie geht davon aus, daß die in der Vereinssatzung zusammengefaßten Normen die rechtliche Ordnung eines gesellschaftlichen Teilbereichs darstellen, der nicht unabhängig von den staatlichen Rechtsnormen besteht, sondern dessen Rahmenvorgaben zu akzeptieren und zu erfüllen hat (vgl. dazu z.B. Meyer-Cording 1957, S.43ff.).

Im Vordringen ist die modifizierte Normentheorie (Baecker 1985, S.29). Als Hauptargument gegen die reine Normtheorie wird dabei angeführt, daß sie sich außerhalb des vom Grundgesetz festgelegten Rechts bewege (Baecker 1985, S.28), als Hauptargument gegen die Vertragstheorie, daß sie weder die Komplexität noch die Umfassendheit der durch die Vereinssatzung geregelten Beziehungen zwischen Verein und Mitgliedern angemessen konzeptualisiere (Baecker 1985, S.32). Auch die Rechtsprechung berücksichtigt den normähnlichen Charakter von Vereinssatzungen.

Bei starker Konstanz der organisationsrechtlichen Situation im Sportvereinswesen läßt sich konstatieren, daß die Vereine und Verbände zunehmend von der sich aus der Vereinsautonomie ergebenden Regelungskompetenz Gebrauch machen. Die relativ schwachen, am Prototyp des kleinen Idealvereins orientierten gesetzlichen Rahmenvorgaben des Staates (Westermann 1972, S.23) eröffneten dem organisierten Sport die Chance, ein eigenes Ordnungs- und Rechtssystem zu schaffen und beständig auszubauen. Trotz des erheblichen Anwachsens der Verbandsmacht und der damit verbundenen Gefahr des Machtmißbrauchs (Burmeister 1979, S.33f.) wird die Autonomie im Sport nicht bestritten. An der Sportgerichtsbarkeit wurde zwar aus juristischer Perspektive Kritik geübt, Gesetzgebung und Rechtsprechung orientieren sich jedoch an den traditionell gewachsenen Rechten der Sportvereine und -verbände und verzichteten bislang auf eine restriktivere Gesetzgebung bzw. Gesetzesauslegung (Baecker 1980, S.25). Eine Inhaltskontrolle von Satzungen durch die Rechtsprechung findet bisher nur dort statt, wo Rechtsbeziehungen zu Nichtmitgliedern tangiert sind.

3.2.2. Das Prinzip der Subsidiarität

Das Subsidiaritäts-Prinzip betont die Autonomierechte und einen funktionellen Vorrang gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Staat. Seine rechtlichen Grundlagen und seine Tragweite sind umstritten, auch ist mit ihm nicht zwingend eine kompetenzrechtliche Beschneidung der Staatszuständigkeiten verbunden. Es wird indes die Meinung vertreten, das Prinzip der Subsidiarität gelte für alle Bereiche, die nicht ausdrücklich als Staatsdomäne bezeichnet sind. Insoweit bestehe eine Duldungs- bzw. Unterstützungspflicht des Staates. Da der Sport generell nicht in den Kompetenzbereich des Staates falle - eine Ausnahme bilden nur bestimmte Aufgaben im Rahmen von Erziehung und Ausbildung (Tettinger 1987, S.33) - gelte das Subsidiaritätsprinzip für ihn wie für andere autonome gesellschaftliche Institutionen, etwa Kirchen und Gewerkschaften.

Von staatlichen Instanzen und den Parteien als Promotoren des politischen Willensbildungsprozesses ist das Subsidiaritätsprinzip in Beziehung auf den Sportbereich über den gesamten hier interessierenden Betrachtungszeitraum hinweg immer anerkannt worden. Die Bundesregierung hat in ihren Sportberichten ausdrücklich die Eigenständigkeit und Ungebundenheit des Sports betont. Im ersten Sportbericht der Bundesregierung heißt es dazu:

"Bei ihrer Sportpolitik geht die Bundesregierung grundsätzlich davon aus, daß der Sport innerhalb des historisch gewachsenen Rahmens Sache der Sportorganisationen bleiben soll und daß der Staat in diesem Bereich nur seine Zusammenarbeit anbietet und finanzielle oder sonstige Hilfe leistet, wenn die eigenen Kräfte und Mittel der Sportorganisationen nicht ausreichen"
(Deutscher Bundestag 1970, S.2).

Im fünften Sportbericht hat sich an der grundsätzlichen Bewertung des Verhältnisses zwischen Staat und Sport nichts geändert:

"Unabhängigkeit und Selbstverantwortung des Sports sind deshalb fundamentale Prinzipien der Sportpolitik der Bundesregierung. Sie bestimmen ihr Verhältnis zum Sport. Die Organisationen des Sports regeln ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung und entscheiden autonom"

(Deutscher Bundestag 1982, S.8).

Angeichts der angespannteren Haushaltslage wird die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Förderung, verglichen mit 1970, schärfer betont:

"Staatliche Sportförderung ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Bundesregierung verlangt deshalb, daß die Organisationen des Sports, soweit sie öffentliche Förderung des Bundes in Anspruch nehmen wollen, zunächst ihre eigenen Möglichkeiten der Finanzierung ausschöpfen"

(Deutscher Bundestag 1982, S.9).

Die neue Bundesregierung unterstreicht also das Subsidiaritätsprinzip in der Förderung deutlicher als die vorhergehende. Im Rahmen einer sechzigprozentigen Kürzung solcher Zuwendungen, die keine zwingende gesetzliche Grundlage haben, wurden auch die Bundesmittel für den Sport erheblich gekürzt, die Vereine wurden mit der gebotenen Zurückhaltung auf alternative Finanzierungsquellen hingewiesen (Zimmermann 1982, S.1193f.).

Die Aktivitäten des Bundes erstrecken sich im wesentlichen auf die Förderung des Spitzensports und der "gesamtstaatlichen Repräsentation" (Groß & Wegener 1972, S.113f.). Der Hauptteil der Sportförderung wird von den Ländern geleistet (Eulering 1972, S.184). Die dritte öffentliche Instanz, die in der Sportförderung tätig wird, sind die Kommunen. Der Schwerpunkt ihres Engagements liegt beim Bau und Unterhalt von Übungsstätten (Blank 1972, S.195). Wie die Bundesregierung bekennen sich

auch die Länder und Gemeinden zu Subsidiarität und Partnerschaft im Verhältnis zum Sport (z.B. Blank 1981, S.3; Digel 1988a, S.66f.).

Der Begriff der "Partnerschaft", der häufig in offiziellen Stellungnahmen zur Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen öffentlicher Hand und Sport verwendet wird, deutet bereits an, daß die Anwendung des Autonomie- und Subsidiaritätsprinzips auf den organisierten Sport keineswegs ein beziehungsloses Nebeneinander staatlicher und privatautonomer Sportinitiativen bedeutet. Angesichts der beständigen Differenzierung gesellschaftlicher Systeme, die auch den Sport einschließt, wächst die Notwendigkeit, integrative Mechanismen zu entwickeln. Wir wollen diese Entwicklung kurz skizzieren:

Die historisch bedingte, strikte Abstinenz der Sportfunktionäre gegenüber parteipolitischem Engagement - fälschlicherweise als insgesamt "unpolitische" Haltung des Sports beschrieben (siehe dazu ausführlich Pabst, 1980, S.33ff.) - hinderte die Verantwortlichen nie an deutlichen Bekenntnissen zum Staat. National und staatsfördernd gesinnt äußerten sich die Delegierten schon in der DSB-Dokumentation anlässlich seiner Gründung im Jahre 1950. So wurde die Tätigkeit des DSB als "Dienst am Vaterland" (Daume o.J., S.3), die Arbeit in den Sportvereinen als "staatsbejahende und volkserzieherische Aufgabe" gekennzeichnet (Nothhelfer o.J., S.6).

Immer wieder hat der DSB zu Themen Stellung bezogen, die zwar in den Zuständigkeitsbereich des Staates fallen, für die er sich aus seiner Gesamtverantwortung für den Sport heraus aber dennoch mitzuständig fühlt, wie etwa den Sportstättenbau oder Sportunterricht an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen (z.B. DSB 1954, S.6ff.; DSB 1986a, S.19f.). In ihrem ersten Sportbericht erkennt

die Bundesregierung dieses Engagement ausdrücklich an und nennt es als einen Grund dafür, daß die Förderung des DSB im öffentlichen Interesse liege (Deutscher Bundestag 1970, S.2).

Trotz gelegentlich geäußerter Bedenken gegen unerwünschten Einfluß des Staates, auf die wir im folgenden Kapitel eingehen werden, wird die Zusammenarbeit mit dem Staat seitens des organisierten Sports als insgesamt gut beurteilt. Beispielfhaft für diesen Gesamttenor ist die Meinung,

"daß wir seit 30 Jahren eine bewährte Partnerschaft zwischen Sport und Staat auf allen Ebenen haben. Eine bewährte Partnerschaft, die den Sport aus seiner Rolle einzelner Gruppen hinausgeführt hat in eine vielfache, weite Verzahnung mit der öffentlichen Verantwortung für unsere Gesellschaft, unsere Bevölkerung und ihre Bedürfnisse"
(Gmelin 1981, S.43).

Die wachsende Interessenverflechtung zwischen Staat und organisiertem Sport läßt sich auch an der Zunahme von Koordinationsgremien belegen. Das Engagement von Bundespolitikern im Sport beschränkte sich bis zum Jahre 1970 auf die mehr informellen, wenn auch keineswegs wirkungslosen Bemühungen einer Parlamentariergruppe, die im "Kreis der Freunde des Sports im deutschen Bundestag" zusammengeschlossen war (v. Mengden 1961, S.59; Pabst 1980, S.121f.).

Die Gründung der "Deutschen Sportkonferenz" im Jahre 1970 markiert den Beginn einer institutionellen Verankerung der Kooperation zwischen Staat und Sport. Dieser Gründung folgten zahlreiche Initiativen auf Bundes- und Landesebene mit dem gemeinsamen Ziel, die wachsenden Integrationsprobleme zu lösen (Digel 1988, S.64f.).

3.2.3. Der Gemeinnützigkeits-Status

Der DSB und die Sportverbände der darunterliegenden Organisationsebenen besitzen wie die Sportvereine in ihrer überwiegenden Mehrheit den Status der Gemeinnützigkeit. Auf eine entsprechende Anfrage der Bundesregierung sah sich der DSB wegen mangelnder statistischer Unterlagen zwar nicht in der Lage, genaue Angaben zu machen, geht aber davon aus "...daß seine Mitglieder gemeinnützige Organisationen sind" (DSB 1986 b, S.30) und daß auch diese Mitgliedsverbände ihrerseits die Aufnahme einzelner Vereine vom Nachweis der Gemeinnützigkeit abhängig machen (DSB 1986b, S.29).

Seine historische Basis, die bis in die Gegenwart hinein tradiert wird, hat der rechtlich privilegierte Status der Gemeinnützigkeit in der Arbeit der Idealvereine. Einige geschichtliche Vorläufer der modernen Sportvereine - insbesondere die Turnvereine - erfüllten bereits das Postulat der Gemeinnützigkeit im heutigen Sinne; sie verfolgten ausschließlich "ideale Ziele" wie körperliche Ertüchtigung, sportliche Leistung, Pflege von Kameradschaftsgeist und Geselligkeit (Langenfeld 1988, S.22 und 26). Diese Tradition wurde mit dem erneuten Aufbau der Sportvereine nach 1945 fortgeführt. Bis in die jüngste Gegenwart hinein ist der relativ kleine Sportverein, in dem ehrenamtliche Mitarbeiter für Organisation und Durchführung des Trainingsbetriebs und aller anderen anfallenden Arbeiten zuständig sind, Leitbild und Keimzelle des gesamten Sportvereinswesens (Weizsäcker 1987, S.3f.).

Immer wieder wurden deshalb vom DSB und seinen Mitgliedsorganisationen die Verdienste der Vereine um die Gesellschaft betont. Welche konkreten Zielsetzungen jeweils im Vordergrund der Vereins- und Verbandsarbeit

standen, änderte sich mit dem Wandel des politischen und gesellschaftlichen Umfeldes. Kernpunkte waren stets die Leistungen im gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Bereich und die Erzielung sportlicher Höchstleistungen, wobei der Spitzensport zunehmend auch als bedeutender Unterhaltungs- und Wirtschaftsfaktor herausgestellt wurde (Hackforth 1975; Pabst 1980, S.118; Gieseler 1986, S.92).

Im Jahre 1986 nutzte der DSB die öffentliche Anhörung zum Thema "Sport und Steuern" dazu, die Berechtigung bisher gewährter Privilegien aus dem Gemeinnützigkeitsstatus zu untermauern, seine Vorstellungen vom Ausbau der Privilegien darzulegen und argumentativ zu stützen. Hinsichtlich der programmatisch vertretenen Wertstruktur des Sports ist gegenüber früheren offiziellen Äußerungen keinerlei Änderung zu verzeichnen. Es werden im einzelnen genannt:

- Fairplay,
 - Partnerschaft und Unversehrtheit des Partners,
 - Chancengleichheit,
 - Teamgeist,
 - Leistungsorientierung
- (DSB 1986b, S.22).

Diese Werte werden als "zentrale Grundwerte" der Gesellschaft bezeichnet, die Sportvereine entsprechend als pädagogisches Übungsfeld dieser gesellschaftlichen Tugenden.

Die folgenden aktuellen, gemeinnützigen Leistungen werden genannt:

- Erziehung zu gesundheitsbewußtem Verhalten,
- gesundheitliche Präventivwirkung des Sporttreibens,
- Bereitstellung sinnvoller Freizeitangebote,

- soziologische Integrationswirkung des Sports,
 - Förderung individueller und kollektiver Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft,
 - der Beitrag des Sports zur Pflege der nationalen Identität
- (DSB 1986b, S.24f.).

Mit diesem Zielkatalog hat der DSB sich ein breites Spektrum von Pflichten auferlegt, das im Laufe der Entwicklung besonders in Richtung Breitensport ausgeweitet wurde. Auf die Probleme, die sich aus dem Anwachsen des Leistungsspektrums und der damit verbundenen Zieldivergenzen ergeben, werden wir in Kapitel 5 näher eingehen. An dieser Stelle sind die direkten Auswirkungen des Gemeinnützigkeitsstatuts auf das Sportvereinswesen zu untersuchen. Die grundsätzliche Steuerbefreiung für alle gemeinnützigen Sportvereine stellt laut DSB (1986b, S.3) die "Existenzgrundlage an sich" für die Sportvereine dar. Diese generelle Steuerbefreiung trifft jedoch nur auf diejenigen Vereine zu, die fiskalisch als "Idealbetrieb" eingestuft werden. Für sog. Zweckbetriebe gelten steuerliche Besonderheiten.

Gemäß §65 AO liegt ein Zweckbetrieb dann vor, wenn ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb - nach §14 AO durch das Erzielen von Einnahmen oder anderen wirtschaftlichen Vorteilen gekennzeichnet - zu dem Zweck geführt wird, die satzungsmäßig festgelegten steuerbegünstigten Zwecke zu erreichen. Die Anerkennung einer Wirtschaftstätigkeit des Vereins im Rahmen eines Zweckbetriebes ist ferner daran gebunden, daß sich dem Verein zur Zielerreichung keine anderen Möglichkeiten bieten und daß der Zweckbetrieb nicht umfänglicher ist, als zur Erreichung der gemeinnützigen Zielsetzungen notwendig ist (Klein & Orlopp 1986, S.158f.). Diese auch als

"Nebenzweckprivileg" (Heckelmann 1979, S.2) bezeichnete Regelung erlaubt also gemeinnützigen Vereinen, wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unter den oben spezifizierten Bedingungen steuerbegünstigt führen zu dürfen. Bei Sportvereinen kommen vorwiegend die folgenden wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe vor:

- Vereinsheime, -kantinen, -gaststätten;
- gewerblich aufgezugene, gesellige Veranstaltungen;
- Sportveranstaltungen.

(DSB 1986b, S.68).

Die Finanzsituation aller Vereine, die außer den Mitgliederbeiträgen auch wirtschaftliche Geschäftsbetriebe als Finanzquelle benutzen, wird also in mehr oder weniger starkem Maße von der Ausgestaltung des Nebenzweckprivilegs beeinflusst. Der DSB als Dachorganisation und andere an Steuerprivilegien besonders interessierte Verbände wie etwa der Deutsche Fußballbund bemühen sich deshalb beständig um den weiteren Ausbau der Steuervorteile. Die in diesem Zusammenhang von den Verbänden entwickelten Zielvorstellungen sollen hier ebenfalls skizziert werden, da sie deutliche Hinweise auf das Selbstverständnis der Verbände und ihr gewachsenes Selbstbewußtsein geben.

Wir greifen aus den vom Präsidium des DSB am 11. März 1983 in Frankfurt beschlossenen und seither wiederholten Forderungen nur die beiden ersten auf, da sie in ganz besonderem Maße systemwirksam sind:

- "1. Der DSB fordert nach wie vor die Steuerbefreiung von Überschüssen aus dem Sport inhaltlich oder traditionell gemäßen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben, wenn diese uneingeschränkt gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden.

2. Der DSB fordert von den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder die Anerkennung aller derzeitig im Deutschen Sportbund organisierten Sportarten als gemeinnützig im Sinne von §52 AO 1977."

(DSB 1986b, S.11).

In diesen Formulierungen wird eine Argumentationslinie erkennbar, die zur Wahrung der Einheit im Sport und zur Verteidigung von Privilegien auch in anderen Inhaltsbereichen anzutreffen ist:

Unter Berufung auf die Tradition und die insgesamt gemeinnützige Zielsetzung des Sportvereinswesens werden auch für solche Teilbereiche Privilegien gefordert, denen nach einer rein juristischen Sichtweise solche Privilegien eigentlich nicht zustünden. Heckelmann hat am Beispiel der 38 Vereine der 1. und 2. Bundesliga einen solchen Teilbereich ausführlich durchleuchtet und ist zu dem Schluß gekommen, daß bei rechtlicher Würdigung des tatsächlichen Verhaltens dieser Vereine der Status des "Idealvereins" nicht haltbar sei, daß es sich vielmehr um wirtschaftliche Unternehmen handle (Heckelmann 1979). Die Unzeitgemäßheit der Vereinsverfassung gerade für die Bundesliga-Vereine ist auch bereits Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden, wie an der Welt-Schlagzeile "Millionen-Unternehmen Bundesliga - geführt wie ein Kaninchenzucht-Verein" (Golz 1988, S.21) exemplarisch verdeutlicht werden soll. Das Ergebnis einer tatsächennahen Betrachtungsweise ist in jedem Fall, daß manche Sportvereine mit dem vom BGB beschriebenen "Idealverein" nur sehr wenig gemein haben und die gewährten Privilegien deshalb fragwürdig sind.

Dem wird seitens der Sportverbände folgendes Argument entgegengestellt: Das Sportvereinswesen der Bundesrepublik Deutschland ist historisch gewachsen. Dabei haben sich in den einzelnen Sportarten und Leistungsklassen spezielle Formen des Wettkampfbetriebs und seiner Finanzierung entwickelt, die nicht zum Anlaß genommen werden sollten, die Einheit des Systems zu zerschlagen, da das System in seiner Gesamtheit ja den Anspruch der Gemeinnützigkeit erfüllt (DSB 1986b, S.54; Schaible 1987, S. 17ff.).

Die Argumentation der Sportverbände speziell auf Steuerprivilegien angewandt bedeutet, daß die Besteuerungsgrundsätze möglichst einfach und einheitlich sein sollten. Auch die von einzelnen Vereinen geführten wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe sollten, sofern sie "inhaltlich oder traditionell sportgemäß" seien, und ihr Ertrag dem gemeinnützigen Zweck zufließe, steuerfrei bleiben.

Unter Berufung auf die "Einheit des Sports" wird also beständig versucht, die Grenzen dessen, was noch als gemeinwohlverträglich gilt, zu erweitern. Daß der Gesetzgeber prinzipiell geneigt ist, den Forderungen des DSB zu folgen, wird aus der Abgabenordnung 1977 deutlich, die eine Reihe von Änderungen im Sinne der DSB-Forderungen enthält (DSB 1986b, S.7).

Zusammenfassend zur Steuerprivilegierung läßt sich also festhalten, daß der anerkannte Gemeinnützigkeitsstatus der überwiegenden Mehrheit aller Sportvereine und -verbände und die weitgehende Akzeptanz der gesellschaftlichen Leistungen der Sportvereine auch auf Teilbereiche des Sportvereinswesens ausstrahlen, die nach einer sachlichen Einzelwürdigung im Rahmen der bestehenden Gesetze für diese Privilegien eigentlich nicht in Frage kommen.

Die Gemeinnützigkeit ist nicht nur Grundlage der den Sportvereinen und -verbänden gewährten Steuerprivilegien, sondern sie begründet auch die bevorzugte Förderfähigkeit durch die öffentliche Hand. Im Laufe des 1950 beginnenden Betrachtungszeitraums hat sich nicht nur Ansehen und Erfolg des Sportvereinswesens in ganz dramatischer Weise verbessert, sondern die bevorzugte Stellung des Sports in der Gesellschaft ist auch am Anwachsen der direkten Förderung des Sports durch den Bund, die Länder und die Kommunen ablesbar. Während bis 1960 die Förderung des Sports "fast nur verbal" erfolgte (Pabst 1980, S.37), ist eine allmähliche und - zur Zeit der sozialliberalen Koalition - sogar sprunghafte Zunahme der Förderung festzustellen, die erst mit Beginn der achtziger Jahre auf eine restriktivere Förderpolitik im Angesicht "beschränkter öffentlicher Mittel" (Deutscher Bundestag 1982, S.9) zurückgeschraubt wurde.

Eine ausführliche, mit statistischem Zahlenmaterial belegte Analyse der öffentlichen Förderung werden wir im folgenden Kapitel als Teil der Input-Analyse vornehmen. Für die hier aufgeworfene Frage nach der prinzipiellen rechtlichen Position und Privilegierung des Sportvereinswesens innerhalb des Rechtssystems genügt die Feststellung, daß der Gemeinnützigkeitsstatus nicht nur Steuervergünstigungen, sondern auch direkte Förderung durch die öffentliche Hand zur Folge hat, und daß das Ausmaß der Privilegierung über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg insgesamt eher steigende Tendenz aufweist. Dies läßt sich als Ergebnis einer konsequent auf Einheit und Gemeinnutz hin orientierten Verbandspolitik interpretieren.

3.2.4. Die Gesamtentwicklung

Unsere Bestandsaufnahme zu Autonomie, Subsidiarität und Gemeinnützigkeit des bundesdeutschen Sportvereinswesens hat folgende Ergebnisse erbracht:

- 1) Die Prinzipien der Autonomie und der Subsidiarität gegenüber dem Staat sicherten dem organisierten Sport in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von staatlicher Politik.
- 2) Die im Gemeinnützigkeitsprinzip auch formal verankerte gesellschaftliche Anerkennung brachte dem Sportvereinswesen besondere Privilegien, deren wichtigste Steuervorteile und direkte Förderung sind.
- 3) Überblickt man den Betrachtungszeitraum seit dem Jahre 1950, so ist auf der Grundlage der drei tragenden Prinzipien Autonomie, Subsidiarität und Gemeinnutz eine Festigung und beständige Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Privilegierung festzustellen.

Die Gesamtwürdigung des juristischen Status der Sportvereine und -verbände macht deutlich, daß der gesetzliche und durch Rechtsprechung spezifizierte Rahmen, innerhalb dessen sich das Sportvereinswesen in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln konnte, günstige Vorgaben für Einheit, Eigenständigkeit und Erfolg des Gesamtsystems darstellt. Privilegiert und gefördert bei garantierter Unabhängigkeit vom Staat konnte sich das Sportvereinswesen als autonomer Teilbereich der Gesellschaft entwickeln. Wir wollen im folgenden zunächst ganz allgemein - eine detaillierte Analyse folgt im Abschnitt 3.3. - untersuchen, welche systemischen Globalwirkungen von der Rechtsstellung der Sportvereine und -verbände zu erwarten sind.

Zunächst ist noch einmal hervorzuheben, daß die Prinzipien der Autonomie und Subsidiarität eine unabdingbare Voraussetzung dafür bilden, daß sich neben den Zentren staatlicher Machtausübung andere Zentren bilden können, in denen gesellschaftliche Kräfte organisiert sind (Nicklisch 1979, S.4.; Schneider 1988, S.190). Die Entwicklungsgeschichte der Sportvereine im deutschen Sprachraum hat gezeigt, daß die Organisation gesellschaftlicher Interessen teilweise massiver Behinderung durch den Staat ausgesetzt war, bis hin zu völligem Verbot im Zeitalter der Restauration (vgl. Abschnitt 2.1.). Ein Blick auf die staatsabhängige Verfaßtheit des Sports im zweiten deutschen Staat (Pabst 1980, S.129ff.) ist ein aktuelles Beispiel dafür, daß die gesetzlichen Bedingungen, unter denen das bundesdeutsche Sportvereinswesen sich entfaltete, eine keineswegs selbstverständliche Vorgabe darstellen. Indem der Staat weitgehend auf die Zuständigkeit für Organisation und gesellschaftlich wirksame Bedürfnisbefriedigung im Bereich des Sports verzichtete, übertrug er zugleich mit der Freiheit auch die entsprechende Verantwortung an die betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen.

In welchem Sinne die gesellschaftliche Verantwortung für den Sport durch die ihn tragenden Kräfte wahrzunehmen ist, wird durch das Gemeinnützigkeitspostulat konkretisiert. Autonomie wird grundsätzlich allen Idealvereinen eingeräumt, sofern sie nicht gegen übergeordnetes Recht verstoßen; der Status der Gemeinnützigkeit bedeutet jedoch ein deutliches Mehr an Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Auswirkungen sich aus der Wahrnehmung dieser besonderen Verantwortung für den organisierten Sport ergeben.

Prinzipiell sind drei Auswirkungen zu erkennen:

- 1) die Stärkung und Förderung des Gesamtsystems durch direkte Unterstützung (Subventionen) und indirekte Maßnahmen (Steuerprivilegien) des Staates,
- 2) die Förderung der organisatorischen Einheit des Gesamtsystems durch den Willen zur wirksamen Verteilung bzw. zum Ausbau gemeinsamer Privilegien,
- 3) die beständige Bemühung um einen am Gemeinwohl orientierten Wertkonsens der Subsysteme.

Zum ersten Punkt ist festzuhalten, daß staatliche Fördermaßnahmen einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich - hier dem organisierten Sport - vermehrt Ressourcen zulenken und ihn so im Vergleich zu den nichtgeförderten Alternativangeboten bevorzugen: Da Sportvereine staatliche Förderung genießen, können sie Angebote machen, die günstiger liegen als die der nichtgeförderten Konkurrenz (Fitness-Studios kommerzieller Anbieter). In den offiziellen Stellungnahmen der Sportverbände wird anerkannt, daß ohne staatliche Hilfe das Sportvereinswesen in der jetzt existierenden Form mit seinen relativ niedrigen Mitgliedsbeiträgen und Sondertarifen für sozial Schwache nicht aufrechterhalten werden könnte. Zugleich wird betont, daß die ehrenamtliche Leistung der Mitglieder der wichtigste Beitrag zum Funktionieren der Sportvereine sei (DSB 1986b, S.27; DSB 1987b, S.20ff.; Schaible 1987, S.16ff.). Auch die als ureigene Ressource der Vereine betrachtete Bereitschaft der Mitglieder zu ehrenamtlicher Mitarbeit ist jedoch an den Gemeinnützigkeitsstatus gekoppelt. Mitglieder eines Sportvereins sind freiwillig tätig, stellen ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung, weil es in der Gesamtrationalität des gemeinnützigen Systems "Sportvereinswesen" begründet

liegt. Der Inhaber eines privaten Fitness-Studios dagegen, dessen Unternehmen nach den Prinzipien ökonomischer, auf Gewinn gerichteter Rationalität geführt wird, kann kaum darauf rechnen, unbezahlte Helfer zu finden.

Der Gemeinwohlstatus stärkt nicht nur ganz direkt die Ressourcenlage der Verbände und Vereine, sondern übt auch einen deutlichen Druck in Richtung auf die organisatorische Einheit des Gesamtsystems aus. Der einzelne Verein, sportartenbezogener Spitzenverband oder Landesverband kann zwar jeweils für seinen Teilbereich versuchen, eine dem Gemeinwohlpostulat entsprechende Handlungsstrategie zu entwickeln; um aber den Anspruch der Gemeinnützigkeit für die gesamte Gesellschaft einlösen zu können, müssen übergeordnete Gremien zwecks Diskussion, Formulierung und Verbreitung einer entsprechenden Sportpolitik existieren. Die Komplexität der Aufgabe, den auf Sport gerichteten Bedürfnissen der gesamten Nation die geeignete Basis zu bieten, sowie die Notwendigkeit, neue Entwicklungen bundesweit zu erkennen und rechtzeitig in Handlungsstrategien umzusetzen, verlangen den konzentrierten Sachverstand und die organisatorischen Möglichkeiten, die nur großen Dachverbänden zur Verfügung stehen können. Die Bundestage des DSB, seine programmatischen und konzeptuellen Bemühungen legen Zeugnis ab von der beständigen Herausforderung des Gesamtsystems durch diese Aufgaben (vgl. dazu die Überblicke bei DSB 1986a, S.10f. und Winkler et al. 1985, S.81f.).

Die notwendige Diskussion darüber, was innerhalb des Sportvereinswesens getan werden muß, um das Gemeinwohlpostulat praktisch einzulösen, ist nur möglich, wenn entsprechende Kommunikationsgremien und -kanäle existieren. Der Aufbau solcher Organisations- und Kommunikations-

strukturen ist also für das System zwingend. Auch für die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Systemleistungen und für die Interessenvertretung gegenüber dem Staat ist ein funktionierendes Verbandssystem unabdingbar.

Dem Zwang zur wirksamen Organisation entspricht im Wertbereich die Notwendigkeit, das Gemeinnützigkeitspostulat im Bewußtsein der Mitglieder zu verankern und für einen zumindest minimalen Wertkonsens aller Subsysteme zu sorgen. Ausgelöst wird die Diskussion um Basiswerte des Sports häufig durch den drohenden Verlust von Privilegien in einzelnen Subsystemen - z.B. die Aberkennung des Gemeinnützigkeitsstatuts. Über die Erörterung der negativen Folgen, die mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit einhergehen, kommen dann in der Regel auch die der Gemeinnützigkeit zugrundeliegenden Wertstrukturen in den Blick (Grupe 1987, S.11ff.; Heckelmann 1979, S.54ff.; Schaible 1987, S.29). Somit wirkt der Gemeinnützigkeitsstatus auch im Wertbereich einheitsfördernd.

Abschließend ist noch zu fragen, ob neben den generell einheitsfördernden Wirkungen vom Rechtsstatus in bestimmten Bereichen des Sportvereinswesens auch entgegengesetzte Tendenzen gefördert werden. Der DSB beklagt in diesem Zusammenhang die Kompliziertheit des Gemeinnützigkeitsrechts mit seiner Dreiteilung in Idealbetrieb, Zweckbetrieb und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Die unterschiedlichen Besteuerungsgrundlagen verlangten getrennte, teilweise so komplizierte Buchführung, daß sie nur von Fachleuten vorgenommen werden könne (DSB 1986b, S.43). Der DSB ordnet die entstehenden Schwierigkeiten als Verwaltungsprobleme ein, und es wäre gewiß eine Überinterpretation, wenn man die Probleme der Vereine mit dem differenzierten Steuerrecht als Aushöhlung der Ehrenamtlichkeit im Sport bezeichnete. Vor allem

deshalb, weil sich Probleme mit der Buchführung vorwiegend für jene Vereine ergeben, die über ausgeprägte wirtschaftliche Geschäftsbetriebe verfügen und deshalb ohnehin über professionelle Mitarbeiter verfügen. Berechtigter erscheint uns deshalb auch die prinzipiell zwischen drei Klassen von Betrieben differenzierenden Steuervorschriften als potentiell eher einheitsfördernd zu klassifizieren: Durch die Grenzziehung zwischen den drei unterschiedlich privilegierten Betriebsklassen werden diejenigen Vereine am stärksten mit steuerlichen Sanktionen belegt, die sich am weitesten vom Typ des Idealvereins entfernt haben. Insofern stellt das Steuerrecht eine Aufforderung an die Vereine dar, die Grenze in Richtung reiner wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe nicht zu überschreiten - und das heißt unter systemtheoretischer Perspektive: Die gemeinwohlorientierte Wertorientierung nicht zugunsten einer ökonomischen aufzugeben.

3.3. Konsequenzen des rechtlichen Status für das Sportvereinswesen

3.3.1. Auswirkungen auf das Bild vom Sport in der Öffentlichkeit

Fragt man nach den Folgen der rechtlichen Stellung und der rechtlich festgelegten Privilegien der Sportvereine und -verbände auf die Öffentliche Diskussion, so interessiert der Begriff der Öffentlichkeit insbesondere in zweierlei Hinsicht: Erstens ist es für jede gesellschaftliche Institution bedeutsam, wie sie im Spiegel der Medien erscheint, weil diese Medien in modernen Industrienationen eine Mittlerfunktion zwischen dem gesellschaftlichen Geschehen und den von Luhmann so bezeichneten "Dritten" übernommen haben:

"Man ist Dritter ursprünglich nicht in einer eigens dafür geschaffenen Rolle, als ein mit Zuschauen beschäftigter Zuschauer, sondern als jemand, der mit anderen Dingen beschäftigt ist, aber möglicherweise für ein aktuelles Miterleben, Miturteilen, Mitverurteilen, Mithandeln zu gewinnen ist."

(Luhmann 1987, S.66).

In der durch die Medien repräsentierten "Öffentlichen Meinung" werden Fakten dargestellt und Bewertungen vorgenommen, die die Einstellung der vielen "Dritten" in der Gesellschaft prägen. Die mehr oder weniger sporadische Berichterstattung über bestimmte Themen in den Medien ist die Grundlage für die Meinungsbildung der "Dritten". Wenn es also den Verantwortlichen für einen bestimmten Gesellschaftsbereich - in unserem Falle des organisierten Sports - gelingt, die öffentliche Diskussion so zu lenken, daß die eigenen Ziele als im öffentlichen Interesse liegend erscheinen, haben sie ihre Aufgabe optimal erfüllt. Es wird für unseren Betrachtungszeitraum zu prüfen sein, ob bzw. in welcher Weise der rechtliche Status positive oder negative Einstellungen zum organisierten Sport förderte.

Für das Sportvereinswesen ist die Öffentlichkeit auch unter dem weiteren Aspekt der Eigenschaft als potentielles Mitgliederreservoir interessant. Aus Bürgern, die an den Belangen des organisierten Sports völlig uninteressiert sind, können über partiell engagierte „Dritte“ schließlich aktive Mitglieder werden, wobei der generellen Einschätzung des Sports in der öffentlichen Meinung eine Wegbereiterfunktion zukommt: Allgemein wird eine Institution, deren Bild in der Öffentlichkeit positiv gezeichnet wird, eher Chancen haben, neue Mitglieder zu gewinnen, als eine Institution mit negativem Image.

Die Beziehung der Deutschen zu politischer Machtausübung gilt im Vergleich zu anderen europäischen Völkern als gebrochen. Im Scheitern der Revolution von 1848 unterlag das Bürgertum den Herrschaftsansprüchen des Adels, worauf die obrigkeitlich erzwungene Entwicklung eines unpolitischen, auf innere Werte gerichteten Selbstverständnisses zurückgeführt wird (v.Krockow 1972, S.42). Auch im darauffolgenden Jahrhundert war die Beziehung zwischen Bürgern und Staat durch die Unterwerfung, häufig aber auch durch freiwillige und begeisterte Unterordnung unter autoritäre Regime gekennzeichnet, gipfelnd in den traumatischen Erlebnissen der nationalsozialistischen Herrschaft. Aus diesen geschichtlichen Erfahrungen, an denen auch der organisierte Sport an prominenter Stelle teilhatte, wird die Verankerung einer unpolitischen Haltung als Prinzip der bundesdeutschen Sportbewegung der Nachkriegszeit verständlich.

Wie empirische Untersuchungen aus den Jahren 1955-1961 belegen, war das Desinteresse an Politik ein verbreitetes Phänomen: Über 80 Prozent der Bundesbürger bekundeten ein sehr geringes bzw. keinerlei politisches Informationsbedürfnis, nur 10 Prozent gaben an, sich regelmäßig über das politische Geschehen zu informieren (Wurzbacher 1962, S.5f.). Mit seiner Festlegung auf einen "unpolitischen Sport" entsprach das sich neu formierende Sportvereinswesen also den Einstellungen weiter Kreise der Bevölkerung. Die durch die Rechtsausstattung der Vereine und Verbände faktisch gegebene Unabhängigkeit vom Staat stellt die juristische Basis für die glaubwürdige Vertretung der These vom "unpolitischen Sport" in der Öffentlichkeit dar.

Da die Verquickung des Sports mit der Politik des Nationalsozialismus führenden Sportfunktionären wie Daume

als Ursache dafür galt, daß der Sport "...keinen moralischen Kredit mehr hatte" (Gieseler & Wolf 1973, S.49), war es auch unter dem Aspekt der allmählichen Überwindung der negativen öffentlichen Meinung klug und nützlich, die strikte Trennung von Staat und Sport zu betonen. Allerdings versuchte der DSB nicht wie andere Verbände - etwa der "Bundesverband der Deutschen Industrie" - systematisch Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Selbst die Pressestelle, die erst 1959 eingerichtet wurde, diente nicht wie bei anderen Verbänden zur gezielten Information der Medien, sondern vorwiegend der internen Kommunikation (Pabst 1980, S.118).

Auf den allmählichen Wandel der Verbandspolitik zur bewußten Übernahme politischer Verantwortung für den Sport wurde bereits hingewiesen. Zur politischen Verantwortung für den Sport bekannten sich seine Repräsentanten jedoch erst zu einem Zeitpunkt, als die innere Ordnung konsolidiert und das negative Bild des Sports in der öffentlichen Meinung weitgehend überwunden war. Die Konsolidierungsphase kann mit dem Ende der Präsidentschaft von Willi Daume im Jahre 1970 als abgeschlossen gelten. Zu diesem Zeitpunkt war der Sport bereits zu einem allgemein geachteten Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens geworden. Besonders die Politik begann, sich vermehrt für den Sport zu interessieren: 1969 fand z.B. das erste Sport-Hearing vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages statt (Gieseler & Wolf 1973, S.257ff.).

Etwa zeitgleich begann der DSB, die Diskussion um die politische Verantwortung des Sports öffentlich zu führen: Der DSB-Bundestag 1968 beschäftigte sich intensiv mit dem Verhältnis zwischen Sport und Politik. Während der DSB-Präsidentschaft des "politischen Präsidenten"

(Gieseler 1988, S.39) Willi Weyer in den Jahren 1974-1986 vollzog sich der konsequente Ausbau des Sportvereinswesens im Sinne einer umfassenden Verantwortung für die Sportbedürfnisse der Gesellschaft. Das Gemeinnützigkeitsprinzip im Sport wurde als Auftrag an den DSB und seine Mitgliedsorganisationen interpretiert, für die Sportinteressierten der ganzen Nation die geeigneten Angebote bereitzustellen. Dieses bis heute andauernde Engagement schließt die Bemühung um Rand- und Problemgruppen ebenso ein wie die gezielte Förderung besonders leistungsstarker Sportler und Sportlerinnen; es reicht von der Wettkampforganisation auf internationaler Ebene bis zur Ausrichtung kleiner Vereinsfeste.

Abschließend sollen noch einige Anmerkungen zur Beziehung zwischen der öffentlichen Meinung über den organisierten Sport und seiner Rechtssituation gemacht werden, speziell dazu, ob und wie sich der Wandel in der öffentlichen Wertschätzung des Sports im Recht niederschlägt. Grundsätzlich ist durch die Positivierung des Rechts die Möglichkeit seiner Wandelbarkeit institutionalisiert worden:

"Mit einer solchen Präsenz von Änderungsmöglichkeiten wird laufend bewußt gehalten, daß das jeweils geltende Recht eine Selektionsleistung ist und kraft dieser jederzeit änderbaren Selektionen gilt. Gesetztheit heißt nämlich Kontingenz, heißt, daß die Geltung auf Setzung beruht, die auch anders hätte ausfallen können. Ein Bewußtsein solcher Gesetztheit wird nur erhalten in dem Maße, als der selektive Entscheidungsprozeß sich nicht im Unergründlichen einer Vorgeschichte verliert, sondern sichtbar gemacht und als laufend präsente Möglichkeit festgehalten werden kann. Positives Recht läßt sich somit durch Kontingenzbewußtsein charakterisieren: Es schließt andere Möglichkeiten

zwar aus, eliminiert sie aber nicht aus dem Horizont des Rechts-
erlebens, sondern hält sie als mögliche Themen für Rechtsgeltung
präsent und verfügbar für den Fall, daß eine entsprechende
Änderung des geltenden Rechts opportun erscheint;..."

(Luhmann 1987, S.209f.).

Wegen dieser durch Kontingenz erreichten Flexibilität
kann sich das positive Recht gesellschaftlichen Entwick-
lungen anpassen, ihnen durch eine entsprechende Änderung
der Rechtsnormen Legalität verleihen (Luhmann 1987,
S.212). Was für die Kodifizierung des Rechts gilt,
läßt sich analog auf die Auslegung des Rechts in der
Form der Rechtsprechung übertragen: Auch sie hat sich
veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten und Erwar-
tungen anzupassen. Bei unserer Untersuchung der recht-
lichen Situation des Sports in der Bundesrepublik Deutsch-
land konnten wir feststellen, daß die Rechtsprechung
zu einer im Sinne des Sportvereinswesens großzügigen
Auslegung einschlägiger Bestimmungen neigt. Eine solche
Privilegierung wäre ohne entsprechenden Rückhalt in
der öffentlichen Meinung kaum denkbar. Da es dem Sport
aber gelungen ist, vom unteren Ende der gesellschaft-
lichen Wertskala in eine Spitzenstellung aufzurücken,
ist die formale Privilegierung durch das Recht nur
konsequent (Parsons 1964, S.183). Folgt man der Argu-
mentation Parsons', so ist in der gewachsenen moralischen
Autorität, in der Anerkennung "sportlicher Werte" als
förderlich für Staat und Gesellschaft, die eigentliche
Ursache für die bevorzugte Stellung im Recht als formaler
Wertstruktur der Gesellschaft zu sehen.

Trotz gelegentlicher Zweifel an der moralischen Integrität einzelner Subsysteme (z.B. im Gefolge des Bundesligaskandals) und möglicherweise wachsender Bedrohung dieser moralischen Integrität (wir werden auf diese Problematik in den folgenden Kapiteln ausführlich eingehen), läßt sich doch insgesamt folgendes Fazit ziehen: Die Wandelbarkeit rechtlicher Normen erlaubte es dem Sportvereinswesen, das bereichsspezifische Recht seinen veränderten Bedürfnissen entsprechend zu entwickeln, wobei die generell wachsende Akzeptanz des Sports in der Öffentlichkeit diesen Wandlungsprozeß positiv beeinflusste.

3.3.2. Auswirkungen auf die Beziehung zu den Mitgliedern

Die Prinzipien der Autonomie und Subsidiarität bestimmen das Verhältnis der Sportvereine zu ihren Mitgliedern in grundlegender Weise. Das Rechtsinstitut des Idealvereins bietet den Vereinsmitgliedern die Gewähr, daß sie sich innerhalb eines vom Staat eröffneten Freiraums bewegen, dessen Ausgestaltung von ihren eigenen Wünschen bestimmt ist. Diese rechtlich gesicherte Freiheit ist gemäß den Analysen der theoretischen Soziologie deshalb für viele Bürger von besonderem Wert, weil sie eine der verbliebenen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung innerhalb eines gesellschaftlichen Umfeldes darstellt, das ansonsten weitgehend von mächtigen, für den einzelnen Bürger schwer durchschaubaren und jedenfalls kaum beeinflussbaren Institutionen des Staates und der Wirtschaft geprägt wird.

Während diese Freiheit von einigen Kritikern des Freizeit- und speziell des Sportbetriebs als Illusion abgetan wird, sind andere davon überzeugt, daß der zweckfreie selbstbestimmte Sport real existiere. Als Beispiel

für die Kritiker sei Habermas angeführt. Er hält "Selbstbestimmung" in der Freizeit deshalb für illusionär, weil in der Freizeit die Zwänge der Arbeitswelt entweder reproduziert oder durch kompensatorische Entlastung erträglich gemacht würden. Beides trage zur Stabilisierung bestehender Strukturen bei, anstatt die Entwicklung alternativer Möglichkeiten zu fördern (Habermas 1967, S.28ff.).

Als Beispiel für eine positive Betrachtungsweise der selbstbestimmten Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in der von Arbeit freien Zeit und besonders im Sport sei Ortega y Gasset genannt. Er sieht die Zweckfreiheit des Tuns, die schöpferische Lust an der eigenen Tätigkeit als die eigentliche Quelle aller menschlichen Anstrengung an, auch der pflichtgemäßen, zielgerichteten. Der Sport gilt ihm als besonders reine Verkörperung dieser den Menschen auszeichnenden Fähigkeit zu zweckfreier, aus sich selbst heraus befriedigender Anstrengung (Ortega y Gasset 1955, S.10f. und 18f.).

Zieht man empirische und theoretische Untersuchungen zum Freizeitverhalten allgemein und zur Beitrittsmotivation (bezogen auf Sportvereine) heran, so lassen sich daraus einige Hinweise auf die Berechtigung der Annahme vom Sport als "gesellschaftlichem Freiraum" ableiten. Die nicht-repräsentative empirische Untersuchung von Lenk aus dem Jahre 1965 nennt als typische Beispiele für Eintrittsmotive in den Sportverein:

- "Freude an Sport und Spiel",
 - "man ist frei und ungebunden",
 - "kein Zwang"
- (Lenk 1972, S.90).

Auch in den Definitionen von "Freizeit" (z.B. bei Lüdtkke 1974, S.25) und in Theorien über die Funktion sportlicher Betätigung in der Freizeit (z.B. Plessner 1967, S.17ff.) spielt das Moment der Selbstbestimmung eine wesentliche Rolle.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir an dieser Stelle einige methodenkritische Anmerkungen einschieben. Wie Schlagenhauf (1977, S.123) anmerkt, sind die dem Sportverein allgemein zugeschriebenen positiven Anreize zur Mitgliedschaft im medizinischen, pädagogischen und soziologischen Bereich keineswegs so klar empirisch belegt, wie gemeinhin angenommen wird. Im Gegenteil liegen wenig rezipierte empirische Untersuchungen vor, die eher gegen diese verbreiteten positiven Annahmen sprechen (z.B. Linde 1967). Ist eine solche Kritik, die sich auf mangelnde empirische Absicherung als zutreffend geltender Aussagen bezieht, auch auf die oben referierte These von der Attraktivität der "Freiheit" und "Selbstbestimmung" im Sport übertragbar? Dazu ist zunächst festzuhalten, daß Untersuchungsgegenstand und -methode einander angemessen sein sollten. Bei der Behauptung, Sporttreiben im Verein sei nützlich für die Gesundheit, ist eine empirische Überprüfung im strengen Sinne möglich. Nach Festlegen von Verhaltenskorrelaten für "Sporttreiben im Verein" und von Kriterien zur Beurteilung des Gesundheitszustandes der untersuchten Personen können geeignete Stichproben aus den Populationen der "Vereinsmitglieder" und der "Normalbevölkerung" verglichen werden. Bei so komplexen, nur im menschlichen Bewußtsein existenten Phänomenen wie "Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung" ist eine strikt verhaltenswissenschaftliche empirische Überprüfung dagegen nicht möglich. Konzeptualisieren lassen sich solche Phänomene nur als "hypothetische Konstrukte", überprüfbar sind sie in der Regel nur durch empirische Indikatoren wie Selbstauskünfte und Selbstinterpretationen. Grundlage derartiger

ebenfalls erfahrungswissenschaftlicher Untersuchungsmethoden sind wissenschaftliche Theorien, die z.B. aufgrund introspektiver Prozesse entwickelt wurden. Die oben aufgeführten Evidenzen entstammen dieser zweiten Art wissenschaftlicher Absicherung, nicht der strengen, verhaltensorientierten Empirie. Das trifft auch auf die folgenden Ausführungen zu.

Nach der theoretischen, mit historischem Material belegten Analyse v. Krockows beruht die Attraktivität der Vereinsmitgliedschaft teilweise auf dem zwar öffentlichen, aber unpolitischen Charakter der Sportvereine:

"In seinem Verein hat der Deutsche das praktisch-bürgerliche Betätigungsfeld gefunden, das ihm sonst im politisch-gesellschaftlichen Felde versagt blieb oder in dem er versagte." (v.Krockow 1972, S.46).

Wurzbacher sah dieses Phänomen bereits 1962 ähnlich, indem er als tieferliegende Faktoren für die politische Abstinenz der bundesdeutschen Bevölkerung "...die große, zu wenig bewältigte Distanz zwischen Individuum und den Großgebilden von Staat und Gesellschaft" nannte und die Sportvereine und -verbände als "intermediäre Gebilde" bezeichnete, die "zwischen Individuum und Gesellschaft vermitteln" (Wurzbacher 1962, S.6).

Der rechtliche Status der Gemeinnützigkeit, der Ehrenamtlichkeit und öffentliche oder zumindest vereinsinterne Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen mit sich bringt, wäre demnach eine weitere Ursache für die Attraktivität der Sportvereine für ihre Mitglieder.

3.4. Thesendiskussion

Von der DSB-Gründung im Jahre 1950 bis zum zukunftsorientierten DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" im Jahre 1987 war und ist die Bemühung um die "Einheit

des Sports" ein zentrales Anliegen führender Repräsentanten des organisierten Sports (Daume 1952, zitiert nach Gieseler & Wolf 1973, S.17 und 21; Grupe 1987, S.19). Gemeint ist damit nicht "Einheit" im Sinne von Gleichschaltung aller Teilbereiche, sondern die Wahrung eines für das Gesamtsystem notwendigen Wertkonsenses bei aller Verschiedenheit der spezialisierten Subsysteme. Eine diesem umgangssprachlichen Verständnis von "Einheit im Sport" in groben Zügen entsprechende Konzeptbildung findet sich in der modernen systemtheoretischen Diskussion um die Teilautonomie funktional differenzierter Subsysteme und der durch die Teilautonomie bedingten Notwendigkeit zur Integration wieder:

"Integration als Zustand eines Systems setzt voraus, daß zwei entgegengesetzte Extreme vermieden werden: Einerseits die völlige Selbständigkeit (Autonomie im Sinne von Autarkie der Teile), andererseits die völlige Verschmelzung der Teile mit dem Ganzen."

(Willke 1978, S.247).

In These 1 wurde behauptet, daß die Rechtsausstattung des Sportvereinswesens insgesamt "integrative Wirkungen" für das System des organisierten Sports in der Bundesrepublik Deutschland entfaltet habe. Dazu ist festzuhalten, daß "Integration" eines Subsystems in die Gesellschaft auf ganz unterschiedliche Weise zu erreichen ist. So war der Sport ins System der nationalsozialistischen Herrschaft vorzüglich integriert im Sinne einer strikten hierarchischen Unterordnung und eines Zwangsverhältnisses. Der Begriff "Integration" sagt also nichts aus über den Charakter oder die ethische Qualität der Integration. Er ist ein rein auf das Faktum des Systemzusammenhalts bezogener terminus technicus. Unter den veränderten politischen Bedingungen und rechtlichen Rahmenvorgaben seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat sich eine andere Form der Integration des Sportver-

einswesens in die Gesellschaft entwickelt. Sie läßt sich durch die Trias Autonomie, Subsidiarität und Gemeinnutz umschreiben. Autonomie und Subsidiarität sichern im Sinne des obigen Zitats die Teilautonomie des Subsystems Sport gegenüber der Gesellschaft rechtlich ab. Insbesondere die Gemeinnützigkeit stellt einen wesentlichen Orientierungspunkt für die integrativen Bemühungen der Sportvereine und -verbände dar.

Wie in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa in der Wirtschaft, hat sich auch im Sport ein hohes Maß an funktionaler Differenzierung entwickelt. Das heißt: Sowohl im Verhältnis des Gesamtsystems "organisierter Sport" zur Gesellschaft als auch im Verhältnis der einzelnen Sportvereine und Sportverbände zu den jeweils übergeordneten Systemeinheiten herrscht ein beträchtliches Maß an Freiheit (Schneider 1988, S.188f.). Die Subeinheiten sind nicht einfach weisungsgebunden, sondern verfügen über weite eigene Gestaltungsräume. Aus der Perspektive des Gesamtsystems ist diese Freiheit notwendig, weil sie die Flexibilität erhöht. Anpassungen an veränderte Umweltbedingungen z.B. können rascher und reibungsloser verlaufen, wenn spezialisierte Subsysteme die Problemlösungen übernehmen. Die gewährte Freiheit kann aber auch gefährlich werden, wenn einzelne Subsysteme ihre Freiheit mißbrauchen. Das übergeordnete System gewährt also offenbar die Teilautonomie in der Hoffnung, daß die untergeordneten Systementitäten diese Freiheit systemerträglich nutzen werden. Worauf basiert diese Hoffnung?

Die Antwort ergibt sich aus dem Zusammenhang der Systemtheorie: Da die Systembindung für die Subeinheiten von Vorteil ist, legen sie sich freiwillig gewisse

Beschränkungen auf. Es ist in ihrem eigenen Interesse, das Gesamtsystem zu stützen, da es ihnen selbst ebenfalls Unterstützung gewährt, etwa in Form von Beratung, Ausbildungsangeboten oder der Vertretung gemeinsamer Interessen. Die beständigen Bemühungen des DSB um eine Ausweitung der definitorischen Grenzen der "Gemeinnützigkeit im Sport" verbessern beispielsweise die Situation vieler Sportvereine durch Verwaltungsvereinfachungen und Steuervorteile (vgl. dazu BMI 1987, S.20f.). Es lohnt sich also für die Teilsysteme, auf Strategien zu verzichten, die zu einer maximalen Befriedigung partieller Interessen auf Kosten des Gesamtsystems führen. Die optimale Lösung liegt auch für die Subsysteme in der Suche nach Kompromissen zwischen Partikularinteressen und den übergeordneten Interessen des Gesamtsystems. Diese Bemühungen werden als "Selbstreflexion" bezeichnet (Luhmann 1971, S.86; Willke 1978, S.243f.).

Die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Ausführungen dieses Kapitels erfolgt also unter zwei Aspekten: Es wird erstens zu zeigen sein, wie die jeweils untergeordnete Systemeinheit mittels selbstreflexiver Prozesse die Interessen der übergeordneten Entität mitberücksichtigt, anstatt "egoistisch" zu handeln, und zweitens, inwiefern dies durch die Rechtsprinzipien der Autonomie, Subsidiarität und des Gemeinnutzes gefördert wird. Da Formen und Mechanismen der Integration auf unterschiedlichen Hierarchieebenen des Systems verschieden sind, wählen wir drei Ebenen aus, die die wesentlichen Systemwirkungen exemplarisch verdeutlichen (vgl. dazu Luhmann 1971, S.198):

1. Die Ebene DSB versus Gesamtgesellschaft,
2. die Ebene DSB versus Landes- und Spitzenverbände,
3. die Ebene Sportvereinsmitglieder versus Sportvereine.

Die Beziehungen auf der ersten Ebene werden geprägt durch die vom Staat gewährte Freiheit für den organisierten Sport und die daraus resultierende freiwillige Übernahme von Verpflichtungen durch den DSB und seine Mitgliedsorganisationen. Ohne dazu gesetzlich verpflichtet zu sein, hat das Sportverbandswesen aus seiner freiwillig übernommenen Verantwortung heraus stets auch Stellung genommen zu sportpolitischen Problemen, die dem Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Hand angehören (z.B. Sportstättenbau und Schulsport). Die Formulierung von Programmen und Ordnungen für den Sport erfolgte nicht durch autoritäre Setzung seitens des DSB, sondern in vielfachen Abstimmungsprozessen, z.B. mit internationalen Sportverbänden, Bundes-, Landes- und Kommunalgremien, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und den eigenen Mitgliedern. In diesem Zusammenhang ist auch die weiter oben aufgeworfene Frage zu stellen, ob sich im Sport Tendenzen zu einer "neokorporatistischen" Interessenverflechtung mit dem Staat nachweisen lassen. Aufgrund der angeführten Evidenzen - wachsendes Bewußtsein politischer Verantwortung des Sports bei den Verbandsrepräsentanten, wachsende Zahl von Koordinationsgremien (vgl. dazu auch BMI 1987, S.16ff.) - läßt sich diese Frage bejahen.

Wie ernst der DSB die übernommene Verpflichtung zur gemeinnützigen Orientierung des Sports nimmt und wie sehr er sie zum Anlaß interner und systemüberschreitender Diskussionen nimmt, wurde ebenfalls aufgezeigt. An den Hauptthemen der DSB-Bundestage sowie in den programmatischen Schriften läßt sich der jeweils aktuelle Stand der Auseinandersetzung mit den inneren und äußeren Problemen des Sportvereinswesens ablesen; sei es die Diskussion des Doping unter medizinischem, juristischem oder ethischem Aspekt oder seien es Defizite in der Gestaltung des Vereinsangebots, wie sie sich in der

Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen darstellen. Alle erkannten Probleme von grundsätzlicher Bedeutung für das Sportvereinswesen in der Bundesrepublik Deutschland wurden vom DSB aufgegriffen und in mehrfachen Abstimmungsprozessen bearbeitet.

Die Gewährung von Freiräumen und die Nutzung dieser Freiräume im Sinne selbstreflexiver Einordnung in den übergeordneten Systemzusammenhang kennzeichnet auch die Beziehungen auf den Ebenen zwei und drei. So sorgen die Spitzen- und Landesverbände durch ihre finanzielle Unterstützung mit für die politische Unabhängigkeit des DSB, auch wenn dies in der Geschichte des DSB erst erkämpft werden mußte (vgl. dazu die Erläuterung bei Winkler et al. 1985, S.55), und durch ihre ideelle Unterstützung für die Durchsetzung der sportpolitischen Grundsatzentscheidungen des DSB. Dabei kommt ihnen die Aufgabe zu, zwischen sportartenspezifischen Interessen bzw. regional unterschiedlichen Bedürfnislagen der Mitglieder und übergeordneten sportpolitischen Notwendigkeiten zu vermitteln. Die "Sportgerichte" der einzelnen Sportarten sorgen dafür, daß über eine generelle Wertpflege hinaus die Durchsetzung der Normen auch in strittigen Fällen und notfalls durch Sanktionen erzwungen wird.

Auf der dritten Ebene läßt sich der integrative Charakter freiwillig übernommener Verpflichtungen ebenfalls sehr deutlich belegen. Die Mitgliedschaft im Verein beruht auf freier Entscheidung des Individuums; auch das ehrenamtliche Engagement sowie das Erbringen sportlicher Hoch- und Höchstleistungen kann von den Vereinen nicht erzwungen werden. Gerade in dieser freiwilligen Verpflichtungsfähigkeit der Mitglieder gegenüber ihren Vereinen liegt die Stärke des bundesdeutschen Sportvereinswesens.

4. Der Wandel in der Wahrnehmung der Adaptionsfunktion durch Sportvereine und -verbände

4.1. Überblick über die Gesamtentwicklung

Die Versorgung eines Systems mit den nötigen Ressourcen oder Inputs ist von basaler Bedeutung für sein Überleben. Dieses Problem hat zunächst einen rein quantitativen Aspekt. Wenn die Sportvereine nicht in der Lage sind, genügend Mittel zur Erreichung ihrer Systemziele zu beschaffen, ist ihr Fortbestand gefährdet. In der Aufbauphase des Sportvereinswesens war der Mangel an Sportstätten ein Input-Problem, das sich bundesweit stellte und deshalb vom DSB mit entsprechenden Initiativen (z.B. dem "Goldenen Plan" aus dem Jahre 1959) angegangen wurde.

Die Gewinnung von Ressourcen zur Verwirklichung der Systemziele hat zweitens einen qualitativen Aspekt: Nicht jeder Input ist gleichermaßen brauchbar oder nützlich für das System; von ungeeigneten Inputs können auch dysfunktionale Wirkungen ausgehen. Deshalb brauchen Systeme Kontrollmechanismen für den Input. Dieses "Wächteramt" wird in der Parsonsschen Systemtheorie als Adaptionfunktion konzeptualisiert, wie im Theoriekapital näher ausgeführt. Geld ist z.B. eine sehr erwünschte Ressource für Vereine und Verbände, da es sich variabel für die unterschiedlichsten Systemziele einsetzen läßt. Dennoch können bestimmte monetäre Inputs dem System schaden: Die Einnahmen aus Trikotwerbung für Gaddafis "Grünes Buch" entfalteten derartige dysfunktionale Wirkungen. Für die politischen Ideen eines Revolutionsführers mit äußerst zweifelhaftem internationalem Ruf auf deutschen Fußballplätzen zu werben, schien Fußballfans, Sportfunktionären und Öffentlichkeit als unerträglicher Eingriff in die sonst propagierte Autonomie und Unabhängig-

keit des Sports. Die Wahrnehmung der Adaptionsfunktion durch das Subsystem "Fußballverein" hatte versagt.

Ob und inwiefern veränderte Außenbedingungen - etwa verstärkter Leistungsdruck - über Einzelfälle hinaus das System belasten und die Adaptionsmöglichkeiten der Betroffenen überfordern, ist im folgenden zu untersuchen. Wir gehen dabei in drei Schritten vor: Einem kurzen Überblick über die Gesamtentwicklung der Ressourcensituation im Sportvereinswesen seit Gründung des DSB folgt die Darstellung der einzelnen Entwicklungstrends, die anschließend hinsichtlich ihrer Folgen für den Systemzusammenhalt diskutiert werden.

Der nun folgende einleitende Überblick soll rein deskriptiv gestaltet werden. Das entsprechende Datenmaterial ist in den Tabellen 4 bis 6 enthalten. Vergleicht man die Tabelle 4 (sechziger Jahre) mit den Tabellen 5 und 6 (achtziger Jahre), so ist hinsichtlich der aufgeführten Input-Klassen eine kontinuierliche Entwicklung festzustellen. Mitgliederbeiträge, Einnahmen aus sportlichen und geselligen Veranstaltungen, Spenden, Einnahmen aus Vereinsvermögen, Zuwendungen aus den Erträgen von Sportwetten und Lotterien, öffentliche Subventionen durch den Bund, die Länder und die Kommunen und ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder sind von den Aufbaujahren an bis in die späten achtziger Jahre wichtige Ressourcen des organisierten Sports. Leider lassen sich aus Mangel an statistischem Material aus der Anfangsphase keine genauen Angaben über die Gewichtung der verschiedenen Einnahmequellen in diesem Zeitraum machen.

An Einzelbeispielen, die mit Zahlenmaterial belegbar sind, können jedoch zumindest Tendenzen aufgewiesen

werden, etwa im Bereich der Entwicklung ehrenamtlicher Tätigkeit. So hat der Umfang der von ehrenamtlichen Helfern geleisteten Übungsstunden nicht in dem Maße zugenommen wie die Mitgliederzahlen (siehe Tabelle 4 und 5). Dieser Befund wird im Rahmen der Einzelanalyse noch näher zu erläutern und im Zusammenhang mit der Tendenz zur Professionalisierung im Sport (Krüger 1987, S.212ff.) zu diskutieren sein.

Am Beispiel der Entwicklung im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit haben wir die erste Klasse von Wandlungsprozessen genannt, nämlich den veränderten Stellenwert einzelner Ressourcen innerhalb des Gesamt-Inputs. Zu einer zweiten Klasse sollen alle jene Einkommensarten zusammengefaßt werden, die nicht zum traditionellen Bestand des organisierten Sports gehören und deshalb auch als "neue Eigenmittel" (Arbeitskreis acht der DSB-Tagung "Menschen im Sport 2000", 1987, S.4) bezeichnet werden.

Prägend für diese neuen Finanzquellen ist ihr enger Bezug zur Wirtschaft, die Verquickung von Anliegen des Sports mit ökonomischen Interessen. Vier der insgesamt zehn in Tabelle 6 aufgeführten Eigenmittel der Sportverbände sind in diese Gruppe einzuordnen: Lizenzgebühren, Werbeeinnahmen, Einnahmen aus Industriepools, Einnahmen aus Fernsehverträgen. Neben den traditionellen Ressourcen, die sich nur hinsichtlich ihrer quantitativen Bedeutung verändern, hat sich also eine Input-Klasse entwickelt, die neu ist und deshalb auch ganz neue

Tabelle 4

Ressourcen des Sportvereinswesens
bis zum Jahre 1965

- Mitgliederbeiträge
- Einnahmen aus dem Vereinsvermögen
- Eintrittsgelder bei Wettkämpfen
- Teilnahmegebühren bei Wettkämpfen
- Spenden
- Zuwendungen von Sponsoren
- Gelder aus Lotto und Toto
- Beihilfen der Kommunen, der Länder und des Bundes
- Eigenleistungen in Form ehrenamtlicher Mitarbeit

Im Jahre 1962 wurden ca. 75.3 Mio. Übungsstunden
von ehrenamtlichen Mitarbeitern erbracht.

Quellen: Lenk 1972, S.88;
v.Krockow 1972, S.44;
Daume 1962, S.26 und 30.

Tabelle 5

Die Ressourcen der Sportvereine im Jahre 1982
(absolut und prozentual)

Art der Ressource	Absolut in Mio.DM	in Prozent
Beiträge und Aufnahme- gebühr	1.314	39.8
Sonstige Einnahmen (Pacht, Zinsen, Einnahmen von Nicht-Mitgliedern)	750	22.7
Sportliche und gesellige Veranstaltungen	433	13.1
Spenden	276	8.4
Werbung	50	1.5
Zuschüsse der LSB und der Spitzenverbände	145	4.4
Öffentliche Zuschüsse des Bundes, der Länder und der Kommunen	65 268	2.0 8.1
Summe	3.301	100.0

Im Jahre 1982 wurden 98 Mio. Stunden von ehrenamtlichen Übungsleitern, Helfern im Übungsbetrieb und Jugendleitern erbracht.

Quelle: DSB 1986b, S.32f.

Tabelle 6

Ressourcen der Sportverbände Mitte der achtziger Jahre

Qualitativ

"-Mitgliedsbeiträge
-Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in der Vermögensverwaltung
-Spenden, Zuwendungen von Sponsoren und Bußgelder
-Einnahmen aus dem Sportbetrieb
-Lizenzgebühren
-Werbeeinnahmen
-Einnahmen aus Industriepools
-Einnahmen aus Fernsehverträgen
-Anteile am Zweckertrag der Lotterie Glücksspirale
-Lotto- und Totomittel (sowie Spiel 77)
-Institutionelle Zuwendungen des Bundes oder der Länder
-Projektgebundene Zuwendungen des Bundes oder der Länder."

Quelle: Winkler et al. 1985, S.49 .

Quantitativ am Beispiel des DSB

Einnahmearten	Anteil am Gesamthaushalt in Prozent
Mitgliedsbeiträge	12.44
Glücksspirale	27.13
Sonstige Eigenmittel	5.39
<u>Eigenmittel insgesamt</u>	<u>45.41</u>
Subventionen des Bundes	48.47
Subventionen der Länder	4.60
Sonstige Fremdmittel	1.51
<u>Fremdmittel insgesamt</u>	<u>54.59</u>

Quelle: Winkler et al. 1985, S.50 .

Anforderungen an die Ausübung der Adaptionsfunktion stellt. So werden in offiziellen Verbandsstellungennahmen die noch ungelösten Probleme in der Zusammenarbeit mit Funk und Fernsehen (Mader 1987) angesprochen; auch der DSB sieht im Zuge der Ausweitung solcher Ressourcen die Gefahr, "unter die Räder des Geldes" zu geraten (DSB 1986a, S.16).

Für die Untersuchung des Wandels in der Einkommenssituation des bundesdeutschen Sportvereinswesens gliedern wir die Ressourcen in drei Gruppen:

"- 'herkömmliche Eigenmittel'

(Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus dem ideellen und dem Zweckbetrieb, z.B. Verkauf von Eintrittskarten, ehrenamtliche Leistungen)

- Subventionen durch die öffentliche Hand auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips
- 'neue' Eigenmittel aus der Vermarktung der Veranstaltungsrechte und der übrigen Rechte der Vereine und Verbände" (Arbeitskreis 8 des DSB-Kongresses "Menschen im Sport 2000", 1987, S.4).

Zu den "herkömmlichen Eigenmitteln" sind ferner finanzielle Zuwendungen durch Mäzene (Sponsoren) zu rechnen (Lenk 1972, S.89, v.Krockow 1972, S.44). Jede dieser drei obigen Ressourcen-Klassen hat im Laufe des Betrachtungszeitraums eine eigene Entwicklung genommen, und zwar sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Die quantitativen Aspekte - d.h. der veränderte Anteil der einzelnen Finanzierungsarten am Gesamt-Input - werden in Abschnitt 4.2., die qualitativen Aspekte - d.h. die von den einzelnen Ressourcen aufgeworfenen Adaptions- und Integrationsprobleme - werden in Abschnitt 4.3. analysiert.

4.2. Die Entwicklung des System-Inputs seit 1950

4.2.1. Die herkömmlichen Eigenmittel

In der Gründer- und Aufbauzeit bis gegen Ende der sechziger Jahre waren die herkömmlichen Eigenmittel die ganz überwiegende Finanzquelle der Sportvereine und Sportverbände. Auch in Bereichen, die später vom Staat subventioniert wurden - im Sportstättenbau und im Bereich des sportlichen Übungsbetriebs -, mußte sich der DSB die staatliche Förderbereitschaft erst erkämpfen (Daume 1962, S.23f. und 27ff.; Pabst 1980, S.37). Bereits 1975 dagegen betrug der Anteil der Vereinsmittel an den Aufwendungen für den Sportstättenbau jedoch nur noch ein Viertel der Gesamtkosten. Das entsprach (einschließlich Pacht, Miete und Instandhaltungsaufwendungen) aber immer noch ca. einem Drittel des Gesamtbudgets der Vereine (Timm 1970, S.133).

Einen Überblick über den veränderten Stellenwert der traditionellen Eigenmittel Anfang der achtziger Jahre gibt Tabelle 7. Wir haben aus den drei Vereinsgrößenklassen, die in empirischen Untersuchungen häufig noch näher aufgeschlüsselt werden (z.B. Fisas 1981, zitiert nach Finger S.223), jeweils nur ein Beispiel ausgewählt, da die Abweichungen zu den anderen Subgruppen (z.B. mehrspartig versus einspartig) für unsere Analyse keine Bedeutung haben. Der Vergleich der Vereinsgrößenklassen hingegen zeigt interessante Ergebnisse. Erstens ist allgemein festzustellen, daß der Eigenmitteleinsatz von annähernd 100 Prozent in den Gründerjahren deutlich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang liegt bei Mittel- und Kleinvereinen durchschnittlich deutlich unter 20 Prozent, bei den Großvereinen beträgt der Anteil der Fremdfinanzierung über 20 Prozent.

Tabelle 7
Ressourcen der Sportvereine in der
Bundesrepublik Deutschland gemäß
FISAS 1981 (in DM, jährlich)

Einnahmen	<u>Kleinverein</u> bis 300 Mitglieder (einspartig)	<u>Mittelverein</u> 300-1000 Mitglieder (einspartig)	<u>Großverein</u> mehr als 1000 Mitglieder (hauptamtl.)
<u>Eigenmittel</u>			
- Beiträge	2.656.--	11.358.--	71.702.--
- Spenden	811.--	3.980.--	12.764.--
- Einnahmen aus Sportveranstaltungen	1.346.--	5.656.--	12.815.--
- Einnahmen aus geselligen Veranstaltungen	1.136.--	3.275.--	5.106.--
- Einnahmen aus Werbung und Sonstiges (Miete, Pacht) /	981.--	3.434.--	21.991.--
<u>Fremdmittel</u>			
- Zuschüsse der Landes-sportbunde, Kreis- und Fachverbände	461.--	1.893.--	15.563.--
- Zuschüsse des Bundes und der Länder	297.--	227.--	6.802.--
- Zuschüsse der Kreise, Städte und Gemeinden	655.--	2.356.--	14.319.--

Quelle: Finger 1987, S.8ff.

Bei den Sportverbänden ist der Trend zur Finanzierung durch Fremdmittel noch wesentlich stärker. Laut einer im Zeitraum März-April 1978 (Winkler et al. 1985, S.24) durchgeführten empirischen Untersuchung betragen die Eigenmittel in der Regel (eine Ausnahme bildet z.B. der LSB Bremen mit 73 Prozent Eigenmittel), deutlich weniger als die Hälfte der Gesamtreourcen der Sportverbände (siehe Tabelle 8). Die Eigenmittel sind bei den Verbänden nicht nur insgesamt wesentlich geringer, sie weisen auch eine andere Struktur auf. Anteile aus dem Ertrag von Wetten und Lotterien (Toto, Lotto, Spiel 77, Glücksspirale) und Einnahmen aus dem Spielbetrieb (z.B. bei internationalen Wettkämpfen) sind die wichtigsten Eigenmittel; Mitgliedsbeiträge spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Die Dynamik der Entwicklung ist bei den Sportverbänden zusätzlich auch deshalb besonders stark, weil neben die hier aufgeführten klassischen Eigenmittel ganz neue Arten getreten sind, die in den achtziger Jahren beständig an Bedeutung zugenommen haben (Greffenius & Borchardt 1985, S.1; Mader 1987). Wir werden diese neuen Eigenmittel in Abschnitt 4.2.3. beschreiben.

In den Tabellen 7 und 8 ist eine der herkömmlichen Ressourcen noch nicht enthalten, die ehrenamtliche Mitarbeit. Da das Charakteristikum dieser Tätigkeit gerade ihre Unentgeltlichkeit ist, läßt sie sich in Geldangelegenheiten nur aufgrund fiktiver Annahmen (beispielsweise 10,-- DM pro unentgeltlich geleisteter Trainingsstunde) umrechnen und taucht deshalb in Finanzstatistiken nicht auf. Quantitative Veränderungen in dieser für die Sportvereine so besonders wichtigen Ressource sind deshalb auf anderer Grundlage darzustellen.

Tabelle 8

Die Ressourcen-Lage der Sportverbände an ausgewählten Einzelbeispielen im Jahre 1978

	Eigenmittel in %					Fremdmittel in %			
	Mitgl. Beiträge	Lotto- Toto- Mittel	a) Glücks- spirale b) Sport- betrieb	Sonst. Eigen- Mittel	Insges.	Subv. des Bundes	Subv. der Länder	Sonst. Fremd- Mittel	Insges.
Deutscher Sportbund	12.44	-	a) 27.13	5.39	45.41	48.47	4.6	1.51	54.59
LSB Bremen	9.38	46.30	a) 5.56	11.98	73.21	-	25.93	0.86	26.79
LSB Nordrhein-Westfalen	1.23	32.83	a) 3.99	5.26	43.30	0.06	54.92	1.71	56.70
LSB Rheinland-Pfalz	0.13	2.17	a) 2.24	9.49	16.45	0.48	83.31	0.07	83.43
Deutscher Leichtathletik Verband	4.98	-	b) 14.75	10.59	30.34	63.28	-	1.98	69.66
Deutscher Ruderverband	19.30	-	b) 4.12	4.89	28.31	65.20	0.91	5.58	71.69
Deutscher Schwimm-Verband	15.78	-	b) 8.11	9.86	33.75	66.25	-	-	66.25
Deutscher Ski-Verband	6.80 (14.77)*	17.42	b) 3.15	3.95	46.10	52.19	-	1.71	53.90

*Beiträge der "Freunde des Skilaufs"

Quelle: Winkler et al. 1985, S.50.

Für die Gründerjahre existieren keine regelmäßigen Statistiken, sondern nur verstreute Zahlenangaben. So ist den Ausführungen Daumes anlässlich des Bundestages des DSB im Jahre 1962 zu entnehmen, daß neben den 380.000 ehrenamtlichen Helfern und Übungsleitern bereits eine geringe Zahl haupt- und nebenamtlicher Übungsleiter tätig war. Darüberhinaus errechnete Daume einen Bedarf von 14.652 nebenamtlichen und 1.457 hauptamtlichen Mitarbeitern im Übungsbetrieb. Mit der Argumentation, daß die Behebung des Mangels im Interesse der Volksgesundheit liege und daß die Sportvereine den Belangen des Sports mit besonderer Hingabe und Kompetenz dienten, forderte er öffentliche Finanzierungshilfen (Daume 1962, S.27ff.).

Betrachtet man die schon sehr viel differenzierteren Angaben für das Jahr 1970 (siehe Tabelle 9a), so läßt sich feststellen, daß die Bemühungen um eine Vermehrung der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter erfolgreich waren. Insgesamt 739.700 ehrenamtlichen standen bereits 1970 97.000 haupt- und nebenamtliche Kräfte gegenüber. Der Anteil der Ehrenamtlichen sank langsam aber kontinuierlich von 88,4 Prozent im Jahre 1970 über 87,1 Prozent im Jahre 1977 auf 84,5 Prozent im Jahre 1982 (siehe Tabelle 9a).

Der Trend zur verstärkten Besetzung von Positionen durch hauptamtliche Kräfte ist bei den Verbänden noch ausgeprägter. Das wird besonders anschaulich in Abbildung 3. In dieser Abbildung sind die Einstellungsjahre der 1979 amtierenden Funktionsträger in Sportverbänden ab 1960 dargestellt. Von einer Ausnahme im Jahre 1968 abgesehen überwog demnach die Zahl der Positionsbesetzungen durch hauptamtliche Kräfte beständig die Zahl der Funktionsübernahmen durch ehrenamtliche Mitarbeiter. Auch Tabelle 9b weist das Gewicht hauptamtlicher Mitarbeit in den Sportverbänden aus. Der DSB nimmt hinsicht-

Tabelle 9a

Entwicklung der haupt-, neben- und ehren-
amtlichen Mitarbeit bei Sportvereinen im
Zeitraum von 1970 - 1982

	1970	1977	1982
ehrenamtliche Führungskräfte	455.200	664.000	816.000
ehrenamtl.Betreuer Übungs- und Jugendleiter	284.5000	439.000	478.500
hauptberufliche Führungskräfte	4.250	2.980	5.100
hauptberufliche Sportlehrer und Trainer	5.890	9.200	7.600
nebenberufliche Übungsleiter und Trainer	86.860	151.000	225.000
Verhältnis der Ehrenamtlichen zu den Haupt- und Nebenamtlichen (gerundet)	9:1	9:1	8:1

Quelle: Trosien 1987, S.70;
eigene Berechnungen.

Abbildung 2

Entwicklung der Haupt- und Ehrenamtlichkeit
in den Sportvereinen nach Positionsübernahme
durch die 1979 tätigen Funktionsträger



Quelle: Winkler et al. 1985, S.88.

Tabelle 9b

Ehrenamtliche und angestellte Mitarbeiter
der Sportverbände im Jahre 1978

Verband	ehrenamtliche Position (c)	hauptamtliche Mitarbeiter (b)	(b):(c) (gerundet)
DSB	99	90	1 : 1
LSB Bremen	84	10	1 : 8
LSB Rheinland-Pfalz	115	18	1 : 6
LSB Nordrhein-Westf.	144	86	1 : 2
DLV	64	17	1 : 4
DRV	144	6	1 : 24
DSV	44	15	1 : 3
DSchwimmV	186	6	1 : 31

Quelle: Winkler et al. 1985, S.137.

lich der hauptamtlichen Mitarbeiter eine Spitzenstellung ein, während in einigen Fachverbänden (z.B. dem Deutschen Ruderverband und dem Deutschen Schwimmverband) das Prinzip der Ehrenamtlichkeit noch sehr stark dominiert.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß die herkömmlichen Finanzmittel noch immer einen sehr wichtigen Anteil am Gesamt-Input in das System des organisierten Sports haben. Am größten ist dieser Anteil bei den Kleinvereinen; sie stellen in dieser Hinsicht die traditionelle Bastion des Systems dar. Bei den Großvereinen und noch stärker bei den Verbänden haben jedoch zusätzliche Ressourcen eine wachsende Bedeutung erlangt.

4.2.2. Die staatlichen Subventionen

Die Entwicklung der staatlichen Fördertätigkeit im Bereich des organisierten Sports läßt sich in drei Phasen gliedern:

- 1) Die Phase weitgehender Förderabstinenz und des Einsetzens einzelner Initiativen (z.B. Übungsstättenbau) bis Ende der sechziger Jahre,
- 2) die Phase global wachsenden staatlichen Engagements auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene in den siebziger Jahren,
- 3) die Phase leicht nachlassender Subventionstätigkeit unter dem Einfluß von Finanzengpässen ab 1980 (Digel 1988a; Pabst 1980, S.120ff.; Winkler et al. 1985, S.62).

Die formalen Zuständigkeiten für die öffentliche Sportförderung sind in der Bundesrepublik Deutschland folgendermaßen geregelt (zur Rechtsgrundlage der Sportsubventionierung vgl. Abschnitt 2.2.2.).

Die wichtigsten öffentlichen Förderinstanzen der Vereine sind die kommunalen Behörden; sie stellen den Vereinen Sportstätten zur Verfügung, unterstützen sie bei Bau, Instandhaltung und Wartung vereinseigener Anlagen und gewähren darüberhinaus die folgenden Hilfen:

- "- Zuschüsse für Geräteanschaffung
 - Zuschüsse zu Veranstaltungskosten
 - Allgemeine Pro-Kopf-Mitgliedsförderung der ortsansässigen Vereine
 - Zuschüsse zur Vergütung der Übungs- und Organisationsleiter
 - Zuschüsse für Leistungs- und Hochleistungssportler der Vereine
 - Ehrungen für verdiente Vereinsmitarbeiter und und erfolgreiche Sportler"
- (Schmidt 1987, S.21).

Da die Kulturhoheit bei den Ländern liegt, ist die Sportförderung grundsätzlich Ländersache. In diesem Rahmen werden die Sportorganisationen durch ein breites Maßnahmenbündel unterstützt, das sowohl den Freizeit- als auch den Leistungssport umfaßt und von Land zu Land variiert. Allgemein wichtige Schwerpunkte der Landessportförderung sind Sportstättenbau, institutionelle Förderung (z.B. einzelner Sportverbände), Beihilfen für Lehrgänge, Übungsleiterausbildung und -finanzierung, spezielle Zuwendungen für Wettkämpfe und Hochleistungssport (Eulering 1972, S.187ff.).

Auf die rechtlichen Probleme der Abgrenzung von Bundes- und Landeskompetenzen in der Sportförderung soll hier nicht näher eingegangen werden (vgl. dazu Tettinger 1987, S.40), weil in unserem Zusammenhang nur Umfang und Entwicklung der tatsächlich gewährten Mittel interessieren. Die Förderung des Bundes erstreckt sich auf die folgenden Bereiche:

- Förderung der Teilnahme und der Erfolgsaussichten bundesdeutscher Sportler an internationalen Wettkämpfen (z.B. Olympische Spiele, Europameisterschaften) durch Errichtung und Unterhalt von Bundesleistungszentren und Beihilfen zum Zwecke "gesamtstaatlicher Repräsentation",
- Förderung der Aktivitäten einzelner Sportverbände (z.B. DSB, Bundesfachverbände) mit bundesweitem Tätigkeitsfeld,
- Förderung bestimmter Einzelprojekte (z.B. Behindertensport)
(Digel 1988a, S.64; Schmidt 1987, S.27ff.; Tettinger 1987, S.41ff.).

Material zur globalen Einschätzung des staatlichen Fördervolumens für Sportvereine und Sportverbände sind in den Tabellen 4 und 8 enthalten. Demnach lag zu Beginn der achtziger Jahre der Anteil der staatlichen Subventionen an den Haushalten der Sportvereine bei 10 Prozent, an den Haushalten der untersuchten Sportverbände durchschnittlich bei weit über 50 Prozent. Differenzierte und vergleichbare statistische Angaben über einen längeren Zeitraum hinweg existieren unseres Wissens nur für die Bundesförderung, die im ersten bis sechsten Sportbericht genau dokumentiert ist. Wir werden an diesem Beispiel die quantitative Entwicklungslinie aufzeigen.

Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Bundesmittel, die dem DSB im Zeitraum 1960-1986 zufließen. Die Förderungsgeschichte des DSB ist insofern besonders interessant, als der DSB im Jahre 1978 auf eigenen Wunsch die institutionelle Förderung durch das BMI beendete, um zu weitgehende Abhängigkeiten von der staatlichen Sportpolitik zu vermeiden. Obwohl die Haushaltsfinanzierung des DSB durch erhöhte Mitgliedsbeiträge und die Zuleitung von Erlösen aus der Fernsehlotterie "Glücksspirale" gesichert war, mochte das BMI auch weiterhin auf Förderung nicht verzichten, sondern verwies im 5. Sportbericht der Bundesregierung darauf, daß die "freiwerdenden Mittel" dem Sport "in vollem Umfang" erhalten werden sollten (Deutscher Bundestag 1982, S.13). Sie wurden in Zukunft aufgewandt für:

- Projekte des DSB (siehe Tabelle 10),
- mehr Bundestrainer (siehe Tabelle 10),
- sportmedizinische und psychotherapeutische Betreuung der Spitzenathleten (siehe Tabelle 10).

Nicht in der Tabelle enthalten sind weitere, erhebliche Mittel für Honorartrainer, Weiterbildung von Trainern, Publikationen im Bereich des Leistungssports, Zuschüsse zu Veranstaltungen, Auf- und Ausbau der Führungs- und Verwaltungsakademie des DSB (Deutscher Bundestag 1982, S.13). Das Phänomen des auch gegen Widerstände stets intensiven Engagements in der Sportförderung durch den Bund wird uns in Abschnitt 4.3. noch näher beschäftigen.

Das starke Interesse der Bundesregierung an der Förderung des Spitzensports wird auch aus der Förderung der Bundesfachverbände ersichtlich (siehe Tabelle 11). Die angekündigten Kürzungen nicht gesetzlich festgeschriebener Subventionen lassen sich im konkreten Förderverhalten des Bundes gegenüber dem organisierten Sport nicht

Tabelle 10a

Förderung des DSB durch das
BMI in den Jahren 1960 - 1977

1. Phase (Institutionelle Förderung in DM)

Jahr	Zentrale Führungsaufgaben	Sondermaßnahmen	Bundestrainer	Insgesamt
1960	90.000	35.000	-	125.000
1961	-	45.000	-	45.000
1962	100.000	7.400	-	107.400
1963	314.000	3.558	-	308.558
1964	334.800	209.300	-	544.100
1965	450.000	19.500	-	469.500
1966	450.000	410.500	-	860.500
1967	500.000	350.500	775.000	1.625.000
1968	590.000	-	940.000	1.533.000
1969	572.000	73.000	1.433.000	2.078.500
1970	990.000	100.000	2.600.000	3.690.000
1971	1.767.500	100.000	2.675.000	4.542.500
1972	2.409.500	-	2.770.000	5.179.500
1973	3.354.900	-	3.000.000	6.354.900
1974	3.626.500	-	3.200.000	6.826.500
1975	4.355.000	-	3.760.000	8.115.000
1976	5.031.600	-	4.200.000	9.231.600
1977	4.824.000	-	4.630.000	9.454.000

Quelle: 1., 4., 5. und 6. Sportbericht der Bundesregierung.

Tabelle 10b

Förderung des DSB durch das
BMI in den Jahren 1978 - 1986

2. Phase (Projektförderung und zusätzliche
Fördermaßnahmen in DM)

Jahr	Projekte des DSB	Sportmedizinische Untersuchungen in Mio.	Bundestrainer in Mio.	Insgesamt
1979	1.100.000	1.400.000	6.500.000	9.000.000
1980	745.000	1.400.000	7.800.000	9.945.000
1981	750.000	1.400.000	8.300.000	10.450.000
1982	945.000	1.600.000	8.900.000	11.445.000
1983	856.000	1.600.000	9.000.000	11.456.000
1984	950.000	1.600.000	9.200.000	11.750.000
1985	998.000	1.800.000	9.400.000	12.198.000
1986	980.000*	1.800.000*	10.300.000	13.080.000

* Haushaltsansatz

Quelle: 1., 4., 5. und 6. Sportbericht der Bundesregierung.

Tabelle 11

Staatliche Förderung der Bundesfachverbände
im Zeitraum 1967 - 1986
(in Mio. DM)

Jahr	Wettkampf- programm	Schulungs- programm	Technische Hilfsmittel Kongresse u.a.	Hauptamtliche Verwaltungs- kräfte	Insgesamt
1967	1.8	2.6	0.3	-	4.5
1968	1.7	3.5	0.3	-	5.5
1969	3.3	4.0	0.3	-	8.0
1970	3.4	6.5	0.4	0.5	10.8
1971	5.6	6.0	0.6	0.5	12.7
1972	6.4	6.6	0.7	0.7	14.4
1973	5.1	7.8	0.5	0.8	14.2
1974	5.2	8.2	0.5	1.0	14.9
1975	6.4	9.2	0.5	1.4	17.5
1976	5.1	11.0	0.7	1.6	18.4
1977	6.8	11.9	0.7	1.7	21.2
1978	8.6	13.3	0.7	1.8	24.6
1979	6.8	15.3	0.8	2.1	25.0
1980	5.9	16.1	1.2	2.3	25.5
1981	7.2	14.6	1.1	2.4	25.3
1982	7.2	14.8	1.1	2.4	25.5
1983	7.1	15.0	1.3	2.6	26.0
1984	6.6	15.8	1.5	25.8	49.7
1985	7.6	15.1	1.4	2.8	26.8
1986	7.9*	15.4*	1.4*	2.8*	27.4

* Haushaltsansatz

Quelle: 1., 4., 5. und 6. Sportbericht der Bundesregierung.

nachweisen. Allerdings mäßigte sich der in den siebziger Jahren steile Anstieg der Wachstumskurve zu einem flacheren Verlauf.

4.2.3. Die neuen Eigenmittel

Bei den Repräsentanten des organisierten Sports herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Chancen genutzt werden sollten, die sich durch das wachsende Interesse der werbenden Wirtschaft und der Medien bieten (z.B. Gieseler 1987, S.6 und passim; Mader 1987, S.10). Auch das BMI als Förderinstanz steht wirtschaftlichen Bemühungen der Vereine und Verbände nicht kritisch sondern positiv gegenüber:

"Die Bundesregierung hält es für selbstverständlich, daß Sport und Wirtschaft aufeinander zugehen, wo sie gemeinsame Interessensfelder haben. Für die Wirtschaft ist der Sport ein nach wie vor attraktiver Marktfaktor wie umgekehrt der Sport das Interesse, das die Wirtschaft z.B. an den Werbemöglichkeiten im Sport besitzt, für sich nutzbar machen kann.

Auch aus der Sicht staatlicher Sportförderung ist es im Grundsatz zu begrüßen, wenn der Sport alle finanziellen Möglichkeiten ausschöpft, um seine Aufgaben möglichst weitgehend aus eigener Kraft zu finanzieren. Dies fordert schon das Subsidiaritätsprinzip."

(BMI 1987, S.22).

Die Erschließung neuer Finanzquellen konzentriert sich auf zwei Bereiche

- Nutzung von Athleten, Mannschaften, Stadien und Sportereignissen als Werbeträger;
- Verkauf von Übertragungsrechten an Sportereignissen.

Zahlenmaterial, das Aufschluß über den Anteil dieser neuen Finanzquellen an den Haushalten der Sportvereine und Sportverbände geben könnte, ist verständlicherweise kaum verfügbar: Diese Einnahmenarten sind neu, noch von relativ geringem Umfang und werden deshalb (etwa in der FISAS) nicht in eigenen Kategorien erfaßt, sondern in Mischgruppen (vgl. Tabelle 7, wo Werbung und "Sonstiges" eine Restkategorie bildet). Am Beispiel der Bundesligavereine, die wegen der starken Verbreitung des Fußballsports in der Bundesrepublik Deutschland und der Publikumswirksamkeit der Wettkämpfe besondere Chancen im Bereich der neuen Eigenmittel haben, soll jedoch ein Versuch unternommen werden, zumindest einen Hinweis auf die wachsende quantitative Bedeutung der neuen Eigenmittel zu geben.

Die Finanzlage vieler Fußballclubs ist prekär, u.a. weil die finanziellen Verbindlichkeiten der Bundesligacclubs wachsen, während gleichzeitig die "herkömmliche" Finanzierungsart "Zuschauereinnahmen" tendenziell sinkt (Fischer 1984, S.54). In Tabelle 12 wurden deshalb die Gesamterlöse der 18 Bundesligacclubs aus dem Jahre 1982/83 und die verfügbaren Einnahmen aus Werbung und Übertragungsrechten gegenübergestellt. Zwar wird aus dieser Aufstellung deutlich, daß die hier erfaßten neuen Finanzquellen noch keinen sehr erheblichen Anteil ausmachen. Vergewahrtigt man sich aber das sprunghafte Ansteigen der aus den Übertragungsrechten zu erzielenden Erlöse im Jahre 1988, dann kann man in diesem Bereich gewiß mit Berechtigung von einem wachsenden Markt sprechen.

Über die qualitativen Aspekte der neuen Eigenmittel liegen differenzierte Informationen vor. Wir geben zuerst einen Überblick über die wichtigsten Werbeformen im Sport und anschließend über die derzeitige Situation und einige Entwicklungsperspektiven im Bereich Sport und Medien.

Tabelle 12

Finanzierung durch "neue Eigenmittel"
am Beispiel der Bundesliga 1982/83 (in Mio. DM)

Verein nach Rang in der Bundesliga 1982/83	Gesamtetat 1982/83	Sponsorengelder 1983
1. Hamburger SV	19.0	600.000
2. Werder Bremen	7.0	500.000
3. VfB Stuttgart	12.0	600.000
4. FC Bayern München	15.0	750.000
5. 1. FC Köln	8.8	700.000
6. 1. FC Kaiserslautern	7.0	500.000
7. Borussia Dortmund	11.0	365.000
8. Arminia Bielefeld	4.5	350.000
9. Fortuna Düsseldorf	2.1	300.000
10. Eintracht Frankfurt	8.2	700.000
11. Bayer Leverkusen	5.0	-
12. Bor. Mönchengladbach	7.0	650.000
13. VfL Bochum	4.3	350.000
14. 1. FC Nürnberg	6.5	470.000
15. Eintr. Braunschweig	5.5	400.000
16. Schalke 04	7.0	600.000
17. Herta BSC	6.3	350.000
18. Karlsruher SC	5.0	450.000

Quelle: Fischer 1974, S.55ff.

Eine Form der Zusammenarbeit zwischen Sportartikelherstellern und Sportlern mit relativ weit zurückreichender Tradition besteht in der Ausrüstung des Sportlers mit den zur Sportausübung benötigten Geräten und Kleidungsstücken. Dies hat für den Sportler den Vorteil einer optimalen Ausrüstung, für den Partner aus der Industrie ist es eine glaubwürdige Werbung für die Qualität der Produkte. In den siebziger Jahren wurde damit begonnen, diese Art der Kooperation vertraglich zu regeln (Greffenius & Borchardt 1985, S.3). Inzwischen haben sich vielfältige Formen von Ausrüstungsverträgen herausgebildet. So werden z.B. Ausrüstungsverträge zwischen einzelnen erfolgreichen Athleten und Sportartikelherstellern abgeschlossen. Diese Verträge schließen in der Regel Fototermine, die Abtretung der Rechte an Bild und Namen und deren Freigabe zu Werbezwecken ein, ferner die Anwesenheit bei Autogrammstunden (etwa zur Geschäftseröffnung), auf Messen, Pressekonferenzen und Symposien (Greffenius & Borchardt 1985, S.8). Auch Vereine und Verbände können Ausrüstungsverträge abschließen. Ein solcher Industrie-Pool eines Bundesfachverbandes verpflichtet z.B. alle Angehörigen der Nationalmannschaft, nur die Kleidung und Geräte zu benutzen, die von am Pool beteiligten Herstellern stammen. Dadurch können sich Überschneidungen zwischen Individual- und Kollektivverträgen ergeben, die nicht immer im Sinne der Priorität sportlicher Gesichtspunkte gelöst werden (Greffenius & Borchardt 1985, S.3).

Eine verbreitete Werbeform ist auch die Zusammenarbeit zwischen einer Sportmannschaft und einem Sponsor (Beispiele für die Fußballbundesliga sind aus Tabelle 12 ersichtlich); gerade in diesem Bereich wird die Existenz eines Sponsors als Überlebensbedingung der Vereine bezeichnet (Fischer 1984, S.61). Wie einzelne Sportler können auch Mannschaften zu Werbezwecken eingesetzt

werden, was besonders bei publikumswirksamen, vom Fernsehen übertragenen Veranstaltungen hohe Erträge bringt.

Ein Zeichen für das Vordringen der Werbung ist die Lockerung der entsprechenden Bestimmungen durch den DSB und das IOC. Während noch 1974 in den "Leitlinien für die Werbung" Trikotwerbung untersagt wurde, hob der DSB diese Einschränkung 1983 auf. Auch das IOC gestaltete den früher strengen Amateurstatus durchlässiger (Kühl 1985, S.37f.). In dem Bemühen, auch Amateursportlern Werbeeinnahmen zu ermöglichen, wurden recht komplizierte Rechtskonstruktionen und eigene Institutionen (z.B. "Deutsche Sporthilfe GmbH" im Jahre 1983) gegründet. Werbeverträge für Amateursportler werden über die Deutsche Sporthilfe in Zusammenarbeit mit Bundesfachverbänden und NOK und schließlich auch dem betroffenen Sportler abgeschlossen; die Werbegelder stehen dem Sportler prinzipiell erst nach Abschluß seiner Laufbahn als Amateur zur Verfügung, wobei Ausnahmen zulässig sind (Greffenius & Borchardt 1985, S.5). Auf diese Weise ergibt sich zwar eine Komplizierung des Werbegeschäfts und eine Minderung des Werbeerlöses für den Athleten bis zu 30 Prozent, das generelle Werbetabu für Amateure wurde jedoch durchbrochen.

Die Entwicklung im Bereich der Medien verlief wegen des Eintritts der privaten Anbieter in den Markt besonders dynamisch. Während der Vorsitzende der Medienkommission des DSB noch 1987 bemängelte, daß ARD und ZDF eine Monopolstellung besäßen und deshalb keine marktgerechten Preise für die Sportübertragungsrechte zu erzielen seien (Mader 1987, S.3), schloß der DFB bereits ein Jahr später einen Exklusivvertrag mit einem Privatanbieter ab. So scheint es nicht unrealistisch, auch andere Überlegungen Maders, die er ebenfalls als Zukunftsperspektiven

für das Verhältnis zwischen Sport und Medien entworfen hat, hier als Beleg für Entwicklungsmöglichkeiten anzuführen. Die geforderten Maßnahmen - die vom DSB in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden und den Landes-sportbünden zu realisieren wären - zielen in ihrer Gesamtheit auf eine Erhöhung der Erträge aus den Übertra-gungsrechten und auf die Etablierung von Mitspracherechten bei der Gestaltung von sportbezogenen Sendungen. Im einzelnen wird gefordert,

- den Verkaufspreis der Übertragungsrechte der übrigen Sportarten den vom DFB erzielten Erlösen anzupassen und damit Verhältnisse zu erreichen, wie sie z.B. in England und Italien vorherrschen,
- gebührenfreie Übertragungen von 3-Minuten-Spots durch das Fernsehen nicht mehr zu dulden,
- das Engagement im Hörfunk zu verstärken, u.U. in einem DSB-eigenen Produktionsstudio eigene Sendungen zu gestalten,
- medienpolitische Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und -verbänden und den Medien auszuarbeiten,
- eine Mediengesellschaft aufzubauen, die von den Ver-bänden gemeinsam zu tragen wäre und die Interessen des organisierten Sports im ökonomischen Bereich, aber auch in Fragen der Mitbestimmung bei der Gestal-tung von Sportsendungen vertreten könnte (Mader 1987, S.9 und 11).

4.3 Die wachsenden Probleme bei der Wahrnehmung der Adaptionsfunktion

4.3.1. Ressourcen als materielles Substrat des System- Inputs

Das Sportvereinswesen wird als "offenes System" beschrieben, d.h. es steht in Austauschbeziehungen zu verschiedenen Umwelten (Bette 1984, S.72, Grupe 1987, S.9; Parsons 1976, S.220f.). Es nimmt die Mittel zur Erfüllung seiner Ziele aus den relevanten Umwelten auf und erzielt im System Ergebnisse, die abgegeben werden, was sich in Analogie zum Produktionsprozeß der Wirtschaft als System-Input und System-Output bezeichnen läßt. In diesem Sinne haben wir in Abschnitt 4.2. die Veränderungen in der Input-Situation der Sportvereine und -verbände dargestellt. Dieser Wandel soll jetzt unter systemtheoretischer Perspektive diskutiert werden.

Dazu ist vorbereitend klarzustellen, daß Parsons unter System-Input keine konkreten Ressourcen wie "Sponsorengelder" oder "ehrenamtliche Helferstunden" versteht - diese wären in seine Theorie als empirisches Substrat des System-Inputs einzufügen (Ackermann & Parsons 1976, S.72 und 80) -, sondern abstrakte Größen. "Ehrenamtliche Mitarbeit" z.B. ist die empirische Entsprechung des Inputs aus dem Persönlichkeitssystem ins Sozialsystem, dessen empirische Referenzgröße in unserem Fall der Sportverein ist. "Persönlichkeitssystem" und "Sozialsystem" sind analytische Begriffe der Systemtheorie; "ehrenamtliche Mitarbeit" und "Sportverein" sind konkrete empirische Größen. Die systemtheoretische Analyse ist deshalb von Belang für das Verständnis im empirischen Bereich, weil sie Maßstäbe bzw. Gesetzmäßigkeiten für die Interpretation des empirisch Vorfindlichen liefert.

In unserem Fall erhellen die allgemeinen systemtheoretischen Erkenntnisse folgenden Zusammenhang:

System-Inputs erfolgen nicht voraussetzungslos, sondern sind an strukturelle Besonderheiten der abgebenden Systeme gebunden. Das "Persönlichkeitssystem" z.B. ist durch die Fähigkeit zur Motivation und zum Engagement für Systemziele gekennzeichnet (Parsons 1976, S.223). Die Norm- und Wertstruktur eines Sozialsystems können mit dem entsprechenden Wertkodex des Persönlichkeitssystems mehr oder weniger kompatibel sein. Je besser die Übereinstimmung, desto reibungsloser gelingt die Integration der Inputs aus dem Persönlichkeitssystem ins Sozialsystem (Parsons 1976, S.226ff.).

Die erste Vermittlungsleistung zwischen Sozialsystem und Persönlichkeitssystem (wahrzunehmen durch die Systemfunktion der Adaption) besteht also darin, nur solche Inputs vom Persönlichkeitssystem her in Sozialsystem zu erlauben, die systemverträglich sind. Das geschieht im empirischen System "Sportverein" durch die Kodifizierung der basalen Systemnormen in Form der Vereinssatzung. Sie bietet den formalen Rahmen für die Grobabstimmung zwischen der für den Verein prägenden Wertstruktur und der diesbezüglichen Wertstruktur der Vereinsmitglieder. Darüberhinaus stehen Sozialsystemen auch positive und negative Einflußmöglichkeiten zur Verfügung, um die Anpassung an Vereinsnormen zu stimulieren bzw. zu erzwingen. Öffentliches Lob für ehrenamtliche Leistungen stellt z.B. eine Gratifikation für systemerwünschtes Handeln dar, Vereinsausschluß eine Sanktion für systemschädigendes Handeln.

Neben dem "Persönlichkeitssystem" ist das "Kulturelle System" die zweite, allgemeine relevante Umwelt für

das Sozialsystem (Parsons 1976, S.223). Aus dem Kultursystem übernimmt das Sozialsystem allgemeine Standards und spezifiziert sie für den eigenen Inhaltsbereich. Der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Art. 2, Absatz 1 GG) verankerte Grundsatz der allgemeinen Handlungsfreiheit wird z.B. durch das Sportvereinswesen für den Bereich des Sports spezifiziert. Das System des organisierten Sports schafft Rahmenbedingungen und setzt Normen, unter deren direktem Einfluß sich sportbezogenes Handeln von ca. 50 Prozent aller Sportinteressierten entfaltet (Timm 1979, S.53) und das auch auf das Sportverständnis der übrigen Sporttreibenden ausstrahlt.

Auf der höchsten Ebene der Hierarchie werden dabei allgemeine Probleme der Abstimmung zwischen unterschiedlichen Wertprioritäten bearbeitet, etwa das Verhältnis sportspezifischer zu ökonomischen Standards. Ein Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und dem DSB, dem DFB und betroffenen Berufsverbänden um Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht. Die Sportverbände erhoffen sich weitere Privilegierungen, betroffene Berufsverbände (etwa des Gaststättengewerbes) weisen auf Wettbewerbsverzerrungen hin (DSB 1986b, S.16). Ein anderes Beispiel ist die Grenzziehung zwischen Sport und Werbung. Während z.B. der DSB und der DLV an einer Reinhaltung des Amateurstatus und des Gemeinnützigkeitsstatus interessiert sind, da ihre Finanzierung weitgehend vom Bund übernommen wird und eigene wirtschaftliche Aktivitäten diese Subventionierung gefährden könnten, ist die Interessenlage für den nichtsubventionierten DFB in dieser Frage entgegengesetzt: Er wünscht sich möglichst viel Freiraum für wirtschaftliche Tätigkeit (Winkler et al. 1985. S.198ff.).

Im Folgenden sollen die Veränderungen in der Input-

Situation des Sportvereinswesens seit 1950 - aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressourcen-Klassen - daraufhin untersucht werden, ob sie tendenziell günstigere oder schwierigere Bedingungen für die Wahrnehmung der Adaptionsfunktion im System des organisierten Sports geschaffen haben.

4.3.2. Die Mischfinanzierung als adaptives Grundproblem im Sportvereinswesen

4.3.2.1. Mitgliedsbeiträge

Charakteristisch für die Input-Situation des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland ist die Unterschiedlichkeit der genutzten Ressourcen. Unterschiedlich sind sie nicht nur bezüglich der Herkunft (z.B. von Mitgliedern, Zuschauern, Sponsoren), sondern auch hinsichtlich der Entscheidungskalküle bzw. Handlungsrationalitäten, die die Input-Prozesse steuern. Wir werden diese Eigengesetzlichkeiten zuerst bei den "herkömmlichen Eigenmitteln", anschließend bei den staatlichen Subventionen und den "neuen Eigenmitteln" untersuchen.

Ökonomisch betrachtet, kommt der System-Input "Mitgliederbeiträge" aufgrund eines Tauschgeschäftes zustande: Zu einem festgesetzten Preis erwerben die Mitglieder die Option, an den vom Verein bereitgestellten Angeboten im sportlichen und geselligen Bereich zu partizipieren. Wie aber bereits die Diskussion um die grundsätzliche rechtliche Bedeutung der Vereinsautonomie gezeigt hat, wird die Reduzierung der Beziehung zwischen Mitgliedern und Verein auf ein reines "Vertragsverhältnis" nach dem Muster eines zivilrechtlichen Vertrages der Vielschichtigkeit der Beziehung zwischen Verein und Mitglied

nicht gerecht. Die Vereinsmitgliedschaft bietet über die Möglichkeit zu sportlichem Engagement hinaus, die im Mittelpunkt der vertraglichen Vereinbarung steht, Bedürfnisbefriedigung auch in anderen Bereichen an. Die unter dem Stichwort "Vereinsgeselligkeit" subsumierten sozialen Kontaktchancen decken ein weites Spektrum sozialer Bedürfnisse ab, von der formalen Geselligkeit (Vereinsfeste) bis zu informellen sozialen Bedingungen, die sich aufgrund der Vereinsmitgliedschaft ergeben (Freundschaften, Geschäftskontakte). Darüberhinaus bietet sich Interessierten auch die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung des Vereinslebens in unterschiedlichen Positionen, worauf wir im folgenden Abschnitt näher eingehen werden.

Die beiden Bereiche "sportliches Interesse" und "geselliges Interesse" sind im Bewußtsein der Vereinsmitglieder so deutlich repräsentiert, daß sie aufgrund empirischer Studien zu den "evidenten Funktionen der Sportvereine für ihre Mitglieder" (Schlagenhauf 1977, S.57) gerechnet werden könnten im Gegensatz zu den nur "reklamierten, zugeschriebenen oder akzidentellen Funktionen" (Schlagenhauf 1977, S.111). Zu dieser zweiten Gruppe gehören vor allem vermutete Wirkungen der Vereinsmitgliedschaft auf die gesamtgesellschaftliche Integration. Wir konzentrieren uns hier auf die "evidenten Funktionen", da sie hinreichen, Veränderungstrends zu analysieren, und zudem leichter quantifizierbar sind.

Mangels entsprechenden Datenmaterials können aus den ersten Jahrzehnten keine genauen Angaben zur prozentualen Verteilung des Vereinsengagements der Mitglieder im sportlichen bzw. geselligen Bereich gemacht werden. Allerdings vermutete Lenk aufgrund seiner bei

Tabelle 13

Häufigkeit und Art der vereinsbezogenen Kontakte
der Mitglieder (N=2833) in Stunden pro Woche

Kontaktart	Durchschnittliche Anzahl der Stunden pro Woche, die in den jeweiligen Vereinsarten im oder mit dem Verein verbracht wird.						
	Sportvereinsart (M117)						435) 436)
	1 Groß/ hauptamtl. (524)	2 Groß/ ehrenamtl. (301)	3 Mittel/ mehrspart. (495)	4 Mittel/ einspart. (281)	5 Klein/ mehrspart. (422)	6 Klein/ einspart. (490)	Gesamt (2513)
eigene Sport- aktivität (M151)	3,3 54%	3,5 54%	2,8 48%	2,3 37%	3,2 41%	4,1 44%	3,2 46%
Zuschauer- sport (M153)	0,9 15%	0,8 12%	0,9 15%	1,3 20%	1,2 16%	1,5 16%	1,1 16%
Geselligkeit (M155)	1,4 23%	1,6 24%	1,6 27%	2,0 32%	2,6 33%	2,4 26%	1,9 28%
Sitzungen, Arbeit f.d. Verein (M156)	0,5 8%	0,6 9%	0,6 10%	0,7 11%	0,8 10%	1,3 14%	0,7 10%
Gesamtzeit pro Woche	6,1 100%	6,5 100%	5,9 100%	6,3 100%	7,8 100%	9,3 100%	6,9 100%

Quelle: Schlagenhauf 1977, S.224.

den empirischen Untersuchungen gewonnenen Eindrücke eine abnehmende Tendenz beim Bedürfnis nach Geselligkeit (Lenk 1972, S.96f.). Das detaillierte Zahlenmaterial, das anlässlich der 1973/74 durchgeführten Befragung im Rahmen des Forschungsprojekts "Zur Soziologie des Sportvereins" (Schlagenhauf 1977, S.13 und 31) erhoben wurde, weist für sportbezogene Aktivitäten der Vereinsmitglieder durchschnittlich insgesamt 62 Prozent der im Verein verbrachten Stunden aus, für gesellige Kontakte 28 Prozent und für die Teilnahme an Vereinssitzungen und anderen Vereinsarbeiten 10 Prozent (siehe Tabelle 13). Die gesellige Komponente war also auch in den siebziger Jahren noch ein wichtiger Faktor im Vereinsengagement der Mitglieder. Neuere Umfragen belegen (Kosinski 1988, S.4), daß dies auch für die achtziger Jahre weiterhin gilt.

Der Stärke des Vereinssports im geselligen Bereich stehen unter dem Gesichtspunkt einer Maximierung der Ressource "Mitgliedsbeiträge" auch eine Reihe negativer Trends entgegen: Leistungsstreben und Interesse am sportlichen Wettkampf werden - auch für Jugendliche - zunehmend unattraktiv; positives Körperempfinden, Gesundheit und Freude an der Bewegung dagegen haben wachsende Bedeutung für die Sportinteressierten (Heinemann 1987, S.4). Wir wollen im Folgenden belegen, daß dieser Einstellungswandel bereits seit über einem Jahrzehnt deutlich steigende Tendenz aufweist.

Schon die umfassende empirische Untersuchung aus den Jahren 1973/74 (Schlagenhauf 1977, S.31) ergab als stärkstes differenzierendes Merkmal der organisierten Sportler ihre stärkere Wettkampfsneigung. Während 44 Prozent der befragten Vereinssportler zu Protokoll gaben, daß sie an sportlichen Wettkämpfen in mindestens einer Disziplin teilnahmen, wurde diese Frage von nur

4 Prozent der privat Sporttreibenden bejaht (Schlagenhauf 1977, S.74). Leistungsorientierung ist also nicht nur nach den programmatischen Bekundungen der Sportfunktionäre ein prägendes Merkmal des Vereinssports, sondern auch im Bewußtsein der Mitglieder. Aus einer von Heinemann 1987 im Auftrag des DSB durchgeführten Studie geht hervor, daß die Leistungsorientierung der Vereine bereits zu einer Abwanderungsbewegung zu privaten Sportanbietern in der Größenordnung von einer Million Aktiven geführt hat. Nur noch 17,8 Prozent der befragten Vereinsmitglieder hielten einen geregelten Wettkampfbetrieb für "sehr wichtig", die in kommerziellen Einrichtungen Sporttreibenden sogar nur zu 1,4 Prozent (Kosinski 1988, S.4).

Die insgesamt leistungsorientierte Konzeption des organisierten Sports gerät also in wachsendem Maße in Widerspruch zu den Bedürfnissen potentieller Mitglieder. Das haben offenbar auch die bundesweiten Bemühungen um Vereinsprofilierung im Breitensport nicht verhindern können. Auf Vereinsebene sorgt der Interessenkonflikt zwischen Leistungs- und Freizeitsektion ebenfalls für Probleme: Angesichts der hohen Kosten im Leistungsbereich werden die Bedürfnisse der freizeitorientierten Mitglieder häufig vernachlässigt im Sinne der Maxime "Breitensport finanziert Leistungssport" (Arbeitskreis 8 des DSB-Kongresses "Menschen im Sport 2000", S.4).

Defizite in der Mitgliederrekrutierung werden auch gegenüber bestimmten Zielgruppen deutlich. So waren 1987 70 Prozent der Aktiven in kommerziellen Sportstätten Frauen gegenüber einem Frauenanteil von nur 30 Prozent in den Vereinen. Überproportional repräsentiert in den privaten Fitness-Studios ist auch die Gruppe der Gebildeten: 53,2 Prozent im Vergleich zu

nur 30,7 Prozent bei den Vereinen (Heinemann 1987, S.4; Kosinski 1986, S.4).

Insgesamt gesehen ergibt sich also eine Verschärfung der Adaptionsproblematik durch Veränderungen in der Motivationslage der Sportinteressierten. Neue sportbezogene Werte wie Fitness, gutes Aussehen und Freude am eigenen Körper sind mit den herkömmlichen Sportarten und dem Übungsbetrieb der Vereine schwerer zu realisieren als mit den neuen kommerziellen Angeboten. Auch können die kleinen Privatunternehmen ihre Angebote sehr viel punktgenauer und schneller an spezifische und wechselnde Wünsche bestimmter Zielgruppen anpassen. Leitvorstellungen, die prägend für den Vereinssport sind wie Leistungsbewußtsein, Disziplin, Entbehrung, Teamgeist sind dagegen bei Sportinteressierten einem zunehmenden Erosionsprozeß ausgesetzt, so daß sich die Wertbasis der Vereinsarbeit und die sportbezogenen Werte der sportinteressierten Bevölkerung immer stärker voneinander entfernen. Die Vereine geraten dadurch in ein Dilemma: Nehmen sie neue Trends auf, laufen sie Gefahr, ihr Profil zu verlieren; nehmen sie sie nicht auf, müssen sie mit Abwanderungsbewegungen rechnen.

4.3.2.2. Ehrenamtliche Mitarbeit

Wie der Überblick über die Entwicklung der Vereinsressourcen in Abschnitt 4.2.1. gezeigt hat, kommt der ehrenamtlichen Mitarbeit eine erhebliche quantitative Bedeutung für die Bewältigung der zu leistenden Arbeit zu. Darüber hinaus ist sie aber auch von hohem ideellen Wert. Sie schafft den einzelnen Möglichkeiten zur Bewährung des eigenen Handelns in überschaubaren Zusammenhängen; sie vermittelt emotionale Bindung und die Integration

Tabelle 14

Die Entwicklung der ehrenamtlichen Tätigkeit
in den Sportvereinen von 1973 - 1982 in Stunden

	1973	1982
Vorstand	25.561.470	47.827.795
Abteilungen und Ausschüsse	22.772.410	41.849.893
Mannschaftsbetreuer und -fahrer, Kampf- und Schiedsrichter	31.579.400	58.599.374
Ehrenamtliche Übungsleiter Helfer im Übungsbetrieb	43.763.120	81.856.98
Mitgliederarbeits- stunden für den Bau von Anlagen	17.352.500	36.623.124
Mitgliederarbeits- stunden für Unterhalt und Betrieb der Anlagen	14.831.480	29.502.415
Jugendleiter	-	17.238.604
Summe	155.860.380	313.498.186
Vereinsmitglieder	12.152.345	17.980.292
fiktive durchschn. ehrenamtliche Stunden pro Mitglied und Jahr	12,8	17,5

Quellen: Marplan 1975, S.16f;

DSB 1986b, S.33.

in eine Gruppe, die über die Enge der Kleinfamilie hinausführt in eine begrenzte Öffentlichkeit, dabei aber die Anonymität und Unbeeinflussbarkeit der wirtschaftlichen und politischen Strukturen vermeidet (Dunckelmann 1975, S.281; Heinemann 1977, S.10). Ehrenamtliche Mitarbeit wurde stets als Schlüsselressource der Vereine begriffen; sie diente Verbandsfunktionären als besonders überzeugender Beweis der Gemeinwohlorientierung und wurde deshalb bevorzugt als Argument bei der Forderung nach staatlicher Unterstützung verwandt (Daume 1962, S.27ff.; DSB 1976b, S.33).

Es wurde bereits ausgeführt, daß der Anteil der ehrenamtlichen Mitarbeit insgesamt zurückgegangen ist. In den Verbänden sank er bis zum Jahre 1978 beständig (vgl. Tabelle 9b und Abbildung 2). Im DSB, bei dem diese Entwicklung am ausgeprägtesten ist, betrug das Verhältnis ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter bereits 1:1. Ein entsprechender, allerdings schwächerer Trend wurde auch bei den Sportvereinen festgestellt, wobei die großen, hauptamtlich geführten Vereine diese Entwicklung bereits am stärksten mitvollzogen (Heinemann 1988, S.123).

Betrachtet man allerdings die ehrenamtlich geleisteten Stunden und setzt man sie in Beziehung zur Gesamtzahl der Mitglieder, so ergibt sich ein etwas abweichendes Bild. Aufgrund der repräsentativen Erhebungen bei den im DSB organisierten Sportvereinen (FISAS) für die Jahre 1973 und 1982 (siehe Tabelle 14) sind die unentgeltlich von Mitgliedern geleisteten Arbeitsstunden von insgesamt 155,9 Mio im Jahre 1973 auf 313,5 Mio. im Jahre 1982 gestiegen. Umgerechnet auf die jeweiligen Mitgliederzahlen bedeutet das ein (fiktives) durchschnittliches ehrenamtliches Engagement von 12,8 Stunden pro Mit-

glied im Jahre 1973 und von 17,5 Stunden im Jahre 1982. Innerhalb eines Gesamttrends zu abnehmender Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit sind also differenzierte Einzelentwicklungen zu unterscheiden.

Während das ehrenamtliche Engagement bezogen auf die jeweiligen Gesamtmitgliederzahlen im Bereich des sportlichen Trainingsbetriebes im Zeitraum 1962-1972 zurückgegangen ist, zeigt sich in der Dekade zwischen 1973-1982 aufgrund der Umfrageergebnisse der FISAS wieder eine insgesamt steigende Tendenz beim ehrenamtlichen Stundenauftreten, und zwar nicht nur absolut, sondern auch in Relation zu den Mitgliederzahlen. Es ist also festzuhalten, daß die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement weiterhin in den Vereinen stark ausgeprägt ist, daß also Vereinsmitglieder ihre entsprechenden Interessen auch in den achtziger Jahren in Sportvereinen und Sportverbänden befriedigen können.

Nach Badelt (1985) sind drei Arten der Motivation für ehrenamtliche Tätigkeiten zu unterscheiden, die altruistische, die selbstwertorientierte und die tauschorientierte. Nach dieser Klassifikation liegt Altruismus dann vor, wenn die Absicht, andern zu helfen oder sie zu fördern, das motivierende Element des Handelns ist. Selbstwertorientiert wird die Tätigkeit genannt, wenn das Ehrenamt aus Freude an den damit verbundenen Aktivitäten, also an der "Tätigkeit an sich", ausgeübt wird, als tauschorientiert wird sie bezeichnet, wenn der Akteur sich eigene Vorteile (z.B. Geschäftskontakte) durch die ehrenamtliche Tätigkeit erhofft. Der uneigennützige Einsatz für die Gemeinschaft, 1950 anlässlich der Gründung des DSB mit viel Pathos beschworen (Daume o.J., S.3; Vorhammer o.J., S.16), hat sich also im Sportvereinswesen bis in die achtziger Jahre erhalten. Es gibt aber

ganeben auch einen wachsenden Trend in Richtung auf eine reine "Benutzerhaltung" gegenüber dem eigenen Verein (Schlagennauf 1977, S.104), in Richtung "Egoismus" und "Anspruchsscken" (Kurz 1987, S.13).

Sollte sich dieser Trend zu sehr verstärken, träfe er das System des organisierten Sports in einem für seine Wertstruktur zentralen Punkt: Die Möglichkeit zu einer Verstärkung dieses Trends könnte aufgrund übergreifender Phänomene gesellschaftlichen Wandels durchaus gegeben sein. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die wachsende funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Subsysteme, wachsende Verwissenschaftlichung beim Problemlösen und im Bereich menschlicher Tätigkeit der Trend zur Professionalisierung.

Bereits aus dem oben erläuterten statistischen Material zur Entwicklung der Haupt- und Ehrenamtlichkeit im Vereinssport geht hervor, daß sich sowohl die fachliche Qualität als auch die Quantität der Mitgliederbetreuung in den Sportvereinen seit Gründung des DSB erheblich verbessert hat: Zu den ehrenamtlichen Mitarbeitern kamen in wachsendem Maße fachlich geschulte Mitarbeiter. Damit entsprach das Sportvereinswesen Zwängen aus veränderten Außenanforderungen. Die Differenzierung und Komplizierung des Verwaltungs-, Geschäfts- und Trainingsbetriebs der Vereine erfordern als Systemantwort den Einsatz spezialisierten Wissens und Könnens, also zunehmende Professionalisierung. Dieser durch die gesellschaftliche Entwicklung bedingte Trend zu zunehmender funktionaler Differenzierung steht in direktem Gegensatz zu der auf Einheit und Gemeinschaft zielenden Grundkonzeption des traditionellen Sportvereinswesens.

4.3.2.3. Einnahmen aus dem Zweckbetrieb

Um Einnahmen aus Zweckbetrieben erzielen zu können, müssen die Sportvereine nicht nur die Bedürfnisse ihrer eigenen Mitglieder berücksichtigen, sondern auch die Interessen relevanter Außenstehender. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, lassen sich die "sportgemäßen Zweckbetriebe" in zwei Gruppen gliedern, nämlich in solche, die vorwiegend für die Mitglieder unterhalten werden, und in solche, deren Adressaten Vereinsfremde sind.

Zur ersten Gruppen gehören z.B. Vereinskantinen, Vereinsheime und besondere gesellige Veranstaltungen. In diesen Fällen werden von den Vereinen Leistungen erbracht, die über das allgemeine, durch die Mitgliedsgebühr bezahlte Angebot für alle hinausgehen und gesondert honoriert werden müssen. Die für vergleichbare kommerzielle Einrichtungen gültigen wirtschaftlichen Handlungsmaximen gelten für die "Zweckbetriebe" der Sportvereine deshalb nur begrenzt. Basale Grundsätze ökonomischen Handelns - also z.B. sparsamer Umgang mit Ressourcen oder Erzielung eines möglichst hohen Gewinns - sind nur in modifizierter Form gültig. Ökonomisches Denken hat keine Priorität, es kommt nur als neben- bzw. untergeordnete Handlungsrationalität ins Spiel. So kann z.B. durch Mitgliederbeschluss auf die Gewinnerzielung in Vereinsheimen oder -kantinen verzichtet werden und lediglich eine kostendeckende Geschäftsführung angestrebt werden, um möglichst vielen Mitgliedern die Teilhabe zu ermöglichen. Dagegen können die Eintrittspreise für einen Vereinsball im Vergleich zu marktüblichen Preisen stark überhöht sein, weil viele Mitglieder bereit sind, ihren Verein zusätzlich zu den Beiträgen auf diese Weise finanziell zu unterstützen (Lenk 1972, S.88; Schlagenhaut 1977, S.93ff.).

In der ersten Gruppe der sportgemäßen Zweckbetriebe überlagern also vereinspolitische Überlegungen in der Regel das ökonomische Handeln.

Bei den übrigen Zweckbetrieben - hier sind vor allem die Vermarktung sportlicher Wettkämpfe, einzelner Athleten oder ganzer Mannschaften zu nennen - muß wirtschaftliches Denken stärker ausgeprägt sein, weil die Adressaten nicht solidarisch eingebundene Mitglieder, sondern Partner eines Marktgeschehens sind. Nur wenn die am Markt nachgefragte Leistung erbracht wird, können die Vereine mit der erwünschten monetären Zuwendung rechnen. Das erzwingt die angemessene Berücksichtigung von Kundenwünschen. So kann der Zuschauerwunsch nach spannenden, torreichen Begegnungen im Fußball einen einzelnen Fußballverein dazu bewegen, einen attraktiven Stürmer einzukaufen in der Hoffnung, dadurch die Zuschauerzahlen im Stadion in die Höhe zu treiben (Fischer 1984, S.67). Anforderungen an die optimale mediale Präsentation von Sportereignissen können dazu führen, das Timing und die Gestaltung von Wettkämpfen entsprechend einzurichten (Coakley 1984, S.174ff.).

Dennoch kann sich ökonomische Rationalität in klassischen Sportvereinen nicht rein entfalten. Das soll durch den Vergleich mit einem Wirtschaftsunternehmen noch einmal verdeutlicht werden: Während im Unternehmen eine klare hierarchische Entscheidungsstruktur für die effiziente Realisierung der Systemziele sorgt und diese Ziele weitestgehend ohne Berücksichtigung von Mitarbeiterwünschen rein nach Marktgesichtspunkten festgelegt werden können, ist das Geschäftsgebaren in den Zweckbetrieben der Sportvereine demokratischen Entscheidungsprozeduren unterworfen und durch die Bedingungen der Gemeinnützigkeit beschränkt. Ökonomische Rationalität kommt also im Rahmen der herkömmlichen

sportgemäßen Zweckbetriebe prinzipiell nur gebrochen zur Wirkung. Mitgliederbedürfnisse und allgemeine Ansprüche an die Sportvereine, die sich aus dem Gemeinnützigkeitspostulat ergeben, bilden die übergeordneten normativen Entscheidungsgrundlagen (Heinemann 1984, S.46; Heinemann & Horch 1988, S.109).

4.3.3. Staatliche Subventionen als Quelle zusätzlicher Adaptionsprobleme

In den Ausführungen über Autonomie und Subsidiarität im bundesdeutschen Sportvereinswesen (vgl. Abschnitt 3.2.) wurde dargestellt, daß die rechtliche Konstruktion des Idealvereins eine direkte Einflußnahme des Staates auf den Vereinssport ausschließt. Die Vereinsautonomie hat jedoch nicht verhindert, daß sich wachsende Interessenverflechtungen zwischen Sport und Politik entwickelt haben. Zu unterscheiden sind vor allem zwei Typen des Einflusses staatlicher Politik auf das Handeln von Rollenträgern im Bereich des privatautonom organisierten Sports:

Erstens stehen dem Staat Weisungs- und Einwirkungsmöglichkeiten zu, die sich aus seinen hoheitlichen Rechten und Befugnissen ableiten lassen. Das betrifft z.B. die Einbindung der Sportverbände in sportpolitische Maßnahmen, die als Teil der Entwicklungspolitik Staatsdomäne sind. So fördert die Bundesrepublik Deutschland in mehr als 70 Ländern der Dritten Welt sowohl den Spitzen- als auch den Breitensport. Den entsprechenden Institutionen des organisierten Sports (z.B. NOK und DSB) kommt dabei eine Vermittlungs- und Koordinierungsaufgabe zu. Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Sport in diesem Bereich wird als noch verbesserungsbedürftig

bezeichnet (Gieseler 1988, S.81 und 84f.). Als weiteres Beispiel soll die Ost- und Deutschlandpolitik genannt werden, innerhalb derer sportliche Ereignisse häufig zum "Politikum" wurden und insofern koordinationsbedürftig zwischen den zuständigen Organen des Staates und des organisierten Sports (Pabst 1980, S.136ff.).

Die zweite, in unserem Zusammenhang vorrangig wichtige Quelle von Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf den Sport ist die nach dem Subsidiaritätsprinzip gewährte finanzielle Unterstützung. Subventionen eröffnen den mit der Förderung befaßten Institutionen zahlreiche Chancen, auf die Willensbildung in den Sportverbänden und -vereinen Einfluß zu nehmen, z.B. durch

- zwingende Verfahrensordnungen, die bei der Beantragung öffentlicher Fördermittel eingehalten werden müssen (z.B. die Einreichung des eigenen Haushalts durch den beantragenden Verband);
- inhaltliche Vorgaben, an die sich die Antragsteller halten müssen, wenn sie in den Genuß von Fördermitteln kommen wollen (z.B. Auflagen für die Anerkennung von Trainingsstätten als "Bundesleistungszentren"; Festschreibung bestimmter Qualifikationsmerkmale für Bundestrainer);
- allgemeine Richtlinien zur Regelung der Förderwürdigkeit von Einzelprojekten (z.B. Modellmaßnahmen zur Talentförderung)
(Deutscher Bundestag 1976, Anhang S.59ff.; Deutscher Bundestag 1978, Anhang S.174ff.; BMI 1987, S.175; Tettinger 1987, S.48ff.).

Neben staatlicher Einflußnahme durch die Wahrnehmung originärer staatspolitischer Aufgaben und durch die Vorgabe von Subventionsbedingungen ist noch ein dritter

Faktor zu nennen, nämlich der Trend zu neokorporatistischer Interessenverflechtung. In modernen Industrienationen hat sich die politische Praxis der Interessensabstimmung zwischen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Instanzen verstärkt herausgebildet. Voraussetzung für die Entwicklung solcher Beziehungen sind gemeinsame Interessen beider Partner und die Überzeugung, daß abgestimmtes Vorgehen letztlich für beide vorteilhafter ist als unkoordiniertes Handeln.

Im Sport lassen sich eine ganze Reihe gemeinsamer Interessenfelder auflisten. Zwischen Bundesinstanzen und dem Gesamtsystem "organisierter Sport" bestehen sie z.B. in einem von beiden Seiten stets betonten Interesse an der Erzielung sportlicher Hochleistungen (Hacker 1973, S.355ff.). Seitens der Bundesregierung werden sie als geeignetes Mittel zur Förderung der nationalen Identität im Innern angesehen und nach außen zur Demonstration nationaler Leistungsfähigkeit. Zwar gibt es eine kontroverse Diskussion darüber, ob es sinnvoll und empirisch zutreffend ist, einen Zusammenhang zwischen sportlichen Spitzenleistungen und volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu postulieren (Voigt 1977, S.112ff.) Insbesondere der Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hinsichtlich ihres olympischen Medaillenspiegels und der Wirtschaftspotenz der beiden Volkswirtschaften spricht deutlich gegen eine solche Annahme. Dennoch ist es ein Faktum, daß die Produktion sportlicher Spitzenleistungen durch die DDR von bundesdeutschen Politikern als Herausforderung begriffen und angenommen wurde (Digel 1988b, S.147f.). Die inhaltlichen Schwerpunkte der Sportförderung durch die Bundesregierung (z.B. Finanzierung von Bundesleistungszentren und Bundestrainern), das Gesamtausmaß des finanziellen Engagements und die Gründung von Koordinationsgremien zwischen Bundesregierung und Sportverbänden (z.B. des "Bundesausschusses für den Leistungssport

(BAL)" dokumentieren dieses Interesse ebenfalls sehr deutlich.

Auch den Repräsentanten des organisierten Sports gelten Spitzenleistungen als sehr erwünscht. Ihnen wird eine Vorbild- und Werbefunktion für den Sport ganz allgemein zugeschrieben (Daume 1972, zit. nach Gieseler & Wolf 1973, S.316; Lenk 1972b, S.44f.). Trotz einiger theoretisch begründbarer Vorbehalte (vgl. dazu Blücher 1966, S.71) gegen die befruchtende Wirkung des Spitzensports auf den Breitensport konnte ein Zusammenhang zwischen der sportlichen Aktivität und passivem Sportkonsum empirisch belegt werden. Die entsprechenden Untersuchungen weisen eine "hohe positive Korrelation zwischen aktivem Sportengagement und Informations- und Schauinteresse am Sport" (Schlagenhauf 1977, S.87) nach.

Im Zuge der Verstärkung staatlicher Förderaktivitäten, die wir in Abschnitt 4.2.2. dokumentiert haben, wuchsen DSB und BAL immer stärker in eine Mittlerfunktion zwischen staatlichen Institutionen einerseits - insb. dem Bundesministerium des Innern - und den Bundesfachverbänden hinein. Die mit der Sportsubventionierung befaßten staatlichen Institutionen müssen ein Interesse daran haben, kompetente, mit umfassenden Vertretungsrechten und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedern ausgestattete Repräsentanten des organisierten Sports als Gesprächspartner zu gewinnen. In diesem Sinne ist es konsequent, wenn Hierarchisierung des Gesamtsystems und Professionalisierung der Spitzenverbände durch die staatlichen Fördermaßnahmen begünstigt werden. Konkret geschieht das z.B. dadurch, daß der DSB und der BAL nicht nur für ihre eigene Haushaltsführung großzügig mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werden (die die Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter ermöglichen), sondern zusätzlich auch die Weitergabe staatlicher

Subventionen an die Bundesfachverbände kontrollieren (Winkler et al. 1985, S.233). Auf diese Weise stellt das BMI denjenigen Spitzenrepräsentanten des Sports, die seine direkten Gesprächspartner sind, in Form der zuzuteilenden Fördermittel des Bundes ein wirksames Sanktionsinstrument zur Verfügung.

Die dritte Art, in der sich staatlicher Einfluß auf den organisierten Sport geltend macht, ist also eine in ihrer Bedeutung wachsende qualitative Veränderung der Beziehungen zwischen Vereinsbasis und Verbandshierarchie. Zwar ist die autonome Entscheidungsbefugnis auf den einzelnen Hierarchieebenen formal gewährleistet, durch das subtile Kontrollinstrument der Vergabe staatlicher Mittel jedoch de facto eingeschränkt.

Auch hinsichtlich der Mitglieder motivation und der Entscheidungsmodi verstärken sich die Unterschiede zwischen Sportvereinen und Sportverbänden. Die Mitgliedschaft im klassischen Sportverein wird durch den Interessenkonsens der Mitglieder motiviert, Entscheidungen werden aufgrund demokratischer Verfahren getroffen. Die obersten Stufen der Verbandshierarchie stellen dagegen eine Mischform zwischen dem idealtypischen Modell des Idealvereins und eines Interessen-Spitzenverbandes dar: Nur ca. die Hälfte der Mitglieder ist ehrenamtlich tätig (also durch Interessenübereinstimmung zur Mitarbeit motiviert), die andere Hälfte ist hauptamtlich tätig (d.h. durch Bezahlung zur Mitarbeit motiviert). Demokratische Entscheidungen werden vielfach durch hierarchische (z.B. Berufung statt Wahl von Funktionsträgern) ersetzt (Heinemann & Horch 1988, S.109; Winkler et al. 1985, S.246).

4.3.4. Kommerzialisierung im Sport als neue Herausforderung der adaptiven Kompetenz

Die Kommerzialisierung des Sports ist in der Bundesrepublik Deutschland erst seit relativ kurzer Zeit zu einem beachteten Phänomen geworden und stieg dann rasch zu erheblicher Bedeutung für das Gesamtsystem des organisierten Sports auf. Dies soll durch die Zusammenfassung der jüngsten Entwicklung in Phasen verdeutlicht werden:

In der ersten Phase von 1950 - 1970 finanzierte sich das Sportvereinswesen noch weitestgehend aus den herkömmlichen Eigenmitteln. Ökonomische Überlegungen der Vereine waren im wesentlichen auf die Führung der "Zweckbetriebe" und der Vereinshaushalte beschränkt, die der Verbände auf den Abschluß von Übertragungsrechten an Sportveranstaltungen. Damals bereits zeigte sich, daß die unterschiedliche Eignung der einzelnen Sportarten für Kommerzialisierungsprozesse die Einheit des Gesamtsystems bedroht. Diejenigen Subsysteme, die aus der Vermarktung ihrer sportlichen Leistungen erhebliche Gewinne ziehen konnten - das prominenteste Beispiel dafür ist der DFB - waren stets nur in geringem Maße bereit, Solidaranforderungen des Gesamtsystems über ökonomische Eigeninteressen zu stellen.

Der Zeitraum 1970-1983 ist durch die wachsende Bedeutung der Werbung im Sport gekennzeichnet. Aber nicht nur das Interesse der werbenden Wirtschaft am Sport nahm zu, sondern gleichzeitig drang auch allgemein ökonomisches Denken stärker in den Sport ein. Im Jahre 1974 schien nach langwierigen internen Diskussionen mit der Verabschiedung von "Leitlinien für die Werbung" durch den Hauptausschuß des DSB das Problem der systemverträglichen Einbeziehung der Werbung in den Sport gelöst. Die

Regelungen wurden jedoch von Einzelverbänden und -vereinen vielfach durchbrochen, und die unterschiedlichen Interessenlagen der Mitgliedsverbände des DSB traten immer pointierter in Erscheinung, so daß mit der Aufhebung der Leitlinien im Jahre 1983 durch den DSB dessen Anspruch auf die Durchsetzung einheitlicher Regelungen für den Gesamtbereich des organisierten Sports zurückgenommen werden mußte. Angesichts divergierender Einzelinteressen war die adaptive Fähigkeit des Gesamtsystems überfordert. Die "Einheit des Sports" ließ sich nur dadurch wahren, daß dieser besonders brisante Punkt ausgeklammert wurde.

Die 1983 beginnende dritte Phase ist durch ein weiteres Vordringen ökonomischer Rationalität im Sportvereinswesen und durch das offene Bekenntnis der Verbandsfunktionäre zur kommerziellen Nutzung gekennzeichnet. Das äußert sich erstens

- in einer umfassenden Kommerzialisierung des Breiten-sports z.B. durch Kreieren von Sportmoden und deren Instrumentalisierung zur persönlichen Imagepflege (Preuss 1987, S.2ff.), durch die Entwicklung von Marketingstrategien zur Umwandlung des Gesundheitsmotivs in ein konsumierbares Gut (Rittner 1985, S.136ff.); durch kommerzielle Sportangebote, die differenzierte sportbezogene Bedürfnislagen "punktgenau" treffen (Rittner 1988, S.164).
- in einer konsequenten und systematischen kommerziellen Nutzung des Spitzensports, z.B. durch Etablierung hochdotierter Sportwettkämpfe, die wegen ihres finanziellen Anreizes für die Athleten attraktiver sind als etwa Länderkämpfe, und neben der rein sportlichen eine Leistungsskala in Geldeinheiten für die Spitzenathleten einführten (Rittner 1988, S.168); durch die Ausrichtung des Sports ganz allgemein nach Gesichts-

punkten seiner Vermarktbarkeit, z.B. der Orientierung von Sportwettkämpfen an medialen Bedürfnissen (Coakley 1984, S.170).

Zweitens wird die kommerzielle Nutzung des Sports, die zuvor von Repräsentanten des organisierten Sports nur inoffiziell betrieben wurde, nun auch von Verbandsvertretern offen gefordert und institutionell verankert. Die Verwaltung von Werbegeldern durch einen Treuhandfonds - die "Fördergesellschaft Deutsche Sporthilfe GmbH" - für Athleten bis zum Abschluß ihrer aktiven Laufbahn stellt einen Kompromiß zwischen dem Amateurideal des sportbegeisterten Athleten und den gewachsenen finanziellen Anforderungen der real existierenden Spitzensportler dar. Diese Institution verkörpert also einen Schwebezustand zwischen den alten Sportidealen und neuen wirtschaftlichen Interessen (Greffenius & Borchardt 1985, S.7f.). Mit der Gründung direkt auf wirtschaftliche Nutzung des Sports gerichteter Institutionen durch Sportverbände - z.B. der "Deutschen Sportmarketing GmbH", einer Tochtergesellschaft des NOK und der "Deutschen Sporthilfe", des "Deutschen Skipool", der "Tennis Pool Partner GmbH", der "Fördergesellschaft des Deutschen Leichtathletikverbandes" (vgl. dazu Dreier 1986, S.177) - und der Ankündigung weiterer Verwertungsgesellschaften, z.B. im Bereich der medialen Nutzung von Sportereignissen (vgl. dazu Mader 1987, S.12), wurde die Öffnung des Sportvereinswesens für Inputs aus der Wirtschaft offiziell legitimiert.

Auf der Ebene der Beziehungen Mitglieder versus Sportverein ist im Gefolge der Kommerzialisierung verstärktes Anspruchsdenken und eine mehr rational-instrumentelle als traditionell-emotionale Einstellung zu konstatieren (Kurz 1987, S.13; Rittner 1986, S.44ff.). Die Vereine geraten dadurch unfreiwillig in eine Konkurrenzsituation,

auf die sie - wie oben bereits belegt wurde - durch eine qualitative und quantitative Verbesserung ihres Angebots reagieren. Dem sind allerdings Grenzen gesetzt. Es widerspricht dem auf Solidarität und sportliche Leistung ausgerichteten traditionellen Vereinskonzzept ganz fundamental, jeder Mode und jedem Trend zu folgen und die Beziehungen zu den Mitgliedern auf eine ökonomische statt ideelle Basis zu stellen. Da jedoch die durch Marketing-Strategien flankierten Angebote der kommerziellen Studios die individuellen, auf Körpergenuß, Selbstdarstellung, ästhetische und andere Bedürfnisse gerichteten Sportwünsche sehr ernst nehmen, müßten die Vereine auf viele potentielle Mitglieder verzichten, wenn sie sich all diesen Trends verschlössen. So wird im Rahmen von Kursen der DSB-eigenen Führungsakademie in Berlin und durch einzelne Landessportbünde die Errichtung vereinseigener Fitness-Studios propagiert. Da in solchen Studios auch Nicht-Mitglieder zu einem höheren Preis als die Mitglieder trainieren können, hat die "Kommerzialisierung der Mitgliedsbeziehungen" in den Vereinen begonnen (Rittner 1988, S.179).

In solchen Fällen betätigen sich also Sportvereine als kommerzielle Anbieter und Vertreter des traditionellen "Idealvereins" zugleich. Die Vermehrung des System-Inputs um die Eintrittsgelder der Nicht-Mitglieder ist also nur möglich um den Preis der Hereinnahme einer zweiten Ebene von Handlungsrationalität in die Wertstruktur. Dem auf Interessengleichheit und Solidarität beruhenden klassischen Beziehungsmuster wird die Instrumentalität des wirtschaftlichen Tauschs an die Seite gestellt.

Während die Kommerzialisierung im Breitensportbereich der Vereine erst in Ansätzen zu erkennen ist, ist sie

im Spitzensport schon sehr fortgeschritten. Die Abhängigkeit des Spitzensports von Zuwendungen aus der Wirtschaft wird allgemein mit dem ständig steigenden Leistungsniveau begründet und den dadurch bedingten, immer aufwendigeren Voraussetzungen für die Erzielung sportlicher Höchstleistungen. Daß die internationale Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Athleten Staat und Sportfunktionären wichtig ist, wurde bereits ausgeführt. Auch die Wirtschaft ist vorwiegend an den großen, spektakulären Sportereignissen interessiert, weil sie wegen ihrer Publikumswirksamkeit am besten kommerziell genutzt werden können. Da für Spitzensportler die Vorbereitung auf große Wettkämpfe so aufwendig geworden ist, daß sie auf eine gleichzeitige Berufsausbildung oder gar -ausübung in der Regel verzichten müssen, gewährleistet nur der spektakuläre Sieg, der kommerziell nutzbar ist und entsprechend vergütet wird, einen lohnenden Abschluß der Karriere als Aktiver. Es ist deshalb nur konsequent, daß Siege mit allen verfügbaren Mitteln angestrebt werden, auch wenn diese gegen geltende Regelungen verstoßen (Pilz 1988, S.25f.).

Die fortschreitende Professionalisierung und Quasiprofessionalisierung - durch den Zwang zu intensivem Training (Fischer 1984, S.199) - setzten so im Spitzensport neben die weiterhin offiziell gültigen sportlichen Tugenden der Kameradschaft, des Teamgeists, der Freude am Dabeisein, dem Spaß am Spiel, der Chancengleichheit aller und der Fairness einen zweiten Wertkodex. Er ist bestimmt durch den "Verwertungs-Egoismus" (Rittner 1988, S.168) des einzelnen Sportlers, der den größtmöglichen ökonomischen Nutzen aus seiner sportlichen Leistung ziehen will.

Effizienter Mitteleinsatz zwecks Erzielung eines hohen

materiellen Gewinns - also eine wesentlich ökonomische Rationalität - kennzeichnet nicht nur das Handeln der Spitzenathleten als prominentesten Vertretern des Hochleistungssports. Auch Vereine, Mannschaften und Verbände orientieren ihr Handeln zunehmend an ökonomischen Kriterien (Bette 1984, S.79f.; Gieseler 1987, S.8ff.).

4.4 Thesendiskussion

Wir haben in diesem Kapitel Veränderungen in der Input-Situation des Sportvereinswesens der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahre 1950 untersucht. Diese Untersuchung gliederte sich in zwei Abschnitte. In einem ersten Schritt wurden die Ressourcen der Sportvereine und -verbände untersucht, eingeteilt in die drei Klassen "herkömmliche Eigenmittel", "staatliche Subventionen" und "neue Eigenmittel". Als Ergebnis läßt sich festhalten:

- Die herkömmlichen Eigenmittel sind seit 1950 die Basis der Vereinshaushalte, wobei die kleinen, einspartigen Vereine weiterhin den höchsten Anteil aufweisen, während bei den hauptamtlich geführten Großvereinen der Trend zu anderen Ressourcen stärker ist.
- Trotz eines stetig wachsenden Anteils hauptamtlicher Mitarbeiter ist die ehrenamtliche Mitarbeit als Kernressource des Sportvereinswesens auch in den achtziger Jahren weiterhin in großem Umfang verfügbar. Es ließ sich sogar - bezogen auf die jeweiligen Mitgliederzahlen im Zeitraum 1973 und 1982 eine Steigerung der ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden feststellen.
- Bei den Sportverbänden ist seit 1970 ein Trend zur verstärkten Finanzierung der Haushalte durch staatliche

Subventionen festzustellen und die damit einhergehende Tendenz, das Gemeinnützigkeitsprinzip im Sinne einer Gesamtverantwortung für sportliche Aktivierung möglichst vieler Bürger in staatsähnlicher Weise auszufüllen; ungefähr ab dem Jahre 1982/1983 auch ein wachsendes Interesse an den "neuen Eigenmitteln".

- Die jüngste Entwicklung seit der Suspendierung der "Leitlinien für die Werbung" durch den DSB im Jahre 1983 ist durch eine starke Dynamik im Bereich der neuen Eigenmittel gekennzeichnet. Sie schließt das offene und aktive Engagement von Vereinen und Verbänden im Bereich Marketing und Werbung ein, was sich auch institutionell durch die Gründung entsprechender "Verwertungsgesellschaften" bzw. "Werbe-Pools" manifestiert.

In einem zweiten Analyseschritt wurden diese Entwicklungen im konkret-empirischen Bereich in Bezug gesetzt zu den entsprechenden theoretischen Referenzgrößen; d.h. es wurde untersucht, in welcher Weise sich

1. die Mitgliedermotivation geändert hat (mit den Begriffen der Parsonsschen Systemtheorie: Der "Input aus dem Persönlichkeitssystem");
2. allgemeiner gesellschaftlicher Wandel auf das Sportvereinswesen ausgewirkt hat (mit den Begriffen der Parsonsschen Systemtheorie: Der "Input aus dem Kultursystem")
(siehe Abbildung 4).

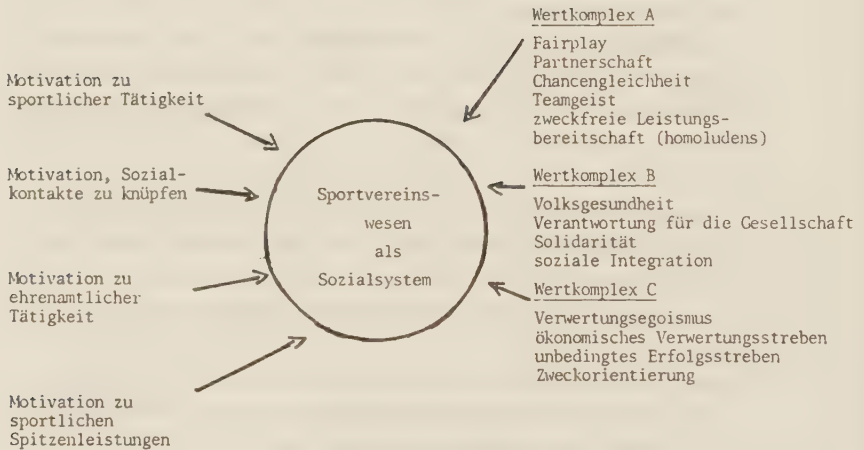
Wir wollen Konstanz und Veränderungen im Bereich der Mitgliedermotivation getrennt nach den 4 Klassen "Motivation zu sportlicher Aktivität" und "Motivation zu sportlichen Spitzenleistungen" sowie "Motivation zu gesellig-sozialem Engagement" und "Motivation zu ehrenamt-

Abbildung 3

Inputs aus Sozialsystem "Sportvereinswesen"

Inputs aus dem
Persönlichkeitssystem

Inputs aus dem
Kultursystem



lichem Engagement" darstellen. Als recht konstante Größen im Bereich des Inputs aus dem Persönlichkeitssystem erwiesen sich die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement und das Interesse an sozialer Einbindung ins Vereinsleben. Diese Motive sind aufgrund neuer Untersuchungen auch in den achtziger Jahren bei vielen Sportinteressierten ausgeprägt.

Stark verändert im Sinne einer Differenzierung und Individualisierung hat sich dagegen das Interesse am Sporttreiben selbst. Während Leistungsorientierung früher den Übungsbetrieb ganz allgemein kennzeichnete, ist das Interesse der meisten aktiven Sportler an Wettkampf und Leistungsstreben zugunsten eines mehr genuß-, gesundheits- und allgemein personenbezogenen Engagements zurückgegangen. Im Zuge der wachsenden Kommerzialisierung des Sportangebots werden diese Trends aufgegriffen und im Rahmen von Marketingstrategien elaboriert. Da differenzierte Sportbedürfnisse und Selbstdarstellungswünsche im Sport ökonomischen Verwertungsinteressen entgegenkommen, werden sie durch Werbung systematisch gefördert.

Die gravierendsten Änderungen haben sich im Bereich der individuellen Motivation zum Erbringen sportlicher Spitzenleistungen ergeben. Die alten Amateurideale - z.B. das Streben nach "Ehre" für die eigene Person, den Verein, das Land - sind durch materielle Verwertungsinteressen immer stärker in den Hintergrund gedrängt worden. Die hohen Leistungsanforderungen fördern den Trend zur Professionalisierung. In allen jenen Bereichen, in denen formale Verbote einer offiziellen Professionalisierung entgegenstehen, führen sie zu einer Quasi-Professionalisierung. Für die Spitzensportler ist die Vermarktung ihrer sportlichen Leistungsfähigkeit in vielen Fällen zur Existenzgrundlage geworden. Da nur spektakuläre Erfolge hohe Gewinne bringen, wird die

Erzielung von Erfolgen häufig ohne Rücksicht auf Amateurideale mit allen erreichbaren Mitteln angestrebt.

Den Entwicklungen, die wir oben für den Bereich der individuellen Motivation zusammengefaßt haben, entsprechen auf der Ebene des Gesamtsystems "organisierter Sport" Veränderungen der Handlungsrationalität. Während für die Anfangsjahre unseres Betrachtungszeitraums die sportlichen Grundwerte des idealtypischen Amateursportlers vorherrschten (siehe Wertkomplex A in Abbildung 4), kamen in der Folgezeit neue Wertorientierungen hinzu. Dabei war die "Politisierung des Sports" im Sinne einer expansiven Auslegung des Gemeinnützigkeitsprinzips - z.B. durch die Aktionen "1 Million Aktive mehr" aus dem Jahre 1962 oder "Trimm Dich durch Sport" aus dem Jahre 1970/71 - noch relativ systemverträglich. Dies ist zum einen durch die Kompatibilität der Normen in den Wertkomplexen A und B begründet, zum anderen durch die historische Tradition des Sportvereinswesens. Wie die Ausführungen in Kapitel 2 deutlich gemacht haben, hatte das Sportvereinswesen in Deutschland schon immer den Charakter einer "Volksbewegung", Solidarität und Gemeinsinn waren konstitutiv für ihr Selbstverständnis.

In starkem Widerspruch zu den traditionellen Wertorientierungen stehen dagegen die "Neuen Werte" - zusammengefaßt im Komplex C der Abbildung 4. Verwertungsegoismus ist mit Partnerschaft und Teamgeist nur schwer zu vereinbaren. Das Streben nach Chancengleichheit und Fairness im Sport steht in fundamentalem Gegensatz zum Marktmechanismus Konkurrenz. Zweckfreies Spiel und das unbedingte Streben nach Erfolg sind unvereinbar.

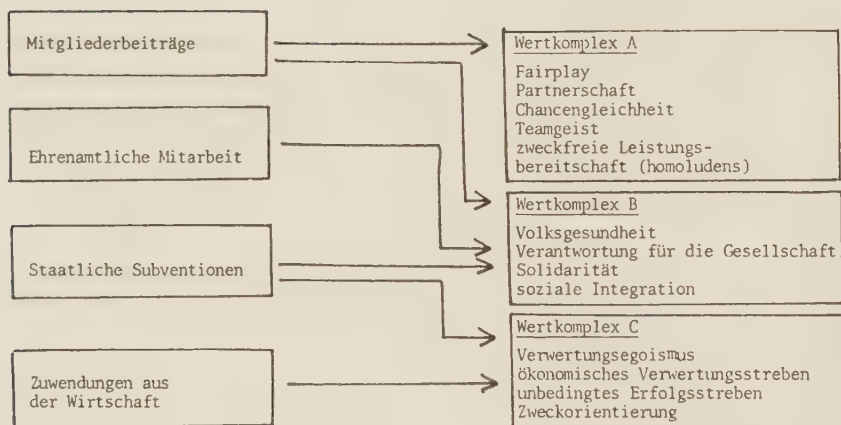
Diese Entwicklungen bedeuten im Sinne der Thesen 2 und 2a, daß die Inputs ins Sportvereinswesen nicht nur immer zahlreicher geworden sind, sondern hinsichtlich ihrer

Wertbasis auch immer differenzierter und widersprüchlicher. Die Wahrnehmung der Adaptionfunktion hat sich also insgesamt folgendermaßen verändert: Die Inputs konnten vermehrt werden, zugleich steigerte sich aber auch die Komplexität der im System zu verarbeitenden Handlungsrationalität einschließlich der zugrundeliegenden Wertstrukturen (siehe dazu die schematische Zusammenfassung in Abbildung 5).

Mit der offenen Frage, ob es sich bei den konstatierten Veränderungen um einen allmählichen Verlust der system-spezifischen Wertsubstanz handelt oder um notwendige Anpassungsprozesse an gesellschaftlichen Wandel, wollen wir uns im folgenden Kapitel auseinandersetzen.

Abbildung 4

Die Ressourcen-Klassen des Sportvereinswesens
mit ihren hauptsächlichen Wertbezügen



5. Die Wahrung der "Einheit im Sport" als Systemproblem

5.1 Die Komplizierung der Zielorientierungsproblematik

5.1.1. Die Beziehung zwischen den Systemfunktionen der Adaption und der Zielorientierung

Im Vergleich zu formalen Organisationen, bei denen Zielkongruenz zwischen System und Mitgliedern nicht notwendig ist, weil die Loyalität der einzelnen Rollenträger gegenüber Systemzielen auf anderen Mechanismen beruht (Luhmann 1964, S.89ff.) - z.B. einer Regelung der Mitgliedschaft durch Marktbeziehungen -, ist für den klassischen "Idealverein" Gemeinsamkeit im Zielbereich konstitutiv (Heinemann 1987b, S.17). Die grundsätzliche Freiwilligkeit und Revidierbarkeit der Mitgliedschaft (durch Austritt) sind zusammen mit demokratischen Entscheidungsstrukturen die gesetzlich normierten Besonderheiten des Vereinszusammenschlusses. Daraus folgt notwendig eine sehr starke Abhängigkeit der Zielorientierung von der Adaptionsfunktion. Da Sportvereinen - wie wir im vorausgehenden Kapitel gezeigt haben - der ganz überwiegende Teil ihrer Ressourcen von den Mitgliedern her zufließt, und da die Mitgliedschaft auf Wert- und Zielkonsens zwischen Mitgliedern und Verein beruht, ist die Ausrichtung der Zielstrukturen des Systems an Mitgliederbedürfnissen unverzichtbar. Das bedeutet: Die im Input-Bereich gefundenen Trends kennzeichnen weitgehend auch die Entwicklungen im Bereich der Zielorientierung.

Neben dieser für das Sportvereinswesen typischen Konstellation sind die Beziehungen zwischen den Systemfunktionen Adaption und Zielorientierung in der Parsonsschen Systemtheorie allgemein durch zwei Hauptaspekte gekennzeichnet (Parsons 1976, S.176). Erstens

hat "Adaption" im Hinblick auf "Zielorientierung" eine dienende Aufgabe: Die zur Erreichung der Systemziele nötigen Mittel werden bereitgestellt. Zweitens werden durch die Wahrnehmung der Adaptionsfunktion eigene Beiträge zur Zielformulierung geleistet. Mittelbeschaffung ist unabhängig von anderen Systemzielen ein wichtiges Systemanliegen, weil es eine unverzichtbare Voraussetzung für den Fortbestand des Systems darstellt.

Angesichts der fundamentalen Bedeutung der Adaption für das Überleben von Systemen, hat sich in modernen Gesellschaften diese Funktion als eigenes gesellschaftliches Subsystem "Wirtschaft" aus zuvor gemischten Bezügen herausdifferenziert (Parsons 1976, S.176 und 201f.). In Analogie zu diesem gesamtgesellschaftlichen Differenzierungsprozeß ist auch im Sportvereinswesen die Mittelbeschaffung zu einem eigenständigen Teilbereich des Gesamtsystems "Sportvereinswesen" geworden, das innerhalb der Zielmatrix angemessen repräsentiert sein muß. Die Bemühungen um eine eigene wissenschaftliche Grundlegung in Form einer "Ökonomie des Sports" bzw. einer "Betriebswirtschaftslehre des Vereins" (Heinemann 1984; 1987c) dokumentieren die Verselbständigung der adaptiven Funktion im Bereich des organisierten Sports.

Die beiden oben zusammengefaßten Sachverhalte,

- erstens die für das Sportvereinswesen prägende Abhängigkeit der Zielstruktur der Vereine von der Zielstruktur der Mitglieder und
- zweitens die eigenständige Repräsentation der adaptiven Systembedürfnisse innerhalb der Zielstruktur des Gesamtsystems

erlauben also die Übertragung der im Input-Bereich gefundenen Entwicklungen auf den Zielbereich.

5.1.2. Die allmähliche Steigerung der Komplexität im Zielsetzungsbereich

Die Existenz einer Vielzahl unterschiedlicher Zielsetzungen kennzeichnet das Sportvereinswesen der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an. Der klassische Idealverein als Zusammenschluß Gleichgesinnter mit sportlich-geselligen Zielen, der sich dem gemeinen Wohl verpflichtet fühlt und in geringem Umfang "sportgemäße" wirtschaftliche Aktivitäten entfaltet, hat in seine Zielstruktur zumindest 3 recht unterschiedliche Zielbereiche zu integrieren:

1. die sportbezogene Zwecksetzung, worunter im wesentlichen die Pflege einer oder mehrerer Sportarten zu verstehen ist,
2. die gemeinnützige Zwecksetzung, die sich z.B. in der bewußten Öffnung der Vereine für möglichst viele Sportinteressierte und in der Wahrnehmung pädagogischer und sozialer Verantwortung gegenüber den Sportinteressierten dokumentiert, und
3. die instrumentelle Zwecksetzung, die darin besteht, durch wirtschaftliche Nebentätigkeiten Mittel für die Verfolgung der unter 1 und 2 genannten Zielkomplexe zu beschaffen.

Auch Zielkonflikte im Bereich Breiten- und Leistungsorientierung haben eine lange Tradition. Während im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert die "bürgerlichen" Sportvereine mehr fach- und leistungsorientiert waren, förderten die Arbeitersportvereine den Breitensport, ein Dualismus, der nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in zwei entsprechenden Verbandstypen - den Sportfachverbänden und den Landessportbünden - tradiert wurde.

Allerdings vollzog sich im Betrachtungszeitraum eine erhebliche Differenzierung und Eigenprofilierung der unter 1-3 genannten Zielbereiche sowie des Breiten- und Leistungssektors.

Als originäre Zielsetzungen der Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland gelten die oben unter 1 genannten Zwecke einschließlich der sich aus dem Postulat der Gemeinnützigkeit (Zielkomplex) ergebenden. Unter diesen bindenden Verpflichtungen ist - wie in Abschnitt 3.2.3. ausführlich dargelegt wurde - insbesondere der Verzicht auf umfangreiche, marktorientierte Geschäftstätigkeit der Vereine und Verbände sowie die absolute Priorität der "idealen Zwecke" gegenüber den kommerziellen zu verstehen. Zum traditionellen Kernbereich der Systemziele gehören seit Bestehen der deutschen Turn- und Sportbewegung - wie wir in Kapitel 2 ebenfalls gezeigt haben - auch die Erhaltung bzw. Steigerung der sportlichen Leistungsfähigkeit zum Zwecke nationaler Ehre und Repräsentanz (vgl. dazu zusätzlich Daume 1959, zitiert nach Gieseler & Wolf 1973, S.107f.).

Eine erhebliche Ausweitung des Zielkatalogs über den traditionellen Kern hinaus erfolgte im Zuge einer expansiven Ausdeutung und Wahrnehmung des Gemeinnützigkeitsprinzips. Nicht mehr nur die Interessen der Mitglieder, sondern die freiwillig übernommene Verpflichtung, für das sportliche Wohlergehen der ganzen Nation zuständig zu sein, schafften neue Zielsetzungen.

Unsere systematische Analyse der Auswirkungen des Gemeinnützigkeitsprinzips auf den Zusammenhalt des Sportvereinswesens war auf die juristischen Aspekte beschränkt und ließ sich zusammenfassend als integrativ

kennzeichnen. Die expansive Auslegung dieses Prinzips im Sinne einer staatsähnlichen Fürsorgepflicht für die Sportbedürfnisse aller Bürger impliziert dagegen auch eine Vermehrung der im System zu verarbeitenden, teilweise widersprüchlichen Zielsetzungen. Dies macht sich insbesondere in einer Spaltung der Interessen innerhalb des Gesamtsystems "organisierter Sport" bemerkbar. Während die Vereinsbasis weiterhin und bis in die jüngste Zeit hinein vorwiegend an Zielkomplex 1 interessiert ist (vgl. dazu auch Timm 1979, S.178ff.), vertritt die Verbandshierarchie mit dem DSB als Spitze zunehmend Ziele, die sich aus einer umfassenden Förderung des Gemeinwohls durch Sport herleiten lassen.

Die Problematik eines gewissen Interessendualismus - traditionelle Zielstruktur der Vereine versus gemeinwohlorientierte Politik des DSB - wurde verbandsintern früh gesehen. Eingeleitet durch die Proklamierung des "Zweiten Weges" im Jahre 1959 und anlässlich der DSB-Aktion "1 Million Aktive mehr" aus dem Jahre 1962 begründete und verteidigte Willi Daume die verstärkte Öffnung der Vereine für bisher schwach vertretene Gruppen (z.B. Mädchen, Frauen, ältere Bürger, untere Sozialschichten, vgl. dazu auch Wurzbacher 1962, S.12ff.). Er sah damals bereits den Zielkonflikt zwischen dem Gruppenegoismus der Vereine und den Erfordernissen einer gemeinwohlorientierten Sportpolitik, indem er feststellte, daß die neue Politik "natürlich auch gegen den Beharrungswillen der Tradition und Gewohnheit" durchgesetzt werden müsse und - an die Sportfunktionäre gewandt -, daß es nicht genüge, die Vereine zu "bitten", sondern daß man sie "beflügeln" müsse (Daume 1962, S.34). Die Widerstände der Vereine gegen zusätzliche Bemühungen um die Integration möglichst vieler Mitglieder ließen sich jedoch

auch in den folgenden Jahrzehnten nicht ausräumen, wie die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage aus dem Jahre 1975 belegen (siehe Tabelle 15). Demnach waren auch im Jahre 1975 "trotz ständiger Empfehlungen an die Vereine, gerade diese Art des Sportangebots zu intensivieren" 44 Prozent der Sportvereine den Aufforderungen nicht nachgekommen (Timm 1979, S.92).

Insgesamt ist als Ergebnis festzuhalten, daß die Sportverbände und an ihrer Spitze der DSB in wachsendem Maße öffentliche Aufgaben der Gesundheitsvorsorge und der nationalen Repräsentation übernommen (vgl. dazu auch Winkler et al. 1985, S.242f.) und dadurch neue bzw. erweiterte Zielsetzungen ins Sportvereinswesen hineingetragen haben.

Eine starke Schubwirkung auf die Vermehrung der Systemziele hatten auch die Veränderungen im Bereich der Mitgliederbedürfnisse. Wir haben diese Trends im Rahmen der Input-Analyse bereits herausgearbeitet, so daß hier nur noch einmal die wichtigsten Ergebnisse zusammenzufassen sind: Die alte, auf Leistung ausgerichtete, einheitliche Zielstruktur des sportlichen Übungsbetriebs der Vereine hat sich aufgelöst in eine Vielzahl unterschiedlicher Zielsetzungen wie z.B. Steigerung des Körperempfindens, Freude an der Bewegung, Selbstdarstellung und individuelle Imagepflege durch Sport. Die Individualisierung des Bewegungsbedürfnisses und seine Unterwerfung unter Kommerzialisierungskonzepte hat auch das Sporttreiben immer stärker zu einem konsumierbaren Gut gemacht.

Die Strukturierung des Sportangebots nach Marktgesichtspunkten ermöglicht eine stärkere Flexibilisierung,

Tabelle 15

Zusatzangebote der Sportvereine für
spezielle Zielgruppen im Jahre 1975
(in Prozent)

Kinderturnen	26
Sport für Mutter und Kind	10
Sport für die ganze Familie	7
Sport für ausländische Arbeitnehmer	1
Sport für Behinderte	3
Sport für ältere Menschen	11
Trimm-Dich-Veranstaltungen	16
Veranstaltungen zum Erwerb des Sportabzeichens	19
Volksläufe	7
regelmäßige Veranstaltungen für Nichtmitglieder	5
sonstige Spezialveranstaltungen	18

ein rascheres und präziseres Reagieren auf Moden und Sonderwünsche kleiner Zielgruppen. Dadurch geraten die traditionell auf Solidarbasis beruhenden Vereine unter verstärkten Anpassungsdruck, der letztlich zu einer Kommerzialisierung der Beziehungen zwischen Mitgliedern und Verein führt. Die Effizienz des zweckrationalen, ökonomischen Handelns bezüglich punktgenauer Bedürfnisbefriedigung verdrängt so zunehmend die komplexen und notwendigerweise "schwerfälligeren" Sozialbezüge zwischen Mitgliedern und Vereinen, die für das traditionelle Sportvereinswesen prägend sind.

Ein dritter Einflußfaktor, der auf die traditionelle Zielstruktur des Sportvereinswesens einwirkt, sind Veränderungen im Spitzensport. Der steigende internationale Leistungsdruck hat dazu geführt, daß das Erzielen von Spitzenleistungen voraussetzungsvoller geworden ist. Eine aufwendige Trainingsinfrastruktur, innerhalb derer breit angelegte Talentauslese und Athletenbetreuung gemäß dem neuesten technologischen und medizinischen Stand ineinandergreifen müssen, ist unabdingbare Voraussetzung individueller und nationaler Erfolge geworden. Zur Finanzierung des immer teurer werdenden Trainings wird in zunehmendem Maße eine Partnerschaft mit der Wirtschaft eingegangen, was den Trend zur Professionalisierung und allgemein zur Instrumentalisierung sportlicher Leistungen zum Zwecke des Gelderwerbs verstärkt. Nicht nur bei einzelnen Athleten, Mannschaften und Vereinen, sondern auch im Zielsetzungsbereich der Verbände wird die Akquisition von Mitteln aus der Wirtschaft zu einem offen vertretenen, eigenständigen Zielkomplex. Damit ist der Primat ideeller Zwecksetzung, der die Zielstruktur des klassischen Sportvereinswesens kennzeichnet, zumindest in Frage gestellt.

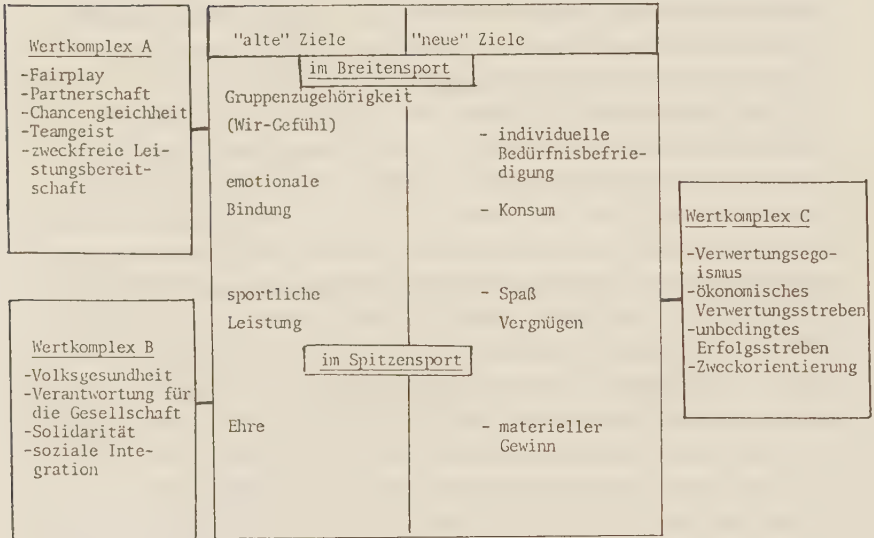
5.1.3. Schwindender Wertkonsens als Folge widersprüchlicher Zielsetzungen (Thesendiskussion)

Die aktuelle Zuspitzung der Zielproblematik liegt aus systemtheoretischer Perspektive darin, daß nicht nur unterschiedliche, sondern direkt widersprüchliche Ziele innerhalb des Sportvereinswesens zu verarbeiten sind. Während die Unterschiedlichkeit der Anforderungen, die die Erreichung bestimmter Ziele an die damit befaßten Subeinheiten stellt, systemintern durch funktionale Differenzierung gelöst werden kann (Willke 1978, S.242f.; Winkler et al. 19851, S.152ff.), verweist die Widersprüchlichkeit von Systemzielen auf zugrundeliegenden Wertdissens und damit auf ein Strukturproblem des betroffenen Systems (Parsons 1976, S.245f.). Nun ist zwar, wie wir in Abschnitt 1.3. gezeigt haben, die Beziehung zwischen Werten und Zielen keineswegs so eindeutig, daß sich aus einem bestimmten Wert zwingend eine fixe Zielstruktur ableiten läßt, aber es bestehen doch eher inclusive bzw. exclusive Beziehungen zwischen Werten und Zielen in dem Sinne, daß bestimmte Ziele und Werte besser zueinander passen als andere. Wir wollen deshalb zum Abschluß unserer zusammenfassenden Darstellung der Wandlungsprozesse im Zielbereich die wichtigsten Zielkonflikte nennen, die sich im Betrachtungszeitraum entwickelt haben.

Abbildung 6 gibt einen Überblick über traditionelle und "neue" Zielsetzungen im Sport, wobei jeweils gegensätzliche Paare gebildet wurden. Gruppenbezogenheit und Wirgefüh1 etwa gehören zu den traditionell im Verein gepflegten Zielen, während die neuen Sportangebote eher auf individuelle Bedürfnisbefriedigung zugeschnitten sind. Ebenfalls abnehmende Tendenz bei den Sportinteressierten zeigt der Wunsch nach emotionaler Bindung im Verein über das bloße Sporttreiben hinaus, während

Abbildung 5

Traditionelle und neue Zielsetzungen im Sport
mit ihren hauptsächlichen Wertbezügen



problemlos ohne sonstiges Engagement konsumierbare Angebote zunehmend beliebter werden. Auch die traditionell im Verein gepflegte sportliche Leistungsbereitschaft weicht im Breitensport zunehmend entgegengesetzten Zielen wie Spaß, Entspannung, Körpererleben. Im Leistungssport wurde die Zielprojektion Ehre und Anerkennung durch das vorherrschende Interesse an materiellem Gewinn verdrängt.

Wie die ebenfalls in Abbildung 6 schematisch dargestellten hauptsächlichen Wertbezüge (die alten Ziele kongruieren im wesentlichen mit den Wertkomplexen A und B, während die "neuen Ziele" eher aus dem Wertkomplex C ableitbar sind) zeigen, ist in der Scherenbewegung der Ziele der Wertdissens des Gesamtsystems bereits angelegt. Wie die daraus resultierenden aktuellen Integrationsprobleme gelöst wurden bzw. möglicherweise gelöst werden könnten, soll uns in den folgenden Abschnitten beschäftigen.

5.2 Aktuelle Integrationsprobleme

5.2.1. Das traditionelle einheitliche Wertkonzept im Sport als Fiktion?

Faßt man die Ergebnisse der Input- und Output-Analyse hinsichtlich ihrer Implikationen für die Strukturdimension des Sportvereinswesens zusammen, dann ergibt sich gemäß Hauptthese 2 und den spezifizierten Thesen 2a und 2b, daß Veränderungen außerhalb des Systems über die Systemfunktionen der Adaption und Zielorientierung in den Wertbereich hineingetragen wurden. Dies wurde nachgewiesen an einer raschen Zunahme von Konflikten und Widersprüchen, die die Wertstruktur des Sportvereinswesens betreffen.

Bei der systeminternen Diskussion, die vor allem vom DSB im Rahmen seiner integrativen Aufgaben für das Gesamtsystem vorangetrieben wird, sind dabei zwei Positionen zu unterscheiden; erstens die Meinung, die sport-spezifischen Werte seien trotz gewisser störender Randphänomene bisher weitgehend erhalten worden und immer noch gemeinsamer Orientierungspunkt sportlichen Handelns, und zweitens die Überzeugung, die "Einheit im Sport" bestehe im wesentlichen nur noch formal-organisatorisch, während sich der Wertkonsens bereits aufgelöst habe.

Beispielhaft für Position 1 sei der amtierende Präsident des DSB zitiert:

"Die Einheit des Sports, die nach 1945 im DSB erreicht wurde, meint also nicht nur die geschlossene Sportbewegung, sondern zugleich auch die Einheitlichkeit ihrer Verfassung und Identität, ihrer Ethik und Werthomogenität, ihres Erlebnis- und Motivationsgehalts, ganz einfach - ihr gemeinsames Verständnis vom Sport."

(Hansen 1988, S.2).

Obwohl durch die folgenden Ausführungen eine gewisse Relativierung dieses Idealbildes vorgenommen wird und Gefahren aufgezeigt werden, herrscht in diesem Statement - wie in vielen anderen Stellungnahmen offiziellen Charakters, z.B. prototypisch auch in DSB 1986b, S.21ff. - eine gewiss nicht ganz ohne PR-Absicht vorgenommene positive Gesamtschau der moralischen Verfassung des organisierten Sports vor.

Als Beispiel für die zweite, kritische Position zitieren wir Ausführungen Schaibles vom DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000". Auf die Frage, ob "erlaubt ist, was gefällt" oder "erlaubt ist, was sich ziemt",

gebe der Sport eine "etwas merkwürdige, zwiespältige"

Antwort:

"Verbalisiert worden ist der Grundsatz, daß nur erlaubt sei, was sich ziemt: Spitzensport beispielsweise ohne Leistungsmanipulation. Praktiziert wird aber weiterhin das System, daß erlaubt sei, was gefällt, das System der Macher und Manager. Ähnlich ist unser Verhältnis zu den Kommerzialisierungstendenzen im Sport. Was geht und machbar ist, wird gemacht. Die Kontrolle geschieht über den Markt, nicht über außerhalb des Marktes vorgestellte Normen. Wir sind vielleicht dabei, Identität und Glaubwürdigkeit in dem Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit zu verlieren."

(Schaible 1987, S.42).

Andere Autoren gehen noch über diese Kritik hinaus, indem sie die Aufspaltung des Sports in unterschiedliche "Modelle" - z.B. in ein "expressives Sportmodell", ein "wettkampfbezogenes Sportmodell", ein "kommerzielles Sportmodell" und ein "funktionalistisches Sportmodell" (Heinemann 1983, S.37f.) - verschiedene Arten des Sporttreibens, - z.B. als "Zirkussport" - "Mediensport"; Wettkampfsport als Freizeitsport"; "alternative Körperkultur"; "Spontansport"; "Instrumenteller Sport" (Digel 1984, S.61) oder zumindest 2 völlig unterschiedliche Sportkulturen - nämlich Breiten- und Spitzensport (Rittner 1984, S.45f.) - als bereits beobachtbare Realität beschreiben.

Die Diskussion dieser beiden entgegengesetzten Positionen soll im folgenden unter Zuhilfenahme empirischen Materials und theoretischer Ansätze erfolgen. Bei der Darstellung empirischer Evidenzen werden wir uns darauf konzentrieren, Belege für die Einheitlichkeit bzw. Unterschiedlichkeit oder gar Gegensätzlichkeit individueller Wertorientierungen in einzelnen Sportsystemen zusammenzutragen.

Wir wählen den zentralen sportlichen Grundwert "Fairness", weil er geeignet scheint, Einheit bzw. Differenzierungen im Wertkonzept unterschiedlicher Gruppen von Sporttreibenden exemplarisch zu belegen. Die theoretische Diskussion soll um einige philosophisch-ethische Aspekte erweitert werden, da sie die systemtheoretische Betrachtung zur Wertstruktur und zum Wertkonsens in Systemen ergänzen.

5.2.2. Die Erosion der sportlichen Grundnorm "Fairness"

Die Anerkennung der sportlichen Grundnorm "Fairness" als gesellschaftlich wertvoll und schützenswert geht weit über den Kreis der im engeren Sinne Sportinteressierten und mit Sport befaßten Personen hinaus. Sie ist auch in fachfremden Disziplinen, etwa der Politik, Soziologie und Philosophie (vgl. z.B. Apel 1988, S.122ff.; Sontheimer 1986, S.136ff.; Weizsäcker 1986, S.102), verbreitet. Nun ist Fairness eine Idealnorm, die in unterschiedlicher Ausprägung realisiert werden kann. Die stärkste Ausprägung des Ideals ist im "informellen Fair-play" enthalten. Es fordert "Achtung und Ritterlichkeit" gegenüber dem Konkurrenten (Lenk 1972b, S.94), ist eine innere Haltung, "...die das Gewinnen nicht über alles stellt, ...großzügig und großmütig entscheiden kann ... und teilhat an den Tugenden der Aufrichtigkeit, der Bescheidenheit, Selbstzucht und Noblesse" (Kuchler 1969, S.156). Das "formelle Fair-play" dagegen ist eingegrenzt auf die Einhaltung "gemeinsamer Wettkampfregeln" (Lenk 1972b, S.94). Eine weitere Abschwächungsstufe liegt im "formell-informellen Fair-play" vor, bei dem "bis zu einem gewissen Grade selbst Regelverletzungen legitimiert und toleriert" werden (Pilz 1988, S.25).

Die Vermutung ist naheliegend, daß sportliches Handeln überall dort, wo es unter starkem Erfolgsdruck steht, besonders anfällig für Einbrüche im Bereich ideeller Werte ist. Demnach müßte sich mit zunehmendem Ernstcharakter der Situationen, in denen sportliches Handeln stattfindet, eine Abschwächung der Fairness-Normen zeigen, wobei konkret bei Profi- und Spitzensportlern die schwächste Ausprägung des Ideals zu erwarten wäre, bei reinen Freizeitsportlern die stärkste. Empirische Untersuchungen belegen diesen erwarteten Zusammenhang.

So war bei britischen Fußballspielern die Zustimmung zu Regelverletzungen und Erfolgsstreben mit allen Mitteln unter Profisportlern stärker ausgeprägt als unter Amateuren, unter Jugendlichen mit Erfahrung im Wettkampfbetrieb stärker als bei "Neulingen" (siehe Abbildung 7). Entsprechende Untersuchungsergebnisse wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich gefunden (Frogner & Pilz 1982; Maier 1985).

Eine Tendenz zu verstärkter Erfolgsorientierung auf Kosten des Fair-play ist jedoch keineswegs nur für den Fußball empirisch nachgewiesen, sondern auch für andere Wettkampfsportarten (Pilz 1982, 1986); nicht nur für einzelne Sportler, sondern auch für Vereine und Verbände (Franke 1988, S.15; Rittner 1988, S.165f.); nicht nur für die sportlich Aktiven, sondern auch für die Berichterstatter und Zuschauer (Coakley 1984, S.175; Pilz 1988, S.29f.); nicht nur für den organisierten Sport, sondern auch für den Schulsport (Kähler 1986).

Abbildung 6

Überblick über empirische Ergebnisse zur unterschiedlichen Ausprägung von Fairness bei verschiedenen Gruppen im Fußballsport

	Amateure %	Profis %
Schnelle Gegner mit allen Mittel aufhalten	37	55
Gegner in Schußposition unbedingt stoppen	54	70
alles versuchen, ohne sich erwischen zu lassen	43	69
Ball mit der Hand spielen, ohne sich erwischen zu lassen	63	82
alles tun, um ein wichtiges Spiel zu gewinnen	38	54
	15-Jährige %	18-Jährige %
Fair-play im Wettkampf wichtigstes Ziel	40	22
Vorteile für die eigene Mannschaft wichtigstes Ziel	27	44

Aufgrund neuer empirischer Untersuchungen von Pilz (1988, S.31ff.), bei denen die untersuchten Teilpopulationen systematisch hinsichtlich Nähe-Ferne zu Erfolgsorientierung bzw. hinsichtlich der Zeitspanne bereits erfolgter sportspezifischer Sozialisation in wettkampforientierten Institutionen variiert wurden, lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- Ein am Ideal des informellen Fair-play ausgerichtetes Sportverständnis findet sich noch bei Personengruppen, die Sport unter entspannten Bedingungen ohne starken Leistungsdruck betreiben, z.B. Mädchen und jüngere Sportler.
- Je ausgeprägter die Erfolgsorientierung, desto ausgeprägter ist die Erosion des Fair-play-Ideals bis hin zu seiner schwächsten Variante in Form des formell-informellen Fair-play im Profi- und Spitzensport.

5.2.3. Der Primat von Ergebnis und Erfolg als konkurrierende Norm

Am Beispiel der Abstufung des Fairness-Ideals haben wir oben gezeigt, daß sich traditionelle sportbezogene Werte abgeschwächt haben zugunsten einer auf Erfolg und materiellen Gewinn ausgerichteten instrumentellen Rationalität im Sport. Das unterschiedliche Ausmaß des Verfalls traditioneller Werte je nach situativem Kontext und spezifischen Sozialisationserfahrungen in unterschiedlichen Subsystemen des Sports haben darüber hinaus verdeutlicht, daß die individuellen sportbezogenen Einstellungen durch Lernprozesse in den Subsystemen umgeformt werden.

Wachsende individuelle Erfolgs- und Gewinnorientierung

verweist also auf entsprechende Zwänge innerhalb einzelner Subsysteme des organisierten Sports und wird von diesen systematisch gefördert. Das Aussetzen von Siegprämien für die Mitglieder von Sportmannschaften ist ein Beispiel dafür. Mittels materieller Anreize sollen der "kämpferische Einsatz" und der Wille zum Sieg gestärkt werden. Daß dadurch die Tendenz, hinderliche Fairness-Ideale beiseite zu lassen, verstärkt wird, steht außer Frage (Fischer 1984, S.66). Die Verwendung von Geld als Stimulans für hohe Leistungsbereitschaft ist nicht auf die aktiven Spitzen- und Profisportler beschränkt. Trainer werden z.B. entsprechend der Leistung des Athleten bezahlt und bei "dieser Art von Prämien-Ausschüttung kann der Trainer leicht darauf verfallen, Dinge zu tun, die er nicht tun sollte" (Gieseler 1988, S.11). Daß genau dies durch offizielle Organe des organisierten Sports gefördert wird, ist z.B. dadurch belegbar, "daß Verbände in einigen Sportarten Leistungsnormen aufstellen (z.B. für eine Olympiateilnahme), die nur durch Anabolika erreichbar sind, sich aber gleichzeitig verpflichten, einen zweimal ertappten Dopingsünder lebenslang zu sperren" (Franke 1988, S.15). Auch "Praktiken, Eltern von sportbegabten Kindern finanzielle Zuwendungen anzubieten, um die Freigabe des Kindes für Training und Wettkampf zu 'erkaufen'" ...(Burmeister 1979, S.34) weisen in diese Richtung.

Da individuelles Sporthandeln strukturell bedingt ist (Kähler 1985, S.255ff.; Lenk 1988, S.65ff.; Pilz 1988, S.33), d.h. durch die Systemrationalität der jeweiligen Subsysteme geprägt wird, und da sich einige dieser Systemrationalitäten (z.B. im Subsystem "Spitzensport", "Profisport") unter dem Druck äußerer Anforderungen (z.B. wachsender internationaler Leistungsdruck, höherer Trainingsaufwand) immer weiter von den traditionellen

Idealen entfernt haben, wird die Frage immer drängender, bis zu welcher Grenze die Werterosion gehen darf, ohne das Gesamtsystem zu zerstören. Wir wollen dieses offene Problem in zwei Schritten behandeln. Erstens soll gezeigt werden, daß die völlige Auflösung der traditionellen Wertstruktur weder im Interesse des Spitzensports, noch des Profisports, noch ganz allgemein des kommerzialisierten Sports wäre. Zweitens soll diskutiert werden, welche Integrationsmöglichkeiten dem organisierten Sport zur Verfügung stehen, um zwischen unterschiedlichen Wertsetzungen innerhalb des Systems zu vermitteln.

In Abschnitt 5.2.2. wurde bereits gezeigt, daß die Werterosion im Berufs- und Spitzensport besonders weit fortgeschritten ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß in beiden Bereichen der Spielcharakter des Sports nicht mehr real existiert. Im Profisport ist das ganz offensichtlich, weil die Berufssportler mit ihren sportlichen Leistungen ihren Lebensunterhalt verdienen, in der Regel nur eine kurze Zeitspanne als Aktive tätig sein können und deshalb alles daransetzen müssen, während dieser wenigen Jahre eine Existenzbasis für ihr zukünftiges Leben zu schaffen. Auch im Spitzensport - selbst wenn er offiziell auf Amateurbasis betrieben wird - sind die Anforderungen so hoch, daß eine parallel zum Training verlaufende Berufsausbildung nur in den seltensten Fällen möglich ist. Deshalb ist für den Spitzenathleten nur der Erfolg, der sich auch materiell auswirkt, einzig lohnender Abschluß des langen und entbehrungsreichen Trainings. Die existentielle Situation der heutigen Berufs- und Spitzensportler ist also derjenigen extrem entgegengesetzt, aus der heraus die klassischen historischen Vorbilder des Sportethos sich entwickelten. Sowohl die Teilnehmer der antiken olympischen Spiele als auch die "Erfinder" des "Fair-play"

waren privilegierte Angehörige gesellschaftlicher Eliten, die es sich ohne Einbuße an Lebensqualität leisten konnten, den Sport zur Vervollkommenung ihrer Persönlichkeit zu nutzen (Menzel 1982, S.119ff., Lenk 1972b, S.18 und passim).

Bedenkt man die gegenüber den klassischen Vorbildern völlig veränderten Rahmenbedingungen sportlichen Handelns, so ist eigentlich nicht der beobachtbare "Werteverfall" erklärungsbedürftig, sondern vielmehr die Tatsache, daß sich Berufs- und Spitzensportler überhaupt noch in irgendeiner Weise an erfolgsbehindernde Werte gebunden fühlen. Die Befolgung von Regeln, die die eigenen Chancen schmälern, ist gegen das individuelle Nutzenmaximierungskalkül des Athleten gerichtet. Es muß also überindividuelle Ursachen für die Aufrechterhaltung des traditionellen Sportethos geben. Diese Ursachen sind im engen Bezug des traditionellen Sportwertes zur Wertstruktur der Gesamtgesellschaft zu sehen. Die Attraktivität des Sports beruht auf der Nähe seiner Wertstruktur zu den gesellschaftlichen Leitwerten (vgl. dazu z.B. Klein & Schmidt 1979, S.13ff.; Schmidt 1987, S.17f.).

Entsprechend liegt die Attraktivität des Sports für andere Subsysteme (z.B. Politik, Wirtschaft) darin, daß sie die gesellschaftlich anerkannten Werte, die durch den Sport verkörpert werden, für ihre eigenen Zwecke nutzen:

"Politik und Wirtschaft bekommen ihre weltweite Repräsentanz, das einzelne Sponsorsystem seinen Werbeeffect, die Produkte ihr Sportimage und der Spitzensport letztlich seine Ressourcen ..."

(Bette 1984, S.75)

Indem also die Chance der Kommerzialisierung des Sports wesentlich abhängt von dem Grad, in dem für das öffentliche Bewußtsein die positiven Werte des Sports aufrechterhalten werden, wäre es gegen die ökonomischen Interessen, die ideelle Basis des Sports zu zerstören. Der Sport hat deshalb die Chance, auch unabhängig von seiner eigenen Standfestigkeit im Wertbereich von den "Partnern aus der Wirtschaft" ernstgenommen zu werden. Die Erhaltung der sportspezifischen Wertstruktur oder zumindest ihre glaubwürdige Darstellung durch die medienwirksamen Repräsentanten des Sports ist also im Interesse beider Seiten.

Wir wollen im folgenden an einigen Beispielen verdeutlichen, wie sich die Zügelung ökonomischen Verwertungsdenkens durch die Rücksichtnahme auf sportspezifische Werte konkret vollzieht. Für den Sponsor aus der Wirtschaft bietet die Zusammenarbeit die Chance, seine Produkte zu profilieren, indem ihre realen Eigenschaften durch fiktive überhöht werden. Der Tennisschuh einer bestimmten Marke bekommt so ein zusätzliches Image, das über die werbetechnische Verkoppelung von Markennamen und Spitzenathlet hergestellt wird (Bette 1984, S.77f.). Dieser Werttransfer vom Sportler auf das Produkt kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn der Spitzenathlet sportspezifische Werte glaubwürdig vertritt. Die Athleten müssen also in ihrem eigenen und im Interesse des Sponsors darauf achten, daß sie sich wirtschaftlichen Verwertungsinteressen nur soweit beugen, daß ihr eigenes Image als Sportler keinen Schaden nimmt. Entsprechendes gilt für Mannschaften, die aufgrund von Ausstattungs-Pools für bestimmte Produkte werben. Für die Öffentlichkeit muß die Priorität sportspezifischer Werte gegenüber rein materiellem Gewinnstreben stets deutlich den Vorrang behalten. Deshalb betonen Sportler bei ihren öffentlichen Auftritten nicht ihre Geschäftsinteressen, sondern

ihre Sportbegeisterung. Würden sie sich als "Kleinunternehmer" (Hansen 1988, S.2) zu erkennen geben, wären ihre Gewinnchancen in Gefahr.

Am Beispiel der Sponsorenschaft haben wir gezeigt, daß die durch unterschiedliche Rationalität gelenkten Systeme der Ökonomie und des Sports, wenn sie sich gegenseitig nützlich sein wollen, aufeinander Rücksicht nehmen müssen. Mittels selbstreflexiver Prozesse muß die eigene Interessenlage mit der des Partners abgestimmt werden. Derartige Bemühungen um Interessenabsprache mit der Wirtschaft ohne Aufgabe des eigenen Wertprofils sind auch bei führenden Repräsentanten des Sportvereinswesens zu beobachten.

So bemüht sich z.B. Gieseler, der Generalsekretär des DSB, einerseits darum, Geld aus der Wirtschaft für die Finanzierung des Spitzensports zu acquirieren, indem er die Relevanz sportspezifischer Werte des Leistungssektors (Anstrengung, Wettkampf, Rekord) als Grundwerte der Marktwirtschaft und erfolgreichen Unternehmertums darstellt, als Grundlage einer hohen Arbeits- und Leistungsmoral und als Grundlage der internationalen Reputation deutscher Produkte (Gieseler 1978, S.144f.). Andererseits - und aufgrund der obigen Ausführungen auch konsequenterweise - setzt er sich ebenso intensiv für eine Stärkung der traditionellen Werte des Sport ein (Gieseler 1987, S.4ff.; 1988c, S.9).

Der Vorsitzende der Medienkommission des DSB machte in seinem Referat beim DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" ebenfalls Vorschläge, die darauf gerichtet sind, instrumentelle und ideelle Zielsetzungen in systemförderlicher Weise zu koordinieren. So soll seiner Vorstellung nach die kommerzielle Nutzung von Sportereignissen

von den Sportverbänden konsequenter betrieben werden, z.B. durch eine Intensivierung der Arbeit in der Medienkommission des DSB und angeschlossener Institutionen wie der "Clearingstelle" und durch den Aufbau einer "Mediengesellschaft", die die medienbezogenen Interessen der Sportverbände sachkundig und effizient vertritt (Mader 1978, S.8f.). Zugleich- und dieses Anliegen wird als das wichtigste bezeichnet (Mader 1987, S.1) - soll den medienpolitischen Vorstellungen der Verbände stärker zum Durchbruch verholfen werden, d.h. es sollen Möglichkeiten gefunden werden, dem organisierten Sport Einfluß zu verschaffen auf Art und Umfang der Sportberichterstattung in den Medien. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Darstellung des Sports in den Medien vielfältiger und realitätsnäher gestaltet würde, indem z.B.: eine "eigene Produktionsgesellschaft" gegründet und den Funk- und Fernsehanbietern zugleich "mit Topereignissen auch eigene Sendebeiträge aus dem breiten ideellen Themenbereich des Gesamtsports" geliefert würden (Mader 1987, S.13).

5.2.4. Integration (Thesendiskussion)

Im vorausgehenden Abschnitt haben wir an mehreren Beispielen gezeigt, daß die Zusammenarbeit des Sportvereinswesens mit einem gesellschaftlichen Subsystem ganz anderer Wertorientierung (nämlich ökonomischer) nicht zur Zerstörung der sportspezifischen Wertstruktur führt, wohl aber zu Modifikationen in den betroffenen Subsystemen des Sports. Dieser Sachverhalt wird von der Systemtheorie als allgemeines Problem gesehen und hinsichtlich seiner Problematik für den inneren Systemzusammenhalt durch den Begriff der "doppelten Grenze" (Willke 1978, S.234) oder der "doppelten Kontingenz" (Luhmann 1987, S.32f.) konzeptualisiert.

Es handelt sich um ein Problem, das für alle größeren, funktional differenzierten Systeme relevant ist: Teilautonome Subsysteme entwickeln spezielle Zielorientierungsmechanismen, um die für die wichtigen Außenanforderungen in geeigneter Weise zu berücksichtigen. Dabei werden spezifizierte Ziele entwickelt, die mit der allgemeinen Wertstruktur des Gesamtsystems in mehr oder weniger starkem Gegensatz stehen können.

Erfolgreiche Abstimmung nach außen kann also die Systemprobleme im Innern verstärken, weil ein gewisses Ausmaß an Konsens unverzichtbar ist. Eine gemeinsame Wertbasis, die nach Parsons die Struktur und die Spezifik eines Systems ausmacht (Parsons 1976, S.183), muß erhalten bleiben, auch wenn sich die einzelnen Subsysteme in ihren konkreten Zielsetzungen sehr stark unterscheiden. Zuerst sollen einige der integrativen Mechanismen beschrieben werden, die aufgrund des hier gewählten Analyseinstrumentariums zu erwarten und teilweise auch empirisch belegt sind. Abschließend soll ein weiterer Integrationsmechanismus diskutiert werden, der u.W. bisher nur theoretisch formuliert, nicht jedoch hinsichtlich seiner Erklärungskraft für das Sportvereinswesen der Bundesrepublik Deutschland überprüft wurde, möglicherweise aber für dessen wachsende Integrationsfähigkeit ursächlich sein könnte (These 3).

Wir wollen den Fundus gemeinsamer Überzeugungen, der für die Systemintegration konstitutiv ist, in zwei Gruppen einteilen, in strukturelle und instrumentelle. Zu den strukturellen gehören all jene, die die Besonderheit des Sportvereinswesens im systemtheoretischen Sinne ausmachen; also Werte wie

- Fairness,
- Chancengleichheit,
- Leistung,
- persönliche Entfaltung,
- freundschaftliche Begegnung,
- Freude an Spiel und Wettbewerb,
- soziales Engagement

(vgl. dazu die Wertkomplexe A und B in Abbildung 4).

Der Grad der Übereinstimmung der ca. 20 Millionen Mitglieder ist dabei notwendigerweise unterschiedlich ausgeprägt, je nachdem, in welchem Subsystem, in welcher Position dieses Subsystems sie sich befinden und wie ihre persönlichen Präferenzen und spezifischen Interessenlagen sind. Der generelle Integrationsmechanismus besteht nun darin, für das gesamte System und für die differenzierten Subsysteme jeweils Integrationsformeln zu finden, die unbestimmt genug sind, allen betroffenen Mitgliedern als Identifikationsbasis zu dienen. Eine solche kleinste gemeinsame Wertbasis für das Gesamtsystem scheint z.B. eine positive Einstellung zum Sport zu sein (Winkler et al. 1985, S.177).

Zu den "instrumentellen" rechnen wir alle jene Normen, die indirekt zur Verwirklichung der Systemziele beitragen. Hierzu gehören Normen, die Effizienz und Erfolg des Gesamtsystems und seiner Subsysteme in ökonomischer Hinsicht betreffen, denn nur eine gute Haushaltssituation der Vereine und Verbände gewährleistet eine optimale Zielerreichung und damit den bestmöglichen Beitrag zur Förderung der systemspezifischen Werte. Instrumentell sind auch jene Normen, die die Zweckdienlichkeit organisierter Maßnahmen im Hinblick auf die Verwirklichung struktureller Werte betreffen. Darunter ist z.B. die Bereitschaft der Spitzenverbände zu subsumieren, Teile ihrer Entscheidungsautonomie an den DSB abzutreten, weil

dieser effizienter als einzelne Verbände in der Lage ist, staatliche Fördermittel zu acquirieren, und damit dem Gesamtsystem nützlicher ist als entsprechende Bemühungen einzelner Sportverbände. In diesen Zusammenhang gehören auch die Integrationsmechanismen, die sich aufgrund des rechtlichen Status der Sportvereine und -verbände ergeben und in Kapitel drei ausführlich dargestellt wurden. Die integrative Wirkung der gemeinsamen Orientierung an den formalen Vorgaben und Zwängen des Gemeinnützigkeitsstatus und das gemeinsame Interesse an den daraus folgenden Privilegien z.B. schafft einen wirksamen instrumentellen Normkodex mit integrativem Effekt für das Gesamtsystem. Wir haben das in unserer theoretischen Analyse detailliert herausgearbeitet und fanden empirische Bestätigungen dafür in den organisationssoziologischen Untersuchungen von Winkler et al. (1985, S.180f.).

Auf der untersten Hierarchieebene - also in der Beziehung zwischen Vereinsmitgliedern und Verein - besteht die generelle instrumentelle Normorientierung in der Überzeugung der einzelnen Mitglieder, daß sie ihre sportbezogenen Bedürfnisse im Verein effizienter, lohnender oder angenehmer verwirklichen können als im Alleingang.

Die von uns vermutete Weiterentwicklung der Integrationskapazität des Sportvereinswesens betrifft nun nicht nur die instrumentellen und nicht nur die strukturellen Werte - sondern darüber hinaus das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen von Systemwerten. In Analogie zur neuen Qualitätsstufe in der integrativen Leistungsfähigkeit von Systemen, die sich auf die Koordination von internen und externen Anforderungen bezieht und von Willke (1978, S.235) als "Abstimmung zweier Abstimmungsprozesse" bezeichnet wird, vermuten wir, daß im Sport-

vereinswesen eine neue Qualitätsstufe der Integrationsfähigkeit dadurch erreicht wurde, daß innerhalb des Systems nun auch zwischen den strukturellen und instrumentellen Normen im Sinne einer "Abstimmung zweier Abstimmungsprozesse" vermittelt wird. Auf eine Kurzformel gebracht, ließe sich diese Entwicklung folgendermaßen kennzeichnen:

Bei den Systemmitgliedern des Sportvereinswesens hat sich im Betrachtungszeitraum die Erkenntnis oder die Erfahrung verstärkt, daß ideelle Werte ohne die geeignete Flankierung durch instrumentelle Normen in unserer Gesellschaft wenig Aussicht auf Realisierung haben, daß es also immer darauf ankommt, zugleich mit den strukturellen Grundwerten auch die instrumentellen Realisierungsnormen im Blick zu behalten (These 3). Wir wollen diese These nun theoretisch und empirisch belegen.

Die aktuelle Ethik-Diskussion im Sport hat einen interessanten Aspekt im Hinblick auf These 3, der sich zusammenfassend als wachsendes Gewicht "sozialer" gegenüber "individueller" Orientierung von Ethik und Moral kennzeichnen läßt (Lenk 1988, S.66f.). Nicht mehr nur die Kantsche Pflichtethik mit ihrem Primat individueller Verantwortung, sondern allgemeine Probleme einer Konzeptualisierung und Bewertung neuer Typen von Verantwortlichkeit bei Gruppen und Institutionen (Apel 1988, S.130f.; Franke 1988, S.14f.; Lenk 1988, S. 70 und 83ff.) stehen im Mittelpunkt der Bemühungen, gesellschaftliche Veränderungsprozesse begrifflich zu fassen und theoretisch zu ordnen. Obwohl die Frage, ob Kollektive und Institutionen moralische Verantwortung überhaupt tragen können, ob es also so etwas wie eine "Institutionsethik" geben kann (Franke 1988b, S.94ff.) theoretisch offen ist, wurde die faktische Bedeutsamkeit der im System entwickelten Norm- und Wertstrukturen für das individuelle Handeln

durch die Systemtheorie überzeugend dargelegt (z.B. Luhmann 1987, S.31f.) und auch für den Bereich des Sports vielfach belegt. Daß man sich nun auch in der philisophisch-ethischen Diskussion im Sport verstärkt dem Problem der moralischen Verantwortung von Institutionen zuwendet, fassen wir deshalb als Beleg für These 3 auf: Nicht die Erkenntnis an sich ist neu, daß Systeme das Rollenhandeln ihrer Mitglieder beeinflussen, sondern das wachsende Bewußtsein - das Wissen und die Erfahrung - der Systemmitglieder in Hinsicht auf die Abhängigkeiten zwischen individueller Moral und Systemrationalität. Der einzelne begreift zunehmend, daß er nicht als Individuum, sondern nur als Mitglied entsprechender Institutionen Ziele erreichen und bestimmte Wertstrukturen stützen kann und daß die insgesamt vorteilhafte, erfolgsförderliche Mitgliedschaft in Institutionen Kompromisse oder zumindest Toleranz im Wertbereich fordert.

Diese Relativierung des eigenen Standpunkts aufgrund systembezogener Erwägungen ist deutlich etwas anderes als die Weisungsgebundenheit in hierarchischen Systemen oder die Gefolgschaftstreue als blinde Unterwerfung unter einen Führer. Die Fähigkeit zur Relativierung des eigenen Wertstandpunktes ist demgegenüber konzeptualisiert durch den Begriff der "Reflexivität" (Luhmann 1974, S.93ff.) oder der "reflexiven Abstimmung" (Willke 1976, S.236f.). Im Gegensatz zu hierarchischen Befehlsstrukturen handelt es sich dabei um relativ offene Abstimmungsprozesse zwischen Systemmitgliedern, Subsystemen, Gesamtsystem.

Für die Zunahme selbstreflexiver Prozesse auf den unterschiedlichen Ebenen des Sportvereinswesens sprechen außer den angeführten theoretischen Überlegungen auch

eine Reihe empirischer Fakten:

Beispiel 1:

Als Ergebnis einer Befragung von Übungsleitern konstatierte Rittner (1987, S.248), daß sich bei diesem Personenkreis einerseits ein "erstaunlich intaktes und robustes Ehrenamtlichkeitsethos" nachweisen lasse, andererseits aber auch eine positive Einstellung zu Werbegeldern aus der Wirtschaft. Diese positive Einstellung reicht so weit, daß viele Trainer bereit wären, sich selbst für Werbemaßnahmen zur Verfügung zu stellen (Rittner 1988, S.177f.). Daraus wird ersichtlich, daß die befragten Trainer die Wertbasis ihres eigenen Handelns - unentgeltlicher Einsatz im Dienst der guten Sache - nicht verabsolutieren. Mit Rücksicht auf übergeordnete Systemziele (hohe Leistung des Vereins, der Sportart, des Gesamtsystems) akzeptieren sie die Hereinnahme einer ganz andersartigen ökonomischen Rationalität in den Sport und sind sogar bereit, im Rahmen dieses andersartigen Konzepts aktiv zu werden.

Beispiel 2:

Als systemdienliche Flexibilitätsleistung lassen sich auch die abgestuften Fairness-Ideale in den unterschiedlichen Subsystemen des Sports interpretieren. Obwohl von den Repräsentanten des Gesamtsystems eigentlich die stärkste Ausprägung des Ideals befürwortet und durch Aktionen gefördert wird (z.B. die Aktion "Fair geht vor!", vgl. dazu Gieseler 1988c, S.9), werden dennoch Subsysteme, in denen dies Ideal bekanntermaßen nur noch in sehr eingeschränkter Form wirksam wird, nicht aus dem Gesamtsystem ausgeschlossen. Auf diese Weise wird ermöglicht, daß nicht nur die "alten sportspezifischen

Werte", zu denen Fairness gehört, im System ihren Platz finden, sondern auch der "neue Wert" Erfolg (vgl. zu den neuen Werten den "Wertkomplex C" in Abbildung 4).

Beispiel 3:

Besonders deutlich belegbar - weil expressis verbis geäußert - sind die selbstreflexiven Prozesse auf den höchsten Ebenen der Verbandshierarchie. In Auseinandersetzungen des DSB z.B.: mit politischen Institutionen (etwa über die Steuerprivilegien der Sportvereine und -verbände, siehe DSB 1986b, S.29ff.), mit juristischen Grundnormen (DSB 1979), mit Zukunftsperspektiven (DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" vom 5.-7.11.1987 in Berlin) wird immer wieder das Bemühen der Systemspitze deutlich, die eigene Position in der Gesellschaft und gegenüber den Mitgliedern neu zu überdenken, Fehlentwicklungen zu korrigieren und neue Möglichkeiten zu nutzen.

In einer Gesellschaft, in der politische, wirtschaftliche und private Interessenverfolgung zur Erhöhung ihrer Effizienz und ihres Erfolges zunehmend organisiert und gruppenweise geschieht, ist die Vermutung eigentlich naheliegend, daß sich bei den Individuen, die diese Gemeinschaften konstituieren, allmählich entsprechende Erkenntnisse und Erfahrungen etablieren. Sie laufen darauf hinaus, daß die Hinnahme teilweise sehr erheblicher Wertdiskrepanzen die Voraussetzung dafür ist, die eigenen Zielsetzungen in der Gesellschaft wirksam vertreten zu können. So scheint es, daß so allgemeine Wertformulierungen wie "positive Einstellung gegenüber dem Sport" oder "ein gewisses Streben nach Fairness" durchaus integrative Kraft besitzen und systembildend wirken können. Als damit keineswegs unvereinbare, sondern

komplementäre Tendenz läßt sich der Trend zur Steigerung "individueller und subjektiver Nutzenkalküle" (Rittner 1984, S.50) begreifen. Hohe Flexibilität im Wertbereich wird mit sehr präzisen Ansprüchen im Zielbereich (z.B. hinsichtlich Art und Umfang des Sportangebots) kombiniert.

Stellt man sich auf den Standpunkt einer persönlichen Pflichtethik, dann ist diese Tendenz zweifellos als "Werteverfall", als Nachlassen individueller Bindung an Werte zu interpretieren. Aus systemtheoretischer Perspektive handelt es sich dagegen um eine Steigerung der Flexibilität des Systems, die seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltkonstellationen erhöht.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

Die besondere Leistung der Parsonschen Systemtheorie für das Verständnis von Wandlungsprozessen im Sportvereinswesen liegt darin, daß die Struktur (die Identität) von Systemen als ihre Wertstruktur begriffen wird. Die Aufrechterhaltung einer spezifischen, systemkennzeichnenden Wertstruktur im Innern und ihre glaubwürdige Vertretung nach außen sind demnach der Kern der Systemrationalität.

Die rechtlichen Prinzipien, die für das Sportvereinswesen kennzeichnend sind, setzten günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer stabilen Wertstruktur des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland (Kapitel 3). Da Systeme durch die Funktionen der Adaption und der Zielorientierung mit veränderlichen Umwelten in Austauschbeziehungen stehen, wird Veränderung ins System hineingetragen - unsere Analyse des Inputwandels (Kapitel 4). Das System wird gezwungen, seine Ziele zu ändern (Abschnitt 5.1.). Der gesamte Prozeß der funktionalen Differenzierung verstärkt die Integrationsprobleme (Abschnitt 5.2.).

Die Ergebnisse der Untersuchung zu den einzelnen Problembereichen sollen abschließend im Zusammenhang dargestellt werden, geordnet nach ihrem Bezug zu den Thesen.

These 1:

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Sportvereinswesens als System ist die Stabilität seiner rechtlichen und organisatorischen Struktur.

These 1a:

Die Rechtsstruktur der Sportvereine und Sportverbände und die sich aus dieser Struktur ergebenden Konsequenzen erfüllen in systemtheoretischer Sicht eine integrative Funktion für das Gesamtsystem des organisierten Sports in der Bundesrepublik Deutschland.

These 1b:

Die integrative Gesamtwirkung beruht auf einer Reihe einzeln darstellbarer Faktoren, z.B. der Bindung aller Vereine und Verbände an das Prinzip der Gemeinnützigkeit.

Unseres Wissens existiert eine zusammenhängende Würdigung des rechtlichen Status der Sportvereine und -verbände in systemtheoretischer Perspektive bisher noch nicht, gerade dieser Aspekt scheint aber für das Verständnis von Entwicklung und Erfolg des bundesdeutschen Sportvereinswesens von erheblicher Bedeutung. Wir haben deshalb die systemtheoretischen Implikationen der im Sportvereinswesen wirkenden Rechtsgrundlagen untersucht und sind dabei zu folgenden Ergebnissen gelangt:

- Dem Idealverein sind durch die Prinzipien der Autonomie und Subsidiarität die Chancen zu einer eigenständigen, von staatlicher Politik formal deutlich abgegrenzten Entwicklung rechtlich gesichert. Sportvereine und -verbände in der Bundesrepublik Deutschland haben diese Chance zum Aufbau einer sportspezifischen Systemstruktur genutzt.
- Nach Abschluß der Aufbau- und Konsolidierungsphase des Sportvereinswesens wurde zu einer expansiven Auslegung des Gemeinnützigkeitsstatus übergegangen,

wobei die Vereine und Verbände zunehmend neben der Verfolgung "privater" sportbezogener Interessen eine Gesamtverantwortung für den Sport in der Bundesrepublik Deutschland wahrnahmen. Das führte zu einem raschen Ansteigen der Mitgliederzahlen (also des Systemerfolgs) und gleichzeitig zu einer Ausweitung der Wertstruktur und einer Vermehrung der Zielsetzungen und Aufgabenstellungen, die von Vereinen und Verbänden zu bewältigen waren.

- Daß diese Erweiterung mit den Systemproblemen zugleich auch die Kompetenz des Systems zur Problemlösung wachsen ließ und so insgesamt fördernd auf den Zusammenhalt wirkte, ist auf das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren zurückzuführen. Grob skizziert handelt es sich dabei um die folgenden Zusammenhänge:
- Da erstens die Entscheidungsfindung im Sportvereinswesen auf allen Ebenen an demokratische Verfahrensmodalitäten gebunden ist, brachte der erweiterte Aufgabenkreis durch die Übernahme gemeinnütziger Aufgaben die Notwendigkeit mit sich, nach Lösungen für wachsenden Wertdissens und Zielantagonismus zu suchen. Die auf den ersten Blick einfacher und effizienter erscheinende Form, diese Probleme durch straffe Hierarchisierung - also "Befehlsgewalt" der übergeordneten gegenüber der untergeordneten Ebene - zu lösen, war durch die Rechtsstruktur formal ausgeschlossen und zusätzlich durch die noch nahen historischen Erinnerungen moralisch diskreditiert. So boten sich zum Umgang mit Wert- und Zielkonflikten innerhalb des Systems von Anfang an vor allem Absprache und Interessenausgleich zwischen teilautonomen Subsystemen. Die jeweils übergeordnete konnte der untergeordneten Ebene nicht befehlen, sondern mußte überzeugen, wodurch das Ernst-

nehmen der Position des andern und das Verständnis für abweichende Vorstellungen gestärkt wurden. Zugleich konnten sich Mechanismen für die Lösung von Problemen einspielen.

- Da zweitens die Mitgliedschaft im System gerade durch den Gemeinnützigkeitsstatus und die daraus folgenden Privilegien für die Mitglieder attraktiv war und ist, bestand und besteht ein starker Anreiz, bei der Verfolgung von Eigeninteressen die Implikation für das Gesamtsystem mitzubedenken, weil dessen Erhaltung im ureigenen Interesse ist. Viele konkrete, praktisch relevante Probleme, die sich etwa aus den steuerrechtlichen Anforderungen des Gemeinnützigkeitsstatus ergeben, halten die Vorteile der Mitgliedschaft im System und die Notwendigkeit bestimmter Bemühungen um systemkonformes Verhalten im Bewußtsein der Mitglieder beständig wach.
- Insgesamt gesehen wurde und wird also durch den rechtlichen Status sowohl die Bereitschaft zur Integration bei den Mitgliedern gestärkt, als auch entwicklungsge-schichtlich die allmähliche Einübung von Kompetenz im Umgang mit Ziel- und Wertdivergenzen gefördert.

These 2:

Der integrativen, systemstabilisierenden Wirkung des rechtlich-organisatorischen Rahmens stehen Tendenzen entgegen, die den Wertkonsens innerhalb des Systems zunehmend schwieriger gestalten. Diese Spannungen und Konflikte innerhalb des Gesamtsystems "Sportvereinswesen" entwickelten sich aus der Notwendigkeit, auf veränderte Außenbedingungen zu reagieren.

These 2a:

Die Inputs in das System haben sich seit Bestehen des DSB erheblich gewandelt. Dieser Wandel wirkt sich bei Vereinen und Verbänden im Sinne einer Differenzierung der Wertstrukturen und der daraus folgenden Komplizierung gemeinsamer Wertorientierung aus.

These 2b:

Seit Bestehen des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Outputs des Systems verändert. Das hatte Auswirkungen auf das System im Sinne einer Differenzierung der Wertstrukturen und eines daraus folgenden erhöhten Integrationsbedarfs.

Um die Wandlungsprozesse im Zielbereich und in der Wertstruktur auf einer möglichst soliden empirischen Basis zu untersuchen, wurden Veränderungen in der Input-Situation der Sportvereine und -verbände zur Grundlage der Analyse gemacht. Es wurde herausgearbeitet, daß Sportvereine und -verbände bei der Wahrnehmung der Systemfunktionen Adaption und Zielorientierung auf die folgenden Herausforderungen reagieren mußten:

- eine Erweiterung des Aufgabenfeldes im Rahmen einer umfassenden, in staatsähnlicher Weise wahrgenommenen Verantwortung für den Sport in der Bundesrepublik Deutschland,
- zunehmende Kommerzialisierung im Sport und
- Tendenzen zur Individualisierung und Differenzierung der sportbezogenen Bedürfnisse in der Bevölkerung.

Als relativ unproblematisch für die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Ziel- und Wertstruktur erwies sich die Notwendigkeit, die auf Gemeinwohl und "gesamtstaatliche Repräsentation" zielenden Interessen der fördernden öffentlichen Hand einzubeziehen. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich. Erstens ist der Staat aufgrund des Autonomie- und Subsidiaritätsprinzips gehalten, den Sport bei der Wahrnehmung seiner selbstgesetzten Ziele zu unterstützen, sofern sie dem gemeinen Wohl dienen. Dadurch wird bei eingestandener Unvermeidbarkeit gewisser gegenseitiger Interessenabsprachen und Rücksichtnahmen die prinzipielle Unabhängigkeit der Zielorientierungsfunktion gewährleistet. Zweitens sind die sportbezogenen Interessenlagen des Staates mit denen der Sportverbände in vielen Bereichen identisch (z.B. im Streben nach Erfolg bundesdeutscher Athleten bei internationalen Wettkämpfen), oder doch zumindest relativ gut mit den traditionellen Zielen und Werten des Sportvereinswesens zu vereinbaren (vgl. dazu die Wertkomplexe A und B in Abbildung 4).

Der wachsende Zwang, nicht nur auf kommerzielle Angebote außerhalb des Systems zu reagieren, sondern ökonomischer Rationalität auch im System selbst einen höheren Stellenwert einzuräumen, wirkte sich auf die Ziel- und Wertstruktur aus. Neben die traditionellen und die gemeinwohlbezogenen Werte und Normen traten neue ökonomische Zielsetzungen. Im Verhältnis zwischen Mitgliedern und Vereinen machte sich das z.B. in einer allmählichen Kommerzialisierung der Beziehungen bemerkbar. Nach traditionellem Verständnis waren die Beziehungen umfassend und beruhten, auf emotionaler und solidarischer Bindung. Nun lassen Vereine zur Finanzierung von Anlagen jetzt selbst Vereinsfremde zu, deren Beziehungen zum Verein ausschließlich instrumen-

tell geregelt ist wie in den kommerziellen Sportstudios. Derartige Kommerzialisierungsprozesse sind auf allen Ebenen des Systems beobachtbar; neben den Idealnormen treten instrumentelle Zielsetzungen (z.B. Gründung von "Verwertungsgesellschaften" und "Pools" durch Sportverbände, verstärkte Nutzung sportlicher Leistungsfähigkeit durch die Spitzenathleten zur Erzielung möglichst hohen materiellen anstatt ideellen Gewinns; Professionalisierung bestimmter, besonders verwertungsg geeigneter Sportsubsysteme).

Eine weitere Herausforderung an das System des organisierten Sports besteht in einer Individualisierung und Differenzierung der sportbezogenen Bedürfnisse. Im traditionellen Sportkonzept herrschte ein einheitliches Sportverständnis vor, das bei aller Betonung des Spielcharakters (Sport als "schönste Nebensache der Welt") doch Leistungsstreben im Rahmen der individuellen Fähigkeiten als selbstverständlich ansah. Dieses einheitliche Verständnis wurde inzwischen ersetzt durch eine Vielzahl unterschiedlicher sportbezogener Orientierungen, z.B. Sport als Selbstdarstellungsmedium, Sport als gezielter Beitrag zur individuellen Gesundheitsvorsorge. Manche der neuen sportbezogenen Bedürfnisse sind im Rahmen der herkömmlichen Sportarten mit den Übungs- und Trainingsformen der Sportvereine keineswegs optimal zu realisieren, weshalb sich in diesem Bereich eine Konkurrenzsituation zu kommerziellen Anbietern entwickelt hat. Die Sportvereine wurden so zur verstärkten Übernahme ökonomischen Kalküls in die Systemrationalität gezwungen. Die instrumentell-rationalen ökonomischen Strategien sind nämlich der herkömmlichen emotional-solidarischen Rationalität der Vereine hinsichtlich der Fähigkeit zu punktgenauer Befriedigung wechselnder Sportbedürfnisse überlegen.

These 3:

Die wachsenden Diskrepanzen und Widersprüche im Zielsetzungs- und Wertbereich des Sportvereinswesens wurden durch eine allmähliche Steigerung der Integrationskompetenz beantwortet und durch die Entwicklung neuer Integrationsmechanismen.

Angelegt in der Rechtsstruktur - siehe obige Diskussion der ersten These - boten sich dem Sportvereinswesen in der Bundesrepublik Deutschland günstige Rahmenbedingungen für eine allmähliche Steigerung seiner integrativen Kompetenz. Auf wachsende Außenanforderungen reagierte das System mit wachsender funktionaler Differenzierung bei gleichzeitig zunehmender Toleranz im Wertbereich. Es scheint unvermeidbar, daß mit der Größe und funktionalen Differenzierung des Systems die Ziel- und Wertkonflikte wachsen und die allen gemeinsame Wertbasis kleiner wird. Das scheint aber den Wunsch der Systemmitglieder nach Zugehörigkeit zum System und ihre Loyalitätsbindung nicht zu stören. Wir führen das auf die wachsende Einsicht auf unterschiedlichen Ebenen des Systems zurück, daß der Erfolg des Gesamtsystems auch die eigenen Subsystem- bzw. Mitgliederinteressen am besten gewährleistet. Dies bedeutet, daß neben die traditionellen ideellen Werte zunehmend auch instrumentelle Normen treten, die System-Loyalität auch dann geboten erscheinen lassen, wenn zwischen der Wertstruktur individueller Mitglieder, einzelner Subsysteme und des Gesamtsystems erhebliche Diskrepanzen bestehen. Die eigentlich instrumentelle Norm "Erfolg" wird für das System immer mehr zu einem beherrschenden Wert.

Aufgrund dieser Überlegungen läßt sich folgende Prognose für das Sportvereinswesen stellen: Die erheblichen Wertdiskrepanzen innerhalb des Systems werden nicht zu einer Schwächung führen, weil sich neue Integrationsmechanismen entwickelt haben. Sie bestehen im Kern darin, daß instrumentelle Normen - und insbesondere "Erfolg" - gegenüber den strukturellen Werten an Bedeutung gewonnen haben. Da die instrumentellen Normen universelle Gültigkeit besitzen - jedes Subsystem ist z.B. an ausreichenden Ressourcen interessiert - läßt sich über diese Normen die Systembindung unabhängig von den strukturellen Werten stärken. Die strukturellen Werte können auf Generalklauseln - z.B. positive Einstellung zum Sport - reduziert werden.

Die Systemfunktion "Zielorientierung" wird dagegen offenbar nicht optimal wahrgenommen, da zahlreiche Sportinteressierte mit dem Angebot der Vereine nicht zufrieden sind und sich anders orientieren. In diesem Bereich sind also Veränderungen nötig.

Abschließend wollen wir unter diesem Blickwinkel 4 Zukunftsszenarien betrachten, die in der September-Ausgabe des Mitglieder-Rundschreibens vom DSB zur Diskussion gestellt wurden (Palm 1988, S.12).

Szenario 1

Der Breitensport in der Bundesrepublik Deutschland wird größtenteils von kommerziellen Unternehmen angeboten (nach amerikanischem Beispiel), dem Vereinssport verbleiben nur noch der Wettkampfsport und Restfunktionen im Breitensport innerhalb einer Sportszene, die sich immer stärker auf die marktfähigen Sportarten verengt.

Bei diesem Szenario wird vorausgesetzt, daß es weder den Groß-, noch den Mittel- und Kleinvereinen gelingt, sich veränderten Mitgliederbedürfnissen anzupassen, und den kommerziellen Anbietern dadurch die Chance geboten wird, in einem sich neu formierenden "Sportanbietermarkt" führend zu werden.

Szenario 2

Die Großvereine konkurrieren mit kommerziellen Anbietern im Breitensport, während den Klein- und Mittelvereinen nur diejenigen Sportarten bleiben, die im kommerziellen Angebot fehlen. Wachstum gibt es nur noch bei den Großanbietern, die Mitgliederzahlen bei Klein- und Mittelvereinen sind rückläufig.

Dieses Szenario setzt voraus, daß es den Klein- und Mittelvereinen aus eigener Kraft nicht gelingt, die sportbezogenen Interessen der Bevölkerung in ihrem jeweiligen Einzugsbereich zu befriedigen und daß die Solidarfunktion des Sportvereinswesens - hinsichtlich geeigneter Hilfestellungen der Verbände für kleine und mittlere Vereine - versagt. Aufgrund unserer Analysen ist dies schon wegen der gewachsenen Einsicht in die Bedeutung der strukturellen Normen nicht wahrscheinlich.

Szenario 3

Immer mehr gesellschaftliche Interessengruppen bzw. Institutionen (z.B. Seniorenclubs, Krankenkassen) entdecken den Sport, nehmen ihn in ihr Angebot auf und konkurrieren mit Sportvereinen und -verbänden um staatliche Subventionen.

Vorausgesetzt, die Sportvereine zeigen Flexibilität im Eingehen auf neue und zielgruppenbezogene Bedürfnisse, dürfte ihre erhebliche Überlegenheit in fachlicher und organisatorischer Hinsicht anderen nichtkommerziellen Anbietern erhebliche Probleme bereiten.

Szenario 4

Nur wenige kommerzielle Anbieter können sich durchsetzen; sie und andere, alternative Sportanbieter integrieren sich in das Sportvereinswesen, das entsprechende Kooperationsmodelle entwickelt.

Dieses vom Verfasser als wünschenswertestes Modell gekennzeichnetes Szenario (Palm 1988, S.13) dürfte u.E. die Integrationsfähigkeit des Sportvereinswesens ein wenig überschätzen. Trotz aller Bemühungen der Vereine dürften bei insgesamt wachsendem Interesse am Sport und sich weiter differenzierenden Bedürfnissen zumindest einige Marktnischen für alternative Anbieter erhalten bleiben (Grupe 1987, S.10).

Insgesamt wird aus den Szenarien die Schlüsselrolle eines flexiblen Eingehens auf Mitgliederbedürfnisse für die zukünftige Entwicklung des Sportvereinswesens deutlich. Es wird also nicht der Wertkonsens schwinden, vielmehr können Mängel bei der Wahrnehmung der Zielorientierungsfunktion Ursachen für mögliche Einbußen an Mitgliedern und an Einfluß auf die Sportszene der Bundesrepublik Deutschland sein. Szenario 4, in dem das Sportvereinswesen auch weiterhin als stärkste und prägende Kraft erhalten bleibt, scheint also mit gewissen Einschränkungen und unter der Prämisse realistisch, daß es auch den Klein- und Mittelvereinen gelingt, geeignete Angebotsformen (z.B. Kurse) zur Befriedigung neuer Sportbedürfnisse zu entwickeln.

Tabellen-Verzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>Tabelle 1</u>	4
Mitgliedschaften der Bundesbürger in freiwilligen Organisationen (n=1959. Alter: 16-65 Jahre; Mehrfachnennungen)	
<u>Tabelle 2</u>	5
Entwicklung der Mitgliederzahlen der im Deutschen Sportbund organisierten Vereine 1950 - 1986	
<u>Tabelle 3</u>	33
Überblick über die Entwicklung des Turn- vereinswesens in Deutschland im Zeitraum 1860 - 1914	
<u>Tabelle 4</u>	98
Ressourcen des Sportvereinswesens bis zum Jahre 1965	
<u>Tabelle 5</u>	99
Die Ressourcen der Sportvereine im Jahre 1982 (absolut und prozentual)	
<u>Tabelle 6</u>	100
Ressourcen der Sportverbände Mitte der achtziger Jahre	
<u>Tabelle 7</u>	103
Ressourcen der Sportvereine in der Bundes- republik Deutschland gemäß FISAS 1981	
<u>Tabelle 8</u>	105
Die Ressourcen-Lage der Sportverbände an ausgewählten Einzelbeispielen im Jahre 1978	
<u>Tabelle 9a</u>	107
Entwicklung der haupt-, neben- und ehren- amtlichen Mitarbeit bei Sportvereinen im Zeitraum von 1970 - 1982	
<u>Tabelle 9b</u>	109
Ehrenamtliche und angestellte Mitarbeiter der Sportverbände im Jahre 1978	

	<u>Seite</u>
<u>Tabelle 10a</u>	114
Förderung des DSB durch das BMI in den Jahren 1960 - 1977	
<u>Tabelle 10b</u>	115
Förderung des DSB durch das BMI in den Jahren 1979 - 1986	
<u>Tabelle 11</u>	116
Staatliche Förderung der Bundesfachver- bände im Zeitraum 1967 - 1986 (in Mio DM)	
<u>Tabelle 12</u>	119
Finanzierung durch "neue Eigenmittel" am Beispiel der Bundesliga 1982/83 (in Mio DM)	
<u>Tabelle 13</u>	128
Häufigkeit und Art der vereinsbezogenen Kontakte der Mitglieder (N"2833) in Stunden pro Woche	
<u>Tabelle 14</u>	132
Die Entwicklung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Sportvereinen von 1973 - 1982 in Stunden	
<u>Tabelle 15</u>	161
Zusatzangebote der Sportvereine für spezielle Zielgruppen im Jahre 1975 (in Prozent)	

Abbildungs-Verzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>Abbildung 1</u>	10
Hierarchieebenen des Sportvereinswesens in der Bundesrepublik Deutschland (schematisch)	
<u>Abbildung 2</u>	108
Entwicklung der Haupt- und Ehrenamtlichkeit in den Sportverbänden nach Positionsüber- nahme durch die 1979 tätigen Funktions- träger	
<u>Abbildung 3</u>	150
Inputs aus Sozialsystem "Sportvereinswesen"	
<u>Abbildung 4</u>	154
Die Ressourcen-Klassen des Sportvereins- wesens mit ihren hauptsächlichen Wertbezügen	
<u>Abbildung 5</u>	164
Traditionelle und neue Zielsetzungen im Sport mit ihren hauptsächlichen Wertbezügen	
<u>Abbildung 6</u>	170
Überblick über empirische Ergebnisse zur unterschiedlichen Ausprägung von Fairness bei verschiedenen Gruppen im Fußball- sport	

Literatur-Verzeichnis

Ackermann, C. & Parsons, T. (1976). Der Begriff Sozialsystem als theoretisches Instrument. In T. Parsons: Zur Theorie sozialer Systeme (herausgegeben und eingeleitet von Stefan Jensen, S.69-84). Opladen.

Alemann, U.v. (Hrsg.). 1981. Neokorporatismus. Frankfurt und New York.

Alemann, U.v. & Heinze, R.G. (1979). Verbändepolitik und Verbändeforschung in der Bundesrepublik Deutschland, In: U.v. Alemann & R.G. Heinze (Hrsg.). Verbände und Staat (S.12-37). Opladen.

Apel, K.O. (1988). Die ethische Bedeutung des Sports in der Sicht einer universalistischen Diskursethik. In: E. Franke, Ethische Aspekte des Leistungssports (1. Tagung der Arbeitsgruppe Sportphilosophie vom 27.-29. Nov. 1986 in Osnabrück, S.105-134). Clausthal-Zellerfeld.

Arbeiter-Turnzeitung (1919. 27. Jg., Nr. 1, vom 5.1.1919

Arbeitskreis 8 des DSB-Kongresses "Menschen im Sport 2000" (1987). Ist das Wettkampfsystem noch finanzierbar? Grenzen der Belastung. Vortragsmanuskript.

Badelt, C. (1985). Politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit. Frankfurt und New York.

Baecker, W. (1985). Grenzen der Vereinsautonomie im deutschen Sportverbandswesen. Berlin

Beck, U., Brater, M. & Daheim, H. (1980). Soziologie der Arbeit und der Berufe. Grundlagen, Problemfelder, Forschungsergebnisse. Reinbek bei Hamburg.

Bergmann, J., Brandt, G., Körber, K., Mohl, E.Th.
& Offe, C. (1969). Herrschaft, Klassenverhältnis
und Schichtung. In: Th.W.Adorno (Hrsg.).
Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?
(Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages,
(S.67-87). Stuttgart.

Bernett, H. (1971). Sportpolitik im Dritten Reich.
Aus den Akten der Reichskanzlei. Schorndorf.

Bernett, H. (1983). Der Weg des Sports in die national-
sozialistische Diktatur. Die Entstehung des Deutschen
(Nationalsozialistischen) Bundes für Leibesübungen.
Schorndorf.

Bette, K.-H. (1984). Zum Verhältnis von Spitzensport
und Wirtschaft in modernen Industriegesellschaften
- das Beispiel der Sponsorenschaft. In: K. Heinemann
(Hrsg.). Texte zur Ökonomie des Sports (S.72-90).
Schorndorf

Binnewies, H. (1975). Sport und Sportberichterstattung,
Ahrensburg.

Blank, E. (1972). Sportförderung in den Gemeinden.
In: K. Gieseler et al. (Hrsg.): Der Sport in der
Bundesrepublik Deutschland (S.195-203). Bonn.

Blank, J.-H. (1981). Sportfreudige Kommunen. Das
Parlament, 8, 3.

Blücher, V. Graf (1965). Freizeit in der industriellen
Gesellschaft. Stuttgart.

Blücher, V. Graf (1966) Die Generation der Unbefangenen.
Düsseldorf und Köln.

Bötticher, E. (1970). Wesen und Arten der Vertragsstrafe
sowie deren Kontrolle. Zeitschrift für Arbeitsrecht,
14, S.3.

Bundesminister des Innern (Hrsg.). 1987. Sechster Sportbericht der Bundesregierung. Melsungen.

Burmeister, J. (1979). Voraussetzungen und Grenzen der Verbandsautonomie aus der Sicht des Staats- und Verwaltungsrechts. In: DSB (Hrsg.). Verbandsautonomie und Verfassungsrecht (S.30-36), Schriftenreihe "Berichte und Analysen", H.52. Frankfurt

Coakley, J.J. (1984). Entwicklungsvoraussetzungen des Profi-Sports und Auswirkungen der Professionalisierung auf Sportveranstaltungen und Sportler. In: K. Heinemann (Hrsg.). Texte zur Ökonomie des Sports (Texte, Quellen, Dokumente zur Sportwissenschaft, Bd. 18). Schorndorf.

Dahrendorf, R. (1966). Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. In: R. Dahrendorf (Hrsg.). Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (S.94-115). München.

Daume, W. (o.J.). Geleitwort zu: Deutscher Sportbund (Hrsg.). Deutscher Sportbund. Entstehung. Gründung. Aufbau (Bd. 1 der Schriftenreihe des Deutschen Sportbundes, S.3). Frankfurt.

Daume, W. (1962). Der Verein als Träger der deutschen Turn- und Sportbewegung. In: DSB (Hrsg.). Der Verein als Träger der deutschen Turn- und Sportbewegung (Grundsatzreferate des DSB-Bundestages am 24./25.11.62 in Berlin, S.17-37). o.O.

Daume, W. (1973). Deutscher Sport 1952-1972. München. Deutscher Bundestag (Hrsg.). 1970. Drucksache VI/1122 vom 28.8.1970 (1. Sportbericht der Bundesregierung).

Deutscher Bundestag (Hrsg.). 1978. 4. Sportbericht der Bundesregierung. Drucksache 8/2033 vom 3.8.1978.

Deutscher Bundestag (Hrsg.). 1982. 5. Sportbericht der Bundesregierung. Drucksache 9/1945 vom 1.9.1982.

Deutscher Sportbund (Hrsg.). 1954. Denkschrift über die Gegenwartsprobleme und Aufgaben des deutschen Sports.

- Deutscher Sportbund (Hrsg.). 1979. Verbandsautonomie und Verfassungsrecht (Symposium des Wissenschaftlichen Beirats des DSB und des Bundesausschusses für Rechts-, Sozial- und Steuerfragen am 6.4.1979 in Frankfurt). Frankfurt/M.
- Deutscher Sportbund (Hrsg.). 1986. Sport in der Bundesrepublik Deutschland (12. überarbeitete Auflage). Frankfurt.
- Deutscher Sportbund (1986b). Dokumentation zur öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages zu "Sport und Steuern" am 25.6.1986 in Bonn. Frankfurt/M.
- Deutscher Sportbund (Hrsg.). 1987a. Jahrbuch des Sports 1987. Niedernhausen.
- Deutscher Sportbund (Hrsg.). 1987b. Schallmauer überwunden: 20 Millionen im DSB! Mitglieder-Rundschreiben vom 25.11.1987 (S.23).
- Deutsche Turn-Zeitung. Diverse Jahrgänge.
- Diem, C. (1960). Weltgeschichte des Sports und der Leibeserziehung. Stuttgart.
- Diem, C. (1965). Gedanken zur Sportgeschichte. Schorndorf.
- Digel, H. (1984). Gesellschaftliche Entwicklung und der Auftrag des Sportvereins. In: Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Sportentwicklung - Einflüsse und Rahmenbedingungen - Eine Expertenbefragung (Materialien zum Sport in Nordrhein-Westfalen, H.9, S.52-67). Köln
- Digel, H. (1988a). Die öffentliche Sportverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband (S.60-80). Schorndorf.
- Digel, H. (1988b). Sport als Interessenobjekt nationalstaatlicher Politik. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband. Historische, politische und soziologische Aspekte (S.138-157). Schorndorf.

- Drees, O. (o.J.). Die Entwicklung der deutschen Turn- und Sportbewegung von 1945 bis zur Gründung. In: A.Nothhelfer (Hrsg.). Deutscher Sportbund, Entstehung, Gründung, Aufbau (S.8-12, Bd.1 der Schriftenreihe des DSB). Frankfurt.
- Dreyer, A. (1986). Werbung im und mit Sport. Göttingen.
- Düding, D. (1980). Friedrich Ludwig Jahn und die Anfänge der deutschen Nationalbewegung. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/1, S.229-256. Berlin und München.
- Dunckelmann, H. (1975). Lokale Öffentlichkeit. Stuttgart.
- Durkheim, E. (1981). Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt.
- Eichel, W. et al. (1973). Geschichte der Körperkultur in Deutschland, Bd. (1789-1917), zweite, überarbeitete Auflage, Berlin-Ost.
- Eulering, H. (1972). Sportförderung in den Bundesländern. In: K. Gieseler et al. (Hrsg.). Der Sport in der Bundesrepublik Deutschland (S.165-194). Bonn.
- Eulering, J. (1982). Staatliche Sportpolitik - aus der Sicht der Länder. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/2 (Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart). Berlin.
- Finger, G. (1987). Die Finanzierung eines Sportvereins in der Praxis. In: P.J.Tettinger (Hrsg.). Subventionierung des Sports (S.1-15). Heidelberg.
- Fischer, H. (1984). Die wirtschaftliche Lage der 1. Bundesliga im Fußball. In: K.Heinemann (Hrsg.). Texte zur Ökonomie des Sports (S.52-71). Schorndorf.

- Franke, E. (1988a). Ethische Aspekte des Leistungssports
- eine Einführung. In: E.Franke (Hrsg.). Ethische
Aspekte des Leistungssports (1. Tagung der Arbeitsgruppe
Sportphilosophie vom 27.-29. November 1986 in Osnabrück,
S.11-22). Clausthal-Zellerfeld.
- Franke, E. (1988b). Ethische Aspekte des Leistungssports
(1. Tagung der Arbeitsgruppe Sportphilosophie vom
27.-29.11.1986 in Osnabrück, Clausthal-Zellerfeld.
- Frogner, E. & Pilz, G.E. (1982). Untersuchung von jugend-
lichen Fußballspielern und Fußballspielerinnen zu
Regeln und Normen im Sport. In: G.A.Pilz et al.
(Hrsg.). Sport und Gewalt (S.191-218). Schorndorf.
- Gieseler, K. (1972a). Der Deutsche Sportbund. In:
K.Gieseler et al. (Hrsg.). Der Sport in der Bundes-
republik Deutschland. Bonn.
- Gieseler K. (1972b). Die Deutsche Sportkonferenz (DSK).
In: K.Gieseler et al. (Hrsg.). Der Sport in der
Bundesrepublik Deutschland (S.225-231). Bonn.
- Gieseler, K. (1987). Läßt sich der Sport verkaufen?
Probleme der Kommerzialisierung. Vortrag, gehalten
auf dem DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" am
16.11.1987 in Berlin. (Vortragsmanuskript).
- Gieseler, K. (1988a). Gründung, Entwicklung und Strukturen
der Sportselbstverwaltung. In: H.Digel (Hrsg.).
Sport im Verein und im Verband (s.35-59). Schorndorf.
- Gieseler, K. (1988b). Grenzziehung. In: DSB (Hrsg.).
Mitglieder-Rundschreiben vom 12.9.1988, S.11.
- Gieseler, K. (1988c). Fair geht vor! Mitglieder-Rund-
schreiben des DSB vom 12.9.1988, S.9.
- Gieseler, K. & Wolf, N. (Hrsg.). 1973. Willi Daume.
Deutscher Sport 1952-1972. München.

- Gmelin, H. (1981). Stellungnahme zum Thema "Sport und Staat als Partner". In: Führungs- und Verwaltungsakademie Berlin des DSB (Hrsg.). Sport und Staat als Partner (S.43-46, Akademieschrift 1). Berlin.
- Greffenius, G. & Borchardt, W. (1985). Vertragsrechtliche Praxis der Werbung durch Spitzensportler. In: W.Grunsky (Hrsg.). Werbetätigkeit und Sportvermarktung (Verbands-, vertrags- und arbeitsrechtliche Probleme, S.1-11). Heidelberg.
- Groh, F. (1913). Was die Deutsche Turnerschaft pflegt. In: Festzeitung für das 12. Deutsche Turnfest (S.225ff.). Leipzig.
- Groß, G.G. & Wegener, G. (1972). Förderung durch den Bund. In: K.Gieseler et al. (Hrsg.). Der Sport in der Bundesrepublik Deutschland (S.113-164). Bonn.
- Grupe, O. (1987). Von der Verantwortung der Person und der Verpflichtung der Organisation. Grundsatzreferat, gehalten auf dem DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" vom 5.-7.11.1987 in Berlin (Vortragsmanuskript).
- GutsMuths, J.C.F. (1793). Gymnastik für die Jugend. (Band 1 der Quellenbücher der Leibesübungen, Hrsg. v. M.Schwarze & W.Limpert. Dresden).
- GutsMuths, J.C.F. (1817). Turnbuch für die Söhne des Vaterlandes (den Fürsten und dem Volke des Deutschen Bundes gewidmet). Frankfurt/M. (unveränd. Neudruck 1973, Wiesbaden).
- Habermas, J. (1967). Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit. In: H.Plessner et al. (Hrsg.). Sport und Leibeserziehung (S.28-46). München.
- Habscheid, W.J. (1972). Vereinsautonomie, Vereinsgerichtsbarkeit und ordentliche Gerichtsbarkeit. In: F.C. Schroeder & H.Kauffmann (Hrsg.). Sport und Recht (S.158-174). Berlin und New York.

- Hacker, F. (1973). Die Brutalisierung der modernen Welt. Hamburg.
- Hackforth, J. (1975). Sport im Fernsehen. Ein Beitrag zur Spitzenpublizistik unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Fernsehens (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) in der Zeit von 1952-1972. Diss. Münster.
- Hamburger SV (Hrsg.). 1962. 75 Jahre Hamburger Sportverein. Hamburg
- Hansen, H. (1988). Gemeinschaftsaufgabe und Gemeinschaftswerk. Mitglieder-Rundschreiben des DSB vom 12.9.1988, S.2.
- Hartmann, J. (1985). Verbände in der westdeutschen Industriegesellschaft. Frankfurt und New York.
- Heckelmann, D. (1979). Der Idealverein als Unternehmer am Beispiel der Bundesligavereine Archiv für die civilistische Praxis, 179, 1-56.
- Heinemann, K. (1977). Ist ehrenamtliche Mitarbeit noch zeitgemäß? Sportunterricht, 26, 6-13.
- Heinemann, K. (1983). Einführung in die Soziologie des Sports. Schorndorf.
- Heinemann, K. (1984). Grundlagen einer Ökonomie des Sports. In: K.Heinemann (Hrsg.). Texte zur Ökonomie des Sports (S.17-51). Schorndorf.
- Heinemann, K. (1987). Sind Einheit und Selbstbestimmung des Sports in Gefahr? Vortrag, gehalten am 6.11.1987 in Berlin anlässlich des DSB-Kongresses "Menschen im Sport 2000". Vortragsmanuskript.
- Heinemann, K. (1987b). Besonderheiten einer Betriebswirtschaftslehre des Vereins. In: K.Heinemann (Hrsg.). Betriebswirtschaftliche Grundlagen des Sportvereins (S.10-39). Schorndorf.

- Heinemann, K. (Hrsg.). 1987 c. Betriebswirtschaftliche Grundlagen des Sportvereins. Schorndorf.
- Heinemann, K. (1988). Zum Problem ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter im Verein. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband (S.123-137). Schorndorf.
- Heinilä, K. (1974). Ethics of sports. University of Jyväskylä Research Reports, 4, 3-30.
- Hünecke, H. (o.J.). Der DSB ein Kameradschaftsbund. In: A.Nothelfer (Hrsg.). Deutscher Sportbund. Entstehung. Gründung. Aufbau (S.35-42, Schriftenreihe des DSB, Bd. 1). Frankfurt/M.
- Jahn, F.L. (1810). Deutsches Volksthum. (Bd. 3 der Quellenbücher der Leibesübungen, hrsg. von M. Schwarze & W.Limpert, Dresden).
- Jahn, F.L. & Eiselen, E. (1816). Die Deutsche Turnkunst zur Einrichtung der Turnplätze (Bd. 4 der Quellenbücher der Leibeserziehungen, hrsg. von M.Schwarze & W.Limpert, Dresden).
- Jensen, S. (1976). Einführung in die Theorie sozialer Systeme. In: T.Parsons, Zur Theorie sozialer Systeme (herausgegeben und eingeleitet von St.Jensen, S.9-67). Opladen.
- Jessop, B. (1979). Corporatism, parliamentarism und social democracy. In: P.C.Schmittler & G.Lehmbruch (Eds.). Trend towards corporatist intermediation (S.185-212). London und Beverly Hills.
- Joch, W. (1982). Sport und Leibeserziehung im Dritten Reich. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd.3/2, (S.701-742). München und Berlin.

- John, H.G. (1980). Leibesübungen im Dienste nationaler Bestrebungen: Jann und die deutsche Turnbewegung. Teil 2: Die Turnbewegung im deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1918. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/1, (S.278-324). Berlin und München.
- Kähler, R. (1985). Moralerziehung im Sportunterricht. Untersuchung zur Regelpraxis und zum Regelbewußtsein. (Beiträge zur Sportwissenschaft, Bd.2). Thun und Frankfurt/M.
- Kaminski, G. (1981). Überlegungen zur Funktion von Handlungstheorien in der Psychologie. In: H.Lenk (Hrsg.). Handlungstheorien interdisziplinär (Bd.3, S.93-121). München.
- Kaufmann, H. (1981). Vereinsautonomie und Verfassung. Sportwissenschaft, 11, 198-215.
- Klein, F. und Orlopp, G. (1986). Abgabenordnung, Kommentar (3. Auflage). München.
- Klein, W. (Hrsg.). 1976. Deutsches Sporthandbuch. Organisation, Recht, Verwaltung (Blaues Ringbuch - Loseblattsammlung mit laufenden Nachträgen). Wiesbaden.
- Klein, W. & Schmidt, K. (1979). Sportprogramme der politischen Parteien. Wiesbaden.
- Koch, W.H. (1973). Die Königsblauen. Das Phänomen Schalke 04. Düsseldorf.
- Krockow, Chr., Graf von (1974). Sport und Industriegesellschaft, (2. Auflage). München.
- Krüger, A. (1975). Sport und Politik. Vom Turnvater Jahn zum Staatsamateur. Hannover.
- Krüger, A. (1987). Zur Professionalisierung im Freizeitsport. In: H.Haag & K.Heinemann (Hrsg.). Berufsfeld Sport (Texte, Quellen, Dokumente zur Sportwissenschaft, Bd.20). Schorndorf.
- Kuchler, W. (1969). Sportethos. München.

- Kühl, J. (1985). Rechtstatsächliche Konstruktionen der Werbung durch Verbände und Vereine. In: W.Grunsky (Hrsg.). Werbetätigkeit und Sportvermarktung (Verbands-, vertrags und arbeitsrechtliche Probleme, (S.25-39). Heidelberg.
- Kurz, D. (1987). Was suchen die Menschen im Sport? Erwartungen und Bedürfnisse der Zukunft. Vortrag, gehalten auf dem DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" am 6.11.1987 in Berlin. Vortragsmanuskript.
- Langenfeld, H. (1988). Wie sich der Sport in Deutschland seit 200 Jahren organisatorisch entwickelt hat. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband (S.8-16). Schorndorf.
- Lehmann, H. & Dietz, R. (1970). Gesellschaftsrecht (3. Auflage). Berlin und Frankfurt.
- Lenk, H. (1972). Materialien zur Soziologie des Sportvereins. Ahrensburg.
- Lenk, H. (1972b). Werte, Ziele, Wirklichkeit der modernen olympischen Spiele (2.verbesserte Auflage). Schorndorf.
- Lenk, H. (1988). Verantwortung zwischen Individualismus und Institutionalismus. Zur Ethik und Struktur von Verantwortungstypen und institutionellen Handlungsweisen. In: E.Franke (Hrsg.). Ethische Aspekte des Leistungssports (1. Tagung der Arbeitsgruppe Sportphilosophie vom 27.-29.11.1986 in Osnabrück, S.65-93). Clausthal-Zellerfeld.
- Leßmann, H. (1976). Die öffentlichen Aufgaben und Funktionen privatrechtlicher Wirtschaftsverbände. Köln und München.
- Linde, H. (1967). Zur Soziologie des Sports. Versuch einer empirischen Kritik soziologischer Theoreme. In: H.Plessner et al. (Hrsg.). Sport und Leibeserziehung. (S.103-121). München.

- Lüdtke, H. (1974). Freizeit in der Industriegesellschaft (2. Auflage). Opladen.
- Luhmann, N. (1964). Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin.
- Luhmann, N. (1968). Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken und sozialen Systemen. Tübingen.
- Luhmann, N. (1971). Soziologische Aufklärung (2. Auflage). Opladen.
- Luhmann, N. (1974). Reflexive Mechanismen. In: N.Luhmann, Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme (2. Auflage, S.92-112). Opladen.
- Luhmann, N. (1979). Moderne Systemtheorie als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse. In: J.Habermas und N. Luhmann. Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? (S.7-24). Frankfurt/M.
- Luhmann, N. (1987). Rechtsoziologie (Bd. 1 und 2, 3. Aufl.). Opladen.
- Mader, R. (1987). Referat des Vorsitzenden der Medienkommission des Deutschen Sportbundes anläßl. des Kongresses "Menschen im Sport 2000" (Arbeitskreis 14), gehalten am 6.11.1987. Vortragsmanuskript.
- Maier, B. (1985). Taktisches Foul und Fairness - ein ethisches Dilemma. Leibeserziehung-Leibesübungen, 3, 74-76.
- Mayntz, R. (1963). Soziologie der Organisation. Reinbeck.
- Mayntz, R. & Ziegeler, R. (1977). Soziologie der Organisation. In: R.König (Hrsg.). Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 9, Organisation/Militär (2. Auflage, S.1-141). Stuttgart.

- Mengden, G.v. (1961). Beiträge zur Geschichte des Deutschen Sportbundes. In: DSB (Hrsg.). Jahrbuch des Sports 1961/62. Frankfurt/M.
- Menzel, R. (1982). Nachwort. In: R.Rebeck, Auf- und Rückschläge (S.119-130). Dortmund.
- Meyer-Cording, U. (1957). Die Vereinsstrafe. Tübingen.
- Mücke, F. Der moderne Sportverein. Eine systemtheoretische Fallstudie. Frankfurt/Main und Thun 1986.
- Münch, I.V. (1987). Die Stellung des Sports in der modernen Verfassungsordnung unseres Sozial- und Kulturstaaes. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.) Jahrbuch des Sports 1987 (S.34-46). Niedernhausen.
- Neuendorff, E. (1922). Was uns not tut. Wie die Deutsche Turnerschaft war, wie sie ist und wie sie werden soll. Deutsche Turn-Zeitung, 67, Nr. 1, S.71f., Nr.9, S.83f., Nr.10, S.95ff., Nr.11, S.107, Nr.12, S.115f..
- Neuendorff, E. (1926). Zurück zu Jahn - es gibt kein besseres Vorwärts. Deutsche-Turn-Zeitung, 71, Nr.6, S.38ff..
- Neuendorff, E. (1936). Die Deutsche Turnerschaft 1860-1936. Berlin.
- Neuendorff, E. (o.J.). Geschichte der neueren deutschen Leibesübung, Bd.4. Dresden.
- Neumann, H. (1980). Leibesübungen im Dienste nationaler Bestrebungen: Jahn und die deutsche Turnbewegung. Teil 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd.3/1, S.257-277, Berlin und München.
- Niklisch, F. (1979). Selbstordnung des Sports durch die Verbände aus der Sicht des Zivilrechts. In: DSB (Hrsg.). Verbandsautonomie und Verfassungsrecht (Schriftenreihe "Berichte und Analyse", H.52, S.4-15). Frankfurt/M.
- Nitsch, F. (1976). Warum entstand nach 1945 keine Arbeitersportbewegung? Sportwissenschaft, 6, S.172-199.

- Nitsch, J.R. (1982). Handlungspsychologische Ansätze im Sport. In: A.Thomas (Hrsg.). Sportpsychologie - Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen (S.26-41). München.
- Nothhelfer, A. (o.J.). Bundespräsident Dr. Heuss, Schirmherr des deutschen Sports. In: Deutscher Sportbund (Hrsg.). Deutscher Sportbund. Entstehung. Gründung. Aufbau. (Bd.1 der Schriftenreihe des Deutschen Sportbundes, S.5f.). Frankfurt/M.
- Ortega y Gasset, J. (1955). Über des Lebens sportlich-festlichen Sinn. In: DSB (Hrsg.). Jahrbuch des Sports 1955/56 (S.9-20). Frankfurt/M.
- Pabst, U. (1980). Sport - Medium der Politik. Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961. Berlin.
- Palm, J. (1988). Zukunftsszenarien. Mitglieder-Rundschreiben des DSB vom 12.9.1988, S.12ff.
- Parsons, T. (1964). Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung. In: T.Parsons. Beiträge zur soziologischen Theorie (herausgegeben und eingeleitet von D.Rüchemeyer, S.180-205). Neuwied.
- Parsons, T. (1973). Systematische Theorie in der Soziologie. In: T.Parsons, Soziologische Theorie (herausgegeben und eingeleitet von D.Rüchemeyer, 3.Auflage, S.31-64). Neuwied.
- Parsons, T. (1976). Zur Theorie sozialer Systeme (herausgegeben und eingeleitet von St.Jensen). Opladen.
- Pilz, G.A. (1982). Wandlungen der Gewalt im Sport. Ahrensburg.
- Pilz, G.A. (1986). Fairer Sport - Wunschtraum oder Wirklichkeit? Vortrag, gehalten anlässlich der Bezirkskonferenz "Fairness im Sport" des Bezirkssportbundes und der Bezirksregierung Lüneburg.

- Pilz, G.A. (1988). Fairness im Sport - eine fiktive oder reale Handlungsmoral? In E.Franke (Hrsg.). Ethische Aspekte des Leistungssports (DSV-Protokolle Nr. 23, S.23-34). Clausthal-Zellerfeld.
- Plessner, H. (1967). Sport und Spiel. In: H.Plessner et al. (Hrsg.). Sport und Leibeserziehung. München.
- Preuss, V. (1987). Sport und Geschäft. Verbraucher-Rundschau, 5, 2-20.
- Raschke, P. (1978). Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Rauball, R. (1972). Bundesliga-Skandal, aktuelle Dokumente, hrsg. v.Ingo v.Münch. Berlin und New York.
- Reichert, B. (1968). Grundriß des Sportrechts und des Sporthaftungsrechts. Berlin und Neuwied.
- Rittner, V. (1984). Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf den Sport. In: Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Sportentwicklung - Einflüsse und Rahmenbedingungen - eine Expertenbefragung, S.44-51. Köln.
- Rittner, V. (1985). Sport und Gesundheit. Zur Ausdifferenzierung des Gesundheitsmotivs im Sport. Sportwissenschaft, 15, 136-154.
- Rittner, V. (1987). Gesellschaftliche und individuelle Ursachen einer gesteigerten Nachfrage nach Sportgütern und Dienstleistungen. In: Stiftung Verbraucherinstitut (Hrsg.). Sportkonsum als Konsumsport? Die Kommerzialisierung des Sports und ihre Auswirkungen auf den "sportlichen" Konsumenten. Berlin.

- Rittner, V. (1988). Sport als ökonomisches Interessenobjekt. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband. Historische, politische und soziologische Aspekte, (S.158-187). Schorndorf.
- Rückert, O. (1972). Die Rechtsgrundlagen der Sportgerichtsbarkeit des Deutschen Fußballbundes. In: F.Ch. Schroeder & H. Kauffmann (Hrsg.). Sport und Recht (S.175-194). Berlin und New York.
- Sack, H.-G. (1980). Jugend, Sportverein und sozialer Wandel. In: M.Quell (Hrsg.). Sport, Soziologie und Erziehung (S.52-82). Berlin, München, Frankfurt/M.
- Sauter, E. & Schwyer, G. (1977). Der eingetragene Verein (10.Auflage). München.
- Schaible, H. (1987). Welche Zukunft hat der Sportverein? Referat, gehalten auf dem DSB-Kongreß "Menschen im Sport 2000" vom 5.-7.11.1987 in Berlin. Vortragsmanuskript.
- Scherer, K.A. (1975). Fortschritt durch Versöhnung. 25 Jahre DSB. Frankfurt/M.
- Schlagenhauf, K. (1977). Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland. Teil 1: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich. Schorndorf.
- Schmidt, K. (1987). Voraussetzungen und Formen staatlicher Sportförderung. In: P.J. Tettinger (Hrsg.). Subventionierung des Sports (S.17-32). Heidelberg.
- Schneider, F. (1988). Sportorganisation und Macht - Ausgewählte Aspekte. In: H.Digel (Hrsg.). Sport im Verein und im Verband (S.188-198). Schorndorf.
- Scholz, R. (1971). Die Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem. München.
- Schoppe, R. (1974). Fortuna Düsseldorf. Aus dem Familienalbum eines großen Fußballvereins. Düsseldorf.
- Simon, H. et al. (1969). Geschichte der Körperkultur in Deutschland. Bd.3: Die Körperkultur in Deutschland 1917-1945. Berlin/Ost.

- Sontheimer, K. (1986). Fairer miteinander leben. In: DSB (Hrsg.). Deutscher Sportbund 1982-1986 (Bericht des Präsidiums, S.136-145). Frankfurt/M.
- Sorg, H. (1955). Von der Stunde Null bis zum Deutschen Sportbund. In: DSB (Hrsg.). Jahrbuch des Sports 1955/56, S.79-98. Frankfurt.
- Strych, E. (1975). Der westdeutsche Sport in der Phase der Neugründung 1945-1950. Schorndorf.
- Süllow, B. (1982). Korporative Repräsentation der Gewerkschaften. Zur institutionellen Verbandsbeteiligung in öffentlichen Gremien. Frankfurt und New York.
- Teichler, H.J. (1980). Arbeitersport als soziales und politisches Phänomen im wilhelminischen Klassenstaat. In: H.Ueberhorst, Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/1, S.443-484. Berlin und München.
- Tettinger, P.J. (1987). Rechtsprobleme der Subventionierung des Sports. In: P.J.Tettinger (Hrsg.). Subventionierung des Sports (S.33-54). Heidelberg.
- Timm, W. (1979). Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland. Teil 2: Organisations-, Angebots- und Finanzstruktur (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd.23). Schorndorf.
- Timmermann, H. (1973). Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1893-1933. (Phil.Diss.Marburg). Ahrensburg.
- Traxler, F. (1986). Interessenverbände der Unternehmer. Konstitutionsbedingungen und Steuerungskapazitäten am Beispiel Österreichs. Frankfurt und New York.
- Trosien, G. (1987). Sportvereine und Sportverbände als Arbeitgeber. In: H.Haag & K. Heinemann (Hrsg.). Berufsfeld Sport (S.61-82). Schorndorf.

- Ueberhorst, H. (1969). Zurück zu Jahn? Gab es kein besseres Vorwärts? Bochum.
- Ueberhorst, H. (1973). Frisch, frei, Stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893-1933. Düsseldorf.
- Ueberhorst, H. (1982). Der Deutsche Sportbund - Geschichte und Struktur. In: H.Ueberhorst (Hrsg.). Geschichte der Leibesübungen, Bd.3/2, S.795-804. Berlin und München.
- Voigt, D. (1977). Spitzensport in der DDR, Funktionen und Grundlagen. In: H.Lenk (Hrsg.). Handlungsmuster Leistungssport, Karl Adam zum Gedenken, (S.112-131), Schorndorf.
- Volkamer, M. (1970). Zur Psychologie des Wettkampfs. Leibeserziehung, 12, 397-403.
- Vorhammer, R. (o.J.). Die Gründung des DSB in Hannover. In: DSB (Hrsg.). Deutscher Sportbund, Entstehung. Gründung. Aufbau (S.14-16). o.O.
- Weißpfennig, G. (1982). Der Neuaufbau des Sports bis zur Gründung des Deutschen Sportbundes. In: H. Ueberhorst, Geschichte der Leibesübungen, Bd.3 (S.759-804). Berlin und München.
- Weizsäcker, R.v. (1986). Grundsätze und Grenzen des Sports. Ansprache vor dem NOK 1985. In: DSB (Hrsg.). DSB 1982-1986 (S.101-107). Frankfurt.
- Weizsäcker, R.v. (1987). Vereine bleiben das Rückgrat des Sports. In: DSB (Hrsg.). Mitglieder-Rundschreiben vom 25.11.1987, S.3f..
- Werbik, H. (1978). Handlungstheorien. Stuttgart.
- Westermann, H.P. (1972). Die Verbandsstrafgewalt und das allgemeine Recht. Zugleich ein Beitrag zur juristischen Bewältigung des "Bundesliga-Skandals". Bielefeld.

Willke, H. (1978). Zum Problem der Integration komplexer Sozialsysteme. Ein theoretisches Konzept. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 30, S.228-252.

Winkler, J., Karhausen. R.R. & Meier, R. (1985). Verbände im Sport. Eine empirische Analyse des Deutschen Sportbundes und ausgewählter Mitgliedsorganisationen (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd.43). Schorndorf.

Wössner, J. (1961). Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens. Tübingen.

Wurzbacher, G. (1961). Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde (unter Mitarbeit von R.Pflaum u.a., zweite unveränderte Auflage). Stuttgart.

Wurzbacher, G. (1962). Der Verein in der freien Gesellschaft. In: DSB (Hrsg.). Der Verein als Träger der deutschen Turn- und Sportbewegung. Grundsatzreferate des DSB-Bundestages 1962 vom 24.-25.11.1962 in Berlin, (S.5-16).

Zimmermann, F. (1982). Zur Sportpolitik der neuen Bundesregierung. Bulletin, Nr. 134 vom 29.12.1982, S.1193f.

Lebenslauf

Am 28.12.1946 wurde ich als zweites von drei Kindern des Kreiskämmerers Walter Barth und seiner Ehefrau Elsbeth, geborene Römer, in Tübingen geboren.

Nach dreizehnjährigem Schulbesuch legte ich im Februar 1966 am Kepler-Gymnasium in Tübingen die Reifeprüfung ab. Von April 1966 bis April 1968 absolvierte ich meinen Wehrdienst und studierte anschließend elf Semester Rechtswissenschaft in Tübingen. Dort legte ich am 04.12.1973 das erste juristische Staatsexamen ab und nach zweieinhalbjähriger Referendarzeit beim Landgericht Tübingen am 09.07.1976 in Stuttgart die zweite juristische Staatsprüfung.

Seitdem bin ich als Rechtsanwalt und Syndikus, zunächst bei einer Bank in Frankfurt und seit Mai 1978 bei einem kreditwirtschaftlichen Verband in Stuttgart, tätig. Gleichzeitig bin ich Dozent im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Bankfachleuten an der Akademie dieses Verbandes.

1985 begann ich mit dem Promotionsstudiengang Sozialwissenschaft und Sportwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Dem Sport war ich schon immer eng verbunden; seit Jahren bin ich im Vorstand eines Vereins tätig.

Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder.

